

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1975

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

Geburten und Sterbefälle 1950 - 1974	209	Anhand einer Zeitreihe von 25 Jahren wird die Entwicklung der Geburten und Sterbefälle dargestellt, woraus sich Rückschlüsse auf zukünftige Veränderungen der Bevölkerungszahl ableiten lassen.
Ehescheidungen 1974	213	In der Rangfolge der Scheidungshäufigkeit liegt Rheinland-Pfalz im Ländervergleich an sechster Stelle. Noch vor einem Jahrzehnt befand sich das Land an zehnter Stelle.
Volkshochschulen 1974	216	Die Kurse und Veranstaltungen der Volkshochschulen in Rheinland-Pfalz stoßen auf zunehmendes Interesse, insbesondere bei Frauen und bei Personen zwischen 25 und 50 Jahren.
Sozialer Wohnungsbau 1974	220	Zusätzliche staatliche Hilfen und Sonderprogramme zur Stützung des sozialen Wohnungsbaus und der Baukonjunktur trugen nicht unerheblich zu einer sehr starken Zunahme der Zahl der geförderten Wohnungen bei, womit ein noch weiteres Absinken des gesamten Auftragsvolumens im Hochbau verhindert werden konnte.
Investitionen 1974	223	Bedingt durch merkliche konjunkturelle Einbußen und zunehmende wirtschaftliche Unsicherung zeichnet sich bereits seit geraumer Zeit für die heimische Industrie eine stagnierende Investitionstätigkeit ab, wovon auch die größeren Unternehmen maßgeblich betroffen sind.
Einkünfte der freien Berufe	227	Neben den Gewerbetreibenden erzielen insbesondere die freiberuflich Tätigen - nicht zuletzt infolge ihrer zumeist qualifizierteren Ausbildung - die höchsten durchschnittlichen Einkünfte. Im Rahmen der Einkommensteuerstatistik 1971 wurden einige der wichtigsten freien Berufe und ihre Einkünfte gesondert erfaßt und aufbereitet.
Kleinräumliche Gliederung	229	Die Gemeinde als kleinster Baustein der Regionalstatistik wird zunehmend fragwürdiger. Zum einen werden die Gemeinden durch Zusammenlegung immer größer, zum andern werden immer häufiger Angaben für kleinere Einheiten gefordert, die freie Aggregationsmöglichkeiten für jede in Frage kommende Gebietseinheit erlauben.
Anhang	73*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	79*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
Kreisübersichten 1975		Teil I und II. Zusammenstellung der wichtigsten bei Redaktionsschluß vorliegenden Kreisergebnisse aus allen Gebieten der amtlichen Statistik.

Säuglingssterblichkeit in 25 Jahren um mehr als die Hälfte gesunken

Die natürliche Bevölkerungsbewegung der letzten 25 Jahre ist auch in Rheinland-Pfalz durch den Anstieg der Geburtenzahlen bis 1963 und einen dann einsetzenden starken Geburtenrückgang gekennzeichnet. Die Hauptursache dafür ist der tiefgreifende Wandel im generativen Verhalten der Ehepartner, die neue Vorstellungen über Familiengröße sowie über Zeitpunkte und Abstände, in denen die Kinder geboren werden sollen, mit Hilfe zum Teil neuer antikonzeptioneller Mittel und Methoden verwirklicht.

In dem Zeitraum ab 1950 stieg die Zahl der Lebendgeborenen stetig an und erreichte im Jahre 1963 mit 67 768 Kindern einen Höchststand; sie lag damit um 20,7% über dem Wert des Ausgangsjahres. Der danach einsetzende Rückgang führte dazu, daß im Jahre 1974 nur noch 9,7 Kinder je 1 000 Einwohner lebend geboren wurden. Dieser Wert erreichte damit die Hälfte der 1963 beobachteten Ziffer (19,4). Die Zahl der 35 885 Lebendgeborenen des Jahres 1974 liegt um 47,0% unter der des Jahres 1963.

Dieser Geburtenrückgang zeigte sich auch in den stark gesunkenen altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern der Frauen zwischen 15 und 49 Jahren, allerdings hatten die einzelnen Altersgruppen unterschiedliche Entwicklungen. Während die 15- bis 20jährigen Frauen 1974 gegenüber 1950 einen Anstieg der Fruchtbarkeit zu verzeichnen hatten, sank die Fruchtbarkeit der mehr als 30 Jahre alten Frauen in diesem Zeitraum um über 60 Prozent. Eine weit über dem Durchschnitt liegende Fruchtbarkeit wiesen in allen Altersgruppen die nichtdeutschen Frauen auf. Infolgedessen entfiel im Jahre 1974 bereits jede zehnte Geburt auf den ausländischen Bevölkerungsteil, der damit die Bevölkerungsentwicklung nicht unwesentlich beeinflusste.

Einen erfreulichen Verlauf nahm die Säuglingssterblichkeit im dritten Quartal dieses Jahrhunderts, in dem sie um mehr als die Hälfte abnahm. Trotzdem liegt sie 1974, bezogen auf 1 000 Lebendgeborene, mit 22 innerhalb des ersten Lebensjahres gestorbenen Kindern noch um einen Prozentpunkt über dem Bundesdurchschnitt.

Da bei der Sterblichkeit der Bevölkerung nicht im selben Maße ein Rückgang zu verzeichnen war wie bei den Geburten, ergab sich ab 1972 bereits ein Gestorbenenüberschuß, der sich bis 1974 auf 2,1 Personen, bezogen auf 1 000 Einwohner, erhöhte. Diese negative Bilanz in der natürlichen Bevölkerungsentwicklung dürfte sich, trotz eines günstigeren Altersaufbaus, auch in der näheren Zukunft nicht umkehren, sofern nicht ein grundlegender Wandel im generativen Verhalten der Bevölkerung eintritt. ko

Mehr über dieses Thema auf Seite 209

Höchststand bei den Ehescheidungen

Von den rheinland-pfälzischen Landgerichten ergingen im Jahre 1974 insgesamt 5 494 rechtskräftige Urteile in Ehesachen. Auf Scheidung lauteten 5 427 (98,8%), auf Aufhebung drei dieser Urteile. Dagegen führten 64 Klagebegehren wegen richterlicher Abweisung nicht zum Erfolg. Die Scheidungshäufigkeit betrug 14,7 auf 10 000 Einwohner; sie ist damit die höchste der Nachkriegszeit.

Was den klagenden Teil betrifft, so ist das Scheidungsbegehren der Frauen sehr viel häufiger als das der Männer.

Im Berichtsjahr waren von 100 Klägern etwa 72 Frauen. In annähernd vier Fünftel der Scheidungsfälle trug der Mann die Allein- oder Mitschuld. Den häufigsten Scheidungsgrund bildete wiederum die durch schuldhaft schwere Eheverfehlung oder durch unsittliches Verhalten hervorgerufene Ehezerrüttung (§ 43 EheG). Rund 94% der Scheidungen hatten hierin ihre Ursache. Nachgewiesener Ehebruch (§ 42 EheG) war für 46 Scheidungsfälle (0,8%) der Beweggrund, während die infolge einer schon bestehenden Trennung verfügte Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft nach § 48 EheG in 235 Urteilen (4,3%) ihre Bestätigung fand.

In einem Alter bis zu 35 Jahren standen knapp drei Fünftel der geschiedenen Männer und zwei Drittel der geschiedenen Frauen. Besonders früh von einer Scheidung betroffen wurden 11 nicht einmal 18jährige Frauen; im Altersbereich über 65 Jahre befanden sich 82 Männer und 34 Frauen. In 401 (7,4%) der geschiedenen Ehen war der Mann um mehr als 10 Jahre älter als die Frau. Unter diesen gab es 28 mit einem Abstand zum Alter der Frau von mehr als 20 Jahren. Die gegenüber ihren Ehepartnern um 10 oder mehr Jahren älteren Frauen (57) machten 1974 nur 1,1% der weiblichen Geschiedenen aus. Davon hatten 5 Frauen einen über 20-jährigen jüngeren Partner. Bei den innerhalb des Berichtsjahres erfolgten Ehescheidungen waren die in den Jahren 1970 (9,1%), 1971 (8,4%) und 1972 (8,0%) geschlossenen Ehen am häufigsten. In 29 Scheidungsfällen fiel auch die Eheschließung in das Scheidungsjahr. 250 der geschiedenen Ehen hatten mehr als 25 Jahre bestanden.

Von der Scheidung ihrer Eltern wurden insgesamt 6 359 minderjährige Kinder betroffen. zi

Mehr über dieses Thema auf Seite 213

Steigendes Interesse an Kursen der Volkshochschulen

In den 477 Volkshochschuleinrichtungen in Rheinland-Pfalz wurden 1974 mehr als eine halbe Million Hörer bei Einzelveranstaltungen und in den Kursen registriert. Zugenommen hat in den vergangenen Jahren das Interesse an langfristigen Weiterbildungsveranstaltungen. 1970 waren 188 754 Belegungen festgestellt worden, 1974 bereits 209 352. Die Einzelveranstaltungen und Vortragsreihen haben allerdings einen Rückgang an Besuchern zu verzeichnen. Gegenüber 1970 war die Zahl der Hörer um fast 50 000 auf 333 100 gesunken.

Eine Umschichtung ergab sich beim Besucherkreis der Volkshochschulen. Der Anteil der Frauen stieg von 54,6% (1970) auf über 60% (1974). Die Altersstruktur der Hörer verschob sich zugunsten der 25- bis 50jährigen von 37,8% (1970) auf 44% (1974), während die Besucher unter 25 Jahren einen um 5% geringeren Anteil (1974: 48,5%) ausmachten.

Einen nach wie vor steigenden Zulauf verzeichneten 1974 die Sprachkurse der Volkshochschulen. Rund ein Viertel aller Kursteilnehmer meldeten sich für solche Veranstaltungen an. Gefragt waren auch die Kurse für Gesundheits- und Körperpflege (13,1%) sowie für Verwaltung und kaufmännische Praxis (11,5%). Bei den Einzelveranstaltungen und Vortragsreihen standen solche zum Thema Kunst mit mehr als einem Drittel aller Besucher an erster Stelle, gefolgt von den Veranstaltungen über Länder-, Heimat- und Naturkunde (21,9%). ke

Mehr über dieses Thema auf Seite 216

4 000 Verurteilungen mehr als im Vorjahr

Wegen eines Verbrechens oder Vergehens hatten sich 1974 rund 47 000 Personen vor rheinland-pfälzischen Gerichten zu verantworten. In fast 41 000 Fällen führte die Verhandlung zu einer rechtskräftigen Verurteilung. Etwa 4% der Beschuldigten wurden freigesprochen. Der Anteil der verurteilten Frauen war mit 14% relativ gering.

Gegenüber dem Vorjahr hat die Gesamtkriminalität des Jahres 1974 (1 409 auf 100 000 der strafmündigen Bevölkerung) eine Zunahme um 6,3% erfahren; sie erreichte damit den höchsten Stand innerhalb des letzten Jahrzehnts. Einen noch höheren Anstieg (+ 7,6%) mußte bei der Erwachsenenkriminalität (1 247) registriert werden. Während die Verurteilungsziffer bei den Heranwachsenden (3 471) nur unwesentlich über der des Vorjahres lag, stieg sie bei den Jugendlichen (1 681) um 4,4%. Nach wie vor stellen die Jugendlichen etwa den zehnten Teil aller Verurteilten.

In der Rangfolge der Häufigkeit standen wiederum die Vergehen im Straßenverkehr (18 881) mit knapp der Hälfte (46%) aller geahndeten Delikte an erster Stelle. Die Verurteilungsziffer der Verkehrssünder erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 4,5%. Über 8 500 Verkehrsvergehen wurden in Trunkenheit begangen, darunter fast die Hälfte in Verbindung mit einem Verkehrsunfall. Annähernd jeder Dritte wurde wegen eines Vermögensdeliktes belangt. Körperverletzung führte bei fast jedem fünften Angeklagten zu einem Schuldspruch, wobei der Anteil der Fälle, welche in Verbindung mit einem Verkehrsunfall standen, über 75% ausmachte. Wegen Vergehen gegen den Staat, die öffentliche Ordnung und im Amt hatten sich 2,4% der Verurteilten zu verantworten. Gut 1% der Verurteilungen erfolgte wegen begangener Sittlichkeitsdelikte. Wie im Vorjahr, so wurden auch 1974 die 400 Schuldsprüche wegen Vergehen gegen das Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln vorwiegend gegen Heranwachsende (177) und Erwachsene (127) gefällt. Bei den Heranwachsenden nahm die Zahl der Verurteilungen wegen dieser Straftat um 34, bei den Erwachsenen um 14 zu, dagegen fiel sie bei den Jugendlichen um 14 auf 96. Die Verurteilungen wegen Mord und Totschlag lagen erheblich über denen des Vorjahres (1973: 27, 1974: 40).

Bei gut 15% der nach allgemeinem Strafrecht verurteilten Täter (35 432) erkannten die Gerichte auf Freiheitsstrafe, welche in drei Fünftel aller Fälle zur Bewährung ausgesetzt wurde. Jugendstrafrecht kam bei rund 14% der Verurteilten (5 567) zur Anwendung. Von diesen erhielten 905 (16,3%) eine Jugendstrafe. Geldstrafe wurde in 29 908 Fällen (84,4%) einer Verurteilung nach allgemeinem Strafrecht verhängt. Von den nahezu 9 000 Maßregeln der Besserung und Sicherung betrafen 99,6% die Entziehung einer Fahrerlaubnis. In 1 078 Fällen erkannten die Gerichte neben einer Hauptstrafe auf Fahrverbot.

Die Quote der bereits vorbestraften Verurteilten lag bei 29%, das heißt, annähernd jeder dritte Verurteilte war vorbestraft. is

Anwendung eines kleinräumlichen Gliederungssystems in der amtlichen Statistik

Das in Rheinland-Pfalz für die Zukunft angestrebte kleinräumliche Gliederungssystem baut auf der kleinsten Flächeneinheit, dem Block, bzw. der kleinsten Bezugseinheit, der Blockseite, auf. Dabei soll die künftig kleinste Aufbereitungsein-

heit und damit Gliederungseinheit der Regionalstatistik, der Gemeindeteil, in hierarchischer Reihenfolge über Zwischenstufen erreicht werden. Der Übergang vom Gemeindeteil zur Gesamtgemeinde folgt in Anlehnung an das im Rahmen des automatisierten Einwohnermeldesystems bereits festgelegte kleinräumliche Gliederungssystem ebenfalls einer hierarchischen Ordnungsstruktur über maximal drei Gliederungsstufen. Damit wäre sichergestellt, daß die Gliederungssystematik der amtlichen Statistik und die der Gemeinden miteinander kompatibel sind, ein Tatbestand, dem durch eine Vereinbarung zwischen den Gemeinden über 10 000 Einwohner und dem Statistischen Landesamt Rechnung getragen wird. mr

Mehr über dieses Thema auf Seite 229

Notare erzielen höchste freiberufliche Einkünfte

Von gut 10 000 Einkommensteuerepflichtigen mit Einkünften überwiegend aus selbständiger Arbeit wurden im Rahmen der Einkommensteuerstatistik 1971 etwa 7 700, die einigen der wichtigsten freien Berufe angehören, gesondert erfaßt und aufbereitet. Je Steuerpflichtigen errechnet sich für die Gruppe der Freiberufler ein durchschnittlicher Gesamtbetrag der Einkünfte von rund 90 600 DM jährlich. Die höchsten Durchschnittseinkünfte werden mit 152 200 DM für die Notare nachgewiesen, gefolgt von den Ärzten (128 500 DM) und den Zahnärzten (99 300 DM). Dagegen erreichten die Heilpraktiker nicht mehr als 28 200 DM und die Tierärzte nur 36 300 DM.

Von der Summe der Einkünfte entfielen im Schnitt aller freien Berufe 91,3% auf freiberuflich erzielte Einkünfte, die restlichen 8,7% betrafen nebenberufliche Einkunftsquellen wie Kapitaleinkünfte, Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung und insbesondere solche aus nichtselbständiger Arbeit. he

Mehr über dieses Thema auf Seite 227

Nachlassende Investitionsneigung der Industrieunternehmen in 1974

1974 wurden in Rheinland-Pfalz 526 Industrieunternehmen mit 100 und mehr Beschäftigten gezählt, welche mit 269 170 tätigen Personen einen Umsatz von 32,5 Mrd. DM erwirtschafteten und 1 620 Mill. DM investierten. Die im Vergleich zum Vorjahr für Umsatz und Investitionen errechneten Veränderungen von + 20,7 bzw. + 2,6% spiegeln angesichts einer Erhöhung des Erzeugerpreisindex industrieller Produkte um 13,3% einen spürbaren Rückgang der realen Investitionshöhe wider und auch der Umsatzzuwachs fiel real weit geringer aus. Gleichzeitig mußte eine Einbuße von 47 Unternehmen und mehr als 12 200 Arbeitsplätzen hingenommen werden.

Gegenüber 1973 war das Investitionsergebnis lediglich bei den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien expansiv (+13,9%), während alle übrigen Hauptgruppen Minderungen meldeten (Investitionsgütersektor — 15,8%). Unter den im Lande bedeutenden Zweigen waren insbesondere die Bereiche Feinkeramik (— 54,9%), Steine und Erden (— 42,8%) sowie Elektrotechnik (— 38,5%) stark rezessiv, wogegen für die chemische Industrie eine Zunahme um 20,9% festgestellt werden konnte. pe

Mehr über dieses Thema auf Seite 223

Geburten und Sterbefälle 1950 - 1974

Die Entwicklung der Bevölkerungszahl, eines der wichtigsten Indizien für die Entwicklung eines Landes, wird durch die Geburten und Sterbefälle sowie durch die Zu- und Fortzüge bestimmt. Während die Wanderungsbewegung in erster Linie von der wirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst wird, deuten die großen Veränderungen bei der natürlichen Bevölkerungsbewegung, vor allem bei den Geburten, in den zurückliegenden Jahren auf andere Einflußfaktoren hin.

Anhand einer Zeitreihe von 25 Jahren werden die Geburten und Sterbefälle der jüngsten Vergangenheit dargestellt, um aus dieser Entwicklung gegebenenfalls Rückschlüsse auf zukünftige Veränderungen der Bevölkerungszahl, soweit diese nicht durch Wanderungen bestimmt wird, zu ermöglichen.

Geborenenzahlen seit 1963 um 47% gesunken

Die Entwicklung der Geborenenzahlen im dritten Viertel dieses Jahrhunderts ist gekennzeichnet durch einen Anstieg um 20,7% von 56 147 im Jahre 1950 bis auf 67 768 im Jahre 1963. Nach der Überschreitung dieses Höhepunktes setzte ein starker Rückgang der Zahl der lebendgeborenen Kinder ein. Im Jahre 1974 wurde mit 35 885 Lebendgeborenen der bisher tiefste Stand der letzten 25 Jahre erreicht, er liegt um 47,0% unter dem des Jahres 1963.

Um den Einfluß der sich verändernden Bevölkerungszahl zu eliminieren, wird die absolute Zahl der Lebendgeborenen auf 1 000 Einwohner je Jahr bezogen. Während sich diese Relation in den Jahren 1950 bis 1963 mit Werten zwischen 18,3 und 19,7 Lebendgeborenen je 1 000 Einwohner nur geringfügig veränderte, sank sie in den folgenden Jahren sehr stark ab und erreichte 1974 mit 9,7 die Hälfte des Wertes des Jahres 1963 (19,4). In diesem starken Absinken der Geburtenzahlen je 1 000 Einwohner kommt deutlich eine zunehmende Familienplanung zum Ausdruck, die sich allmählich in allen Bevölkerungsschichten durchsetzte. Es ergaben sich neue Überlegungen und Vorstellungen über die ideale Familiengröße sowie über Zeitpunkte und Abstände, in denen die Geburten erfolgen sollten.

Eine Untersuchung in Rheinland-Pfalz ergab für die in den ersten zehn Ehejahren geborenen Erstkinder eine Verlängerung des Abstands zwischen

Eheschließung der Eltern und Geburt des Kindes von 18 Monaten im Jahre 1968 auf 24 Monate im Jahre 1974. Der Abstand zwischen dem ersten und dem zweiten Kind erhöhte sich in dieser Zeit um fünf Monate auf ungefähr 3,7 Jahre; ebenso vergrößerten sich die Geburtenabstände zwischen den folgenden Kindern.

Die Zahl der nichtehelich geborenen Kinder ging in dem Zeitraum 1950 bis 1974 kontinuierlich von 4 242 auf 2 083 zurück. Stellt man allerdings das Verhältnis der nichtehelich Lebendgeborenen zu den gesamten Lebendgeborenen in den Vordergrund der Betrachtung, dann zeigt sich, daß der Anteil der Geburten von nichtehelichen Kindern an den Gesamtgeburten wieder im Steigen begriffen ist, nachdem der Tiefpunkt mit 37,8 nichtehelich Lebendgeborenen auf 1 000 Lebendgeborene im Jahre 1967 erreicht war. Mit 58,0 im Jahre 1974 liegt diese Zahl allerdings noch weit unter der Marke des Jahres 1951, das in der vorliegenden Zeitreihe mit 76,5 den höchsten Stand ausweist.

Starke Abnahme der Fruchtbarkeit bei den über 30jährigen Frauen

Die Untersuchung der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern anhand einiger ausgewählter Jahre zeigt die Unterschiede auf, die zwischen den einzelnen Altersgruppen bestehen. Außerdem wird die deutlich höhere Fruchtbarkeit nichtdeutscher Frauen erkennbar. Im Jahre 1950 wurden von 1 000 Frauen im Alter zwischen 15 und 49 Jahren 67 Kinder lebend geboren. Diese Zahl stieg in den folgenden Jahren auf 79 (1965) an. Der danach einsetzende Geburtenrückgang führte dazu, daß 1974 nur noch 42 Kinder auf 1 000 Frauen im gebärfähigen Alter entfielen.

Betrachtet man nun einzelne Altersgruppen, dann fällt auf, daß trotz des allgemeinen Geburtenrückgangs die Fruchtbarkeit in der Gruppe der 15 bis 20 Jahre alten Frauen bis 1970 noch stieg, danach ergab sich auch hier eine abnehmende Tendenz. Allerdings lag die Zahl von 27 Lebendgeborenen auf 1 000 Frauen dieser Gruppe im Jahre 1974 noch deutlich über der des Jahres 1950 (rund 17). Die Altersgruppe mit der höchsten Fruchtbarkeit waren 1974 die Frauen im Alter zwischen 25 und 30 Jahren. Die beiden Jahre zuvor war es noch die Altersgruppe der 20- bis 25jährigen.

Grundzahlen

Jahr	Lebendgeborene				Totgeborene		Gestorbene ¹⁾					Geborenen- bzw. Gestor- benen- (-) überschuß
	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich	nicht- ehelich	ins- gesamt	nicht- ehelich	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich	im ersten Lebens- jahr	in den ersten 7 Lebens- tagen	
1950	56 147	29 115	27 032	4 242	1 146	136	31 958	16 145	15 813	2 950	1 482	24 189
1951	56 558	29 382	27 176	4 327	1 141	132	33 978	17 398	16 580	3 075	1 532	22 580
1952	57 404	29 821	27 583	4 212	1 163	140	33 695	17 440	16 255	2 953	1 564	23 709
1953	58 399	29 825	28 574	4 194	1 147	136	36 538	18 937	17 601	2 746	1 381	21 861
1954	60 322	31 176	29 146	4 365	1 172	120	34 497	17 994	16 503	2 706	1 469	25 825
1955	60 259	31 130	29 129	3 840	1 191	116	35 685	18 418	17 267	2 522	1 278	24 574
1956	62 771	32 428	30 343	3 704	1 065	99	37 706	19 621	18 085	2 747	1 360	25 065
1957	64 722	33 622	31 100	3 516	1 073	97	37 604	19 549	18 055	2 419	1 298	27 118
1958	61 473	31 725	29 748	3 463	1 007	78	36 168	18 862	17 306	2 402	1 272	25 305
1959	64 011	33 143	30 868	3 402	1 000	62	37 104	19 671	17 433	2 569	1 265	26 907
1960	64 251	32 743	31 508	3 350	1 023	72	39 533	20 596	18 937	2 369	1 299	24 718
1961	66 744	34 429	32 315	3 343	896	57	38 037	19 999	18 038	2 291	1 399	28 707
1962	66 185	33 887	32 298	3 001	899	63	39 345	20 530	18 815	2 132	1 355	26 840
1963	67 768	34 945	32 823	2 894	961	61	41 065	21 314	19 751	1 938	1 232	26 703
1964	67 323	34 695	32 628	2 676	881	60	38 529	20 343	18 186	1 826	1 155	28 794
1965	64 480	32 915	31 565	2 521	794	36	40 145	20 983	19 162	1 545	1 070	24 335
1966	64 249	33 196	31 053	2 440	774	41	40 758	21 011	19 747	1 550	1 089	23 491
1967	61 090	31 187	29 903	2 311	704	45	41 041	21 296	19 745	1 503	1 031	20 049
1968	58 532	30 086	28 446	2 442	670	32	44 219	22 750	21 469	1 410	924	14 313
1969	53 987	27 787	26 200	2 357	594	50	44 430	22 812	21 618	1 371	919	9 557
1970	48 706	25 119	23 587	2 331	514	35	43 694	22 202	21 492	1 241	902	5 012
1971	46 049	23 810	22 239	2 314	482	47	44 001	22 381	21 620	1 052	717	2 048
1972	41 035	21 023	20 012	2 239	442	26	43 914	22 360	21 554	989	610	- 2 879
1973	37 000	19 052	17 948	2 121	341	36	44 186	22 355	21 831	911	543	- 7 186
1974	35 885	18 305	17 580	2 083	303	26	43 487	22 001	21 486	805	453	- 7 602

Verhältniszahlen

Jahr	Lebend- geborene	Gestorbene 1)	Geborenen- bzw. Gestor- benen- (-) überschuß	Nichtehelich Lebend- geborene	Gestorbene ¹⁾		Knaben auf 1 000 lebend- geborene Mädchen	Totgeborene auf 1 000 Lebend- und Totgeborene
					im ersten Lebensjahr ²⁾	in den ersten 7 Lebenstagen		
	auf 1 000 Einwohner				auf 1 000 Lebendgeborene			
1950	18,9	10,8	8,1	75,6	52,8	26,4	1 077	20,0
1951	18,4	11,0	7,3	76,5	54,4	27,1	1 081	19,8
1952	18,3	10,7	7,5	73,4	51,6	27,2	1 081	19,9
1953	18,3	11,4	6,8	71,8	47,2	23,6	1 044	19,3
1954	18,6	10,6	8,0	72,4	45,1	24,4	1 070	19,1
1955	18,3	10,9	7,5	63,7	41,8	21,2	1 069	19,4
1956	19,3	11,6	7,7	59,0	44,1	21,7	1 069	16,7
1957	19,7	11,4	8,2	54,3	37,6	20,1	1 081	16,3
1958	18,4	10,8	7,6	56,3	38,7	20,7	1 066	16,1
1959	19,0	11,0	8,0	53,1	40,4	19,8	1 074	15,4
1960	18,9	11,6	7,3	52,1	36,9	20,2	1 039	15,7
1961	19,5	11,1	8,4	50,1	34,5	21,0	1 065	13,2
1962	19,1	11,4	7,8	45,3	32,2	20,5	1 049	13,4
1963	19,4	11,8	7,6	42,7	28,7	18,2	1 065	14,0
1964	19,1	10,9	8,2	39,7	27,1	17,2	1 063	12,9
1965	18,1	11,3	6,8	39,1	23,8	16,6	1 043	12,2
1966	17,8	11,3	6,5	38,0	24,1	16,9	1 069	11,9
1967	16,9	11,3	5,5	37,8	24,5	16,9	1 043	11,4
1968	16,1	12,2	3,9	41,7	24,0	15,8	1 058	11,3
1969	14,8	12,1	2,6	43,7	25,2	17,0	1 061	10,9
1970	13,4	12,0	1,4	47,9	25,2	18,5	1 065	10,4
1971	12,5	12,0	0,6	50,3	22,7	15,6	1 071	10,4
1972	11,1	11,9	- 0,8	54,6	23,8	14,9	1 051	10,7
1973	10,0	12,0	- 1,9	57,3	24,3	14,7	1 062	9,1
1974	9,7	11,8	- 2,1	58,0	22,3	12,6	1 041	8,4

1) Ohne Totgeborene. - 2) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten.

Die Veränderung der Fruchtbarkeit in den vergangenen 25 Jahren war am stärksten bei den Frauen über 30 Jahren. So war die Abnahme der Zahl der Lebendgeborenen je 1 000 Frauen zwischen 1950 und 1974 mit — 64,4% am stärksten in der Gruppe der 40 bis 45 Jahre alten Frauen. Aber auch in den Altersgruppen der 30- bis 35jährigen sowie der 35- bis 40jährigen betrug der Rückgang mehr als 60%.

Ein Vergleich der Fruchtbarkeit deutscher Frauen

im gebärfähigen Alter mit der Fruchtbarkeit der nichtdeutschen Frauen zeigt, daß die der ausländischen Frauen 2,5 mal so hoch liegt. So wurden im Jahre 1974 von 1 000 ausländischen Frauen 100 Kinder lebend geboren, von 1 000 deutschen Frauen nur 39. Gegenüber 1972 ist bei den nichtdeutschen Frauen zwar ein leichter Rückgang der Fruchtbarkeit festzustellen, aber mit Sicherheit wird deren Fruchtbarkeitsziffer noch lange Zeit weit über derjenigen der deutschen Frauen liegen.

Altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern 1950 - 1974

Durchschnittliches Alter der Mutter 1)	1950	1955	1960	1965	1970	1972		1974	
						insgesamt	nicht-deutsch	insgesamt	nicht-deutsch
15 Jahre	-	0,4	1,0	1,0	1,2	1,1	7,4	0,9	6,9
16 "	1,9	2,6	4,3	5,8	6,2	7,1	22,2	7,1	36,6
17 "	9,0	10,7	15,7	22,2	28,2	29,8	59,9	23,7	45,7
18 "	26,3	31,1	37,8	57,2	60,7	57,8	111,5	43,4	149,0
19 "	50,6	59,9	66,2	93,5	98,3	79,6	136,2	61,1	158,7
15 - 19 Jahre	16,5	20,2	26,4	32,6	38,5	34,7	72,8	26,6	80,1
20 "	73,0	90,3	101,0	131,6	123,5	96,6	150,5	71,4	159,3
21 "	97,2	116,8	125,3	151,2	137,4	105,9	160,0	86,0	138,3
22 "	113,6	141,8	151,3	170,6	147,5	117,8	155,6	96,7	129,2
23 "	126,4	158,4	177,8	183,4	147,0	123,7	145,8	108,0	141,9
24 "	144,3	166,4	186,0	192,8	146,5	125,3	155,1	116,3	150,0
20 - 24 Jahre	110,7	133,8	148,9	159,0	148,2	116,4	151,5	96,3	137,2
25 "	149,8	164,8	189,9	189,6	137,1	121,1	147,3	116,3	142,8
26 "	152,0	159,5	181,3	183,1	134,0	113,7	142,4	108,9	135,1
27 "	149,0	154,8	171,7	171,8	121,5	96,9	116,2	98,6	136,0
28 "	149,1	150,3	161,3	152,8	112,5	94,1	125,3	89,4	124,2
29 "	142,1	137,2	146,4	142,1	103,3	88,4	117,2	76,0	118,0
25 - 29 Jahre	147,8	151,6	172,7	171,0	111,7	102,1	134,2	101,7	137,1
30 "	137,0	125,2	127,5	130,6	90,6	77,0	112,8	67,1	102,0
31 "	125,2	119,2	118,1	116,8	83,8	65,8	100,5	59,8	102,6
32 "	110,6	108,3	106,2	104,6	75,8	61,0	110,5	49,0	88,5
33 "	100,5	96,5	94,7	92,6	65,6	52,1	81,0	42,7	84,8
34 "	93,9	86,9	83,1	77,5	58,0	46,0	82,1	37,1	84,8
30 - 34 Jahre	120,5	106,5	104,2	106,5	76,1	58,2	102,9	48,1	96,6
35 "	84,1	74,2	72,1	67,4	52,4	39,1	73,1	30,3	63,5
36 "	73,8	65,4	62,5	61,8	44,6	34,8	68,6	25,3	72,3
37 "	67,1	58,8	53,2	51,3	39,4	29,7	63,8	24,1	62,2
38 "	55,0	48,7	45,0	42,7	34,1	25,5	52,5	19,1	44,8
39 "	46,3	39,3	36,1	35,0	26,6	22,1	38,9	15,7	42,4
35 - 39 Jahre	62,9	62,7	53,1	50,8	40,5	31,2	62,0	23,5	60,7
40 "	39,7	31,0	29,2	28,9	21,4	17,0	43,4	13,8	40,8
41 "	30,1	25,4	23,2	20,7	15,5	13,4	38,5	11,1	28,3
42 "	21,5	17,4	15,1	14,5	12,0	8,7	16,4	8,9	22,4
43 "	15,3	11,8	11,7	9,9	6,9	7,7	16,1	4,2	4,2
44 "	9,0	8,1	5,9	5,7	4,1	3,9	15,8	3,5	13,2
40 - 44 Jahre	23,3	17,7	19,9	15,7	11,7	9,8	27,4	8,3	23,3
45 "	4,1	4,7	4,1	3,4	2,8	2,0	5,5	1,4	6,6
46 "			1,9	1,2	1,4	1,2	4,9	1,0	6,4
47 "	0,5		0,7	0,8	0,5	0,7	2,6	0,2	-
48 "		1,3	0,7	0,1	0,2	0,2	-	0,1	-
49 "			0,3	0,1	-	0,1	2,8	0,1	2,4
45 - 49 Jahre	1,3	2,0	1,4	1,5	0,9	0,8	3,1	0,6	3,3
15 - 45 "	78,7	80,9	90,3	88,7	68,4	57,0	108,8	49,1	106,1
15 - 50 "	67,2	68,7	76,5	79,1	57,7	48,4	101,9	42,0	100,3

1) Einzeljahre nach Geburtsjahren, Summen nach Altersjahren.

Jedes zehnte Kind von nichtdeutschen Eltern

Die bei der nichtdeutschen Bevölkerung deutlich höhere Fruchtbarkeit führt zusammen mit dem gestiegenen Anteil dieser Gruppe an der gesamten Wohnbevölkerung zu einem immer größeren Anteil von nichtdeutschen Kindern an der Gesamtgeburtenszahl. Damit wird die Bedeutung der Geburten von ausländischen Kindern für die Bevölkerungsentwicklung des Landes klar. Während 1970 erst 1 802 Lebendgeborene, das waren 3,7% der Lebendgeborenen insgesamt, Nichtdeutsche waren, wurde im Jahre 1974 bereits bei 3 743 lebendgeborenen Kindern eine ausländische Staatsangehörigkeit registriert. Damit entfällt also bereits jede zehnte

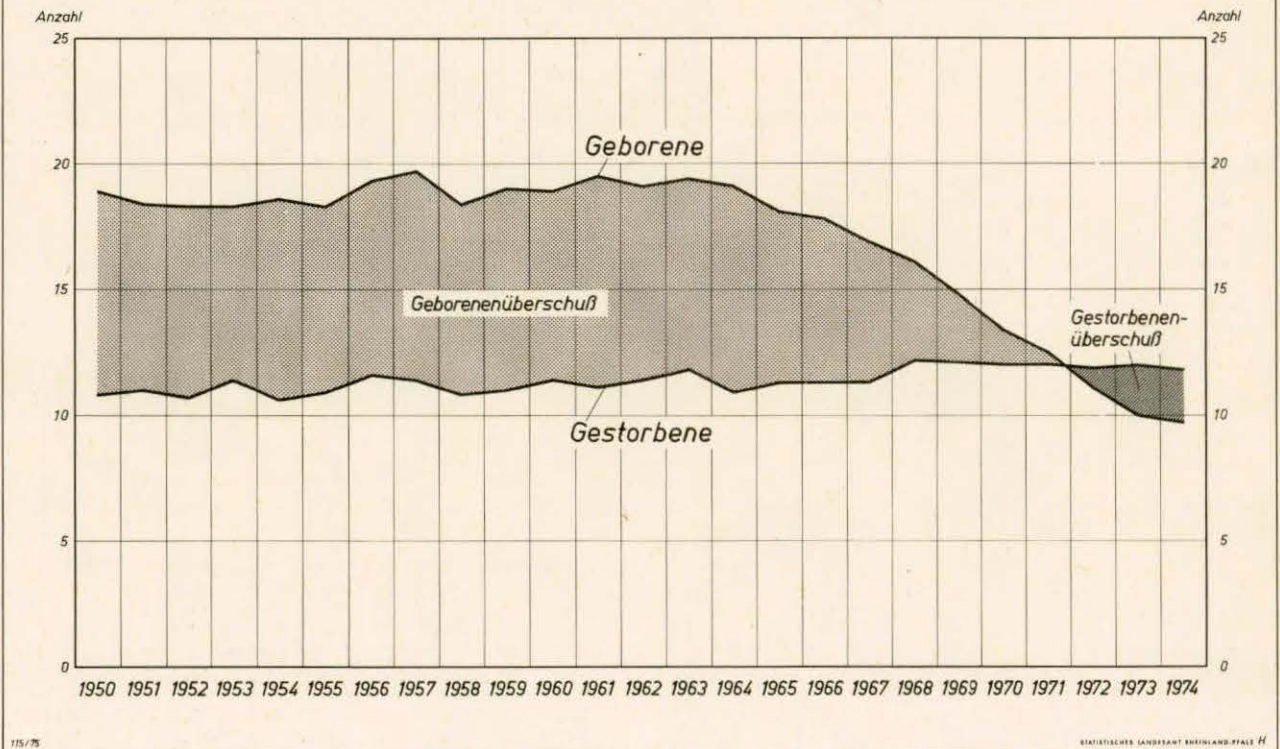
Geburt im Lande auf den ausländischen Bevölkerungsteil. Stellt man dieser Entwicklung die Veränderung des Anteils der Ausländer an der Wohnbevölkerung gegenüber, der zwischen 1970 und 1974 von 2,5% auf 4% gestiegen ist, dann zeigt sich die wirkliche Bedeutung der höheren Fruchtbarkeit des ausländischen Bevölkerungsteils. So stieg der Anteil der Ausländer an den Geburten seit 1970 um 181%, ihr Anteil an der Wohnbevölkerung nur um 60%, der Anteil der nichtdeutschen Frauen an den Frauen insgesamt um 72%.

Höhere Sterblichkeit der männlichen Bevölkerung

Im Jahre 1950 starben in Rheinland-Pfalz 31 958 Personen, im Jahre 1974 waren es 43 487. Um diese

Geborene und Gestorbene 1950 - 1974

(auf 1000 Einwohner und 1 Jahr)



Steigerung von 36,1% richtig einzuschätzen, muß man feststellen, daß im gleichen Zeitraum die Wohnbevölkerung des Landes um 24,5% zugenommen hat. Auf 1000 Einwohner bezogen trat eine Zunahme der Sterbefälle von 10,8 auf 11,8 Personen ein. Die Schwankungen in der vorliegenden Zeitreihe waren mit den Extremwerten 10,6 und 12,2 Gestorbene auf 1000 Einwohner nicht sehr groß und die bevorstehenden Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung lassen keine tiefgreifende Veränderung erwarten.

Die höhere Sterblichkeit der männlichen Bevölkerung zeigt sich in der Aufgliederung der Zahl der Gestorbenen nach dem Geschlecht. Trotz des bestehenden Frauenüberschusses überwog im gesamten Zeitraum die Zahl der Sterbefälle des männlichen Geschlechts die des weiblichen. So liegt auch die durchschnittliche Lebenserwartung, wie sie sich aus den Jahren 1970 bis 1972 errechnet, bei einem neugeborenen Knaben mit 67,0 Jahren um mehr als 6 Jahre niedriger als die eines neugeborenen Mädchens (73,6 Jahre). Der Abstand in der Lebenserwartung verringert sich zwar mit fortschreitendem Alter, bleibt aber über alle Altersjahre erhalten. So leben 50jährige Männer im Durchschnitt noch 22,9 Jahre, Frauen dieses Alters dagegen 27,4 Jahre, auch bei den 80jährigen haben die Frauen noch eine etwa ein Jahr höhere Lebenserwartung.

Säuglingssterblichkeit seit 1950 um mehr als die Hälfte gesunken

Besondere Beachtung verdient die in Rheinland-Pfalz auch heute noch über dem Bundesdurchschnitt

liegende Säuglingssterblichkeit. Von 1000 lebendgeborenen Kindern des Landes starben 1974 immer noch 22 im ersten Lebensjahr (Bundesdurchschnitt 21), gegenüber einer Säuglingssterblichkeit von 53 Kindern im Jahre 1950 bedeutet das jedoch eine ganz erhebliche Verbesserung. Die Gründe für diesen starken Rückgang in der Säuglingssterblichkeit sind nicht zuletzt die deutliche Abnahme der Hausgeburten und die damit verbesserten hygienischen Bedingungen, die Fortschritte in der Pädiatrie und die rechtzeitige Erkennung von Risikogeburten durch Vorsorgeuntersuchungen schwangerer Frauen.

Von den 805 Lebendgeborenen, die 1974 im ersten Lebensjahr starben, überlebten allein 453 (56,3%) nicht die erste Lebenswoche. In früheren Jahren lag dieser Prozentsatz mit bis zu 70% teilweise noch erheblich höher. Auf 1000 Lebendgeborene bezogen starben 1974 rund 13 Kinder in den ersten sieben Lebenstagen, 1950 waren es mit 26 noch etwa doppelt so viele. Auch in diesem Rückgang zeigt sich das in den vergangenen 25 Jahren stark gesunkene Sterblichkeitsrisiko Neugeborener.

Geborenenüberschuß verwandelt sich in Gestorbenenüberschuß

Die bisher aufgezeigte Entwicklung der Geburten und Sterbefälle schlägt sich in der Veränderung des Geborenen- bzw. Gestorbenenüberschusses nieder. Der langjährige Geborenenüberschuß verwandelte sich erstmals im Jahre 1972 in einen Gestorbenenüberschuß, der sich seitdem laufend verstärkte.

Während im Jahre 1950 noch 24 189 mehr Geburten als Sterbefälle registriert wurden und mit einem Geborenenüberschuß von 28 794 im Jahre 1964 ein Höhepunkt erreicht war, starben 1974 bereits 7 602 Personen mehr, als Kinder geboren wurden. Auf 1 000 Einwohner gerechnet betrug der Geborenenüberschuß 1950 noch 8,1 Personen und hatte seinen Höhepunkt mit 8,4 Personen 1961. Für das Jahr

1974 ergab sich ein Gestorbenenüberschuß von 2,1 Personen je 1 000 Einwohner.

Für die nähere Zukunft ist, trotz eines günstigeren Altersaufbaus, weiterhin eine negative Bilanz in der natürlichen Bevölkerungsentwicklung zu erwarten, solange nicht ein grundlegender Wandel im generativen Verhalten der Bevölkerung eintritt.

Diplom-Volkswirt H. Kollmar

Gerichtliche Ehelösungen 1974

Von den rheinland-pfälzischen Landgerichten ergingen im Jahre 1974 insgesamt 5 494 rechtskräftige Urteile in Ehesachen. Auf Scheidung lauteten 5 427 (98,8%), auf Aufhebung drei dieser Urteile. Dagegen führten 64 Klagebegehren wegen richterlicher Abweisung nicht zum Erfolg. Die Scheidungshäufigkeit betrug im Berichtsjahr 14,7 auf 10 000 Einwohner und ist damit die höchste der Nachkriegszeit. Als Folge der Lösung vieler im Krieg geschlossener Ehen war die Zahl der Ehescheidungen in den Jahren 1947 bis 1950 auffällig angestiegen, um nach einem abrupten Rückgang im Jahre 1951 über die folgenden eineinhalb Jahrzehnte einen nahezu konstanten, wenn auch nicht kontinuierlichen Verlauf zu nehmen. Während dieses Zeitraumes variierten die jährlichen Häufigkeitswerte zwischen 6,4 und 8,0. Eine ununterbrochene Zunahme der Scheidungshäufigkeit zeigt sich ab dem Jahre 1966. Seit diesem Zeitpunkt ergeben sich jährliche Steigerungsraten mit einem Mittelwert von 8,6%.

Scheidungshäufigkeit erreicht Bundesdurchschnitt

Im Vergleich der Bundesländer liegt Rheinland-Pfalz in der Scheidungshäufigkeit an der sechsten Stelle (es ist dies mangels neuerer Länderzahlen

der Stand des Jahres 1973). Zehn Jahre zuvor befand sich das Land noch an zweitletzter Stelle. Die Veränderung der Rangfolge bestätigt eine außergewöhnliche Entwicklung der Scheidungshäufigkeit. Inzwischen dürfte der Häufigkeitswert des Landes (1974: 14,7) dem Durchschnitt des Bundes (1973: 14,5) ziemlich nahe gekommen sein. Sehr unterschiedlich ist die Scheidungshäufigkeit in den einzelnen Landesteilen von Rheinland-Pfalz. Mit 10,0 Ehescheidungen auf 10 000 Einwohner liegt die Scheidungsziffer im Landgerichtsbezirk Trier am niedrigsten. Die Landgerichtsbezirke Mainz und Frankenthal weisen mit 18,4 bzw. 18,2 die relativ meisten Ehescheidungen auf. Es folgen die Landgerichtsbezirke Kaiserslautern (17,4) und Kreuznach (16,1) mit noch über dem Landesdurchschnitt liegenden Scheidungsziffern und schließlich die Landgerichtsbezirke Zweibrücken (14,0), Koblenz (13,0) und Landau (12,3) mit einer darunterliegenden Scheidungshäufigkeit. Diese regionale Disparität hat ihre Hauptursache in der unterschiedlichen konfessionellen Zusammensetzung der Bevölkerung und in der unterschiedlichen Sozial- und Siedlungsstruktur der einzelnen Gebiete. So liegt die Scheidungshäufigkeit der evangelischen Bevölkerung mit einer Scheidungsziffer von 11,0 sehr auffällig über derjenigen

Ehescheidungen nach Landgerichtsbezirken 1965 - 1974

Landgerichtsbezirk	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974
Anzahl										
Koblenz	1 021	1 109	1 241	874	898	960	1 264	1 312	1 359	1 430
Kreuznach	298	308	364	270	291	284	280	315	358	451
Mainz	330	373	438	297	286	633	767	704	841	911
Trier	751	817	880	565	626	353	350	455	453	484
Frankenthal (Pfalz)	940	945	1 001	588	697	823	734	828	893	1 002
Kaiserslautern	496	490	547	292	349	345	383	444	451	490
Landau i. d. Pfalz	237	244	222	167	210	240	282	263	281	292
Zweibrücken	428	431	411	292	295	351	302	354	392	367
Rheinland-Pfalz	4 501	4 717	5 104	3 345	3 652	3 989	4 362	4 675	5 028	5 427
Auf 10 000 Einwohner										
Koblenz	5,6	5,0	7,1	8,0	8,2	8,8	11,6	12,0	12,4	13,0
Kreuznach	9,1	8,2	8,9	9,9	10,6	10,4	10,0	11,2	12,7	16,1
Mainz	11,0	9,8	11,2	11,6	12,7	13,0	15,7	14,3	17,0	18,4
Trier	4,3	4,4	4,5	6,3	6,1	7,5	7,2	9,4	9,3	10,0
Frankenthal (Pfalz)	11,2	11,0	12,0	11,1	12,9	15,2	13,4	15,1	16,2	18,2
Kaiserslautern	11,7	11,0	11,0	10,5	12,6	12,4	13,7	15,8	16,0	17,4
Landau i. d. Pfalz	7,3	6,3	6,3	7,2	9,0	10,3	12,0	11,1	11,8	12,3
Zweibrücken	8,0	9,8	9,9	10,8	10,9	13,1	11,3	13,3	14,8	14,0
Rheinland-Pfalz	8,0	7,6	8,6	9,2	10,0	10,9	11,9	12,7	13,6	14,7

Jahr	Gemeindegrößenklasse nach der Zahl der Einwohner										Ein- wohner- zahl unbe- kannt
	unter 2 000		2 000 - 20 000		20 000 - 50 000		50 000 - 100 000		100 000 und mehr		
	Anzahl	auf 10 000 Einw.	Anzahl	auf 10 000 Einw.	Anzahl	auf 10 000 Einw.	Anzahl	auf 10 000 Einw.	Anzahl	auf 10 000 Einw.	
1965	527	4,6	791	6,9	367	10,3	465	18,5	635	9,5	65
1966	554	4,8	729	6,2	360	10,0	452	18,0	570	8,4	71
1967	613	5,3	874	7,5	390	10,3	448	17,9	690	10,3	99
1968	676	5,8	992	8,4	472	12,4	496	19,7	629	10,9	80
1969	614	5,3	1 137	9,5	584	15,2	461	16,2	810	14,5	46
1970	809	6,9	1 107	9,0	620	18,3	467	18,8	938	13,8	48
1971	864	7,4	1 205	9,7	725	21,3	438	17,6	1 085	15,9	45
1972	807	6,9	1 436	11,5	728	21,2	309	12,5	1 354	19,9	41
1973	797	6,8	1 678	13,5	682	18,7	367	14,9	1 471	21,5	33
1974	863	7,5	1 704	13,8	743	20,4	509	20,8	1 589	23,3	19
1965 - 1974	7 124	6,1	11 653	9,7	5 671	15,7	4 412	17,0	9 771	14,9	547

der katholischen Bevölkerung (8,3). Eine qualifiziertere Aussage hierüber würde das Verhältnis der Geschiedenen zu den bestehenden Ehen erlauben, jedoch sind über die letzteren keine Zahlen verfügbar. Recht aufschlußreich ist die Gegenüberstellung der Verhältnisse in der konfessionellen Unterscheidung von Eheschließung und Ehescheidung. Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre betrug der Anteil der Eheschließungen, bei denen beide Partner evangelisch waren, an der Gesamtzahl der Eheschließungen 27,4%, der Anteil der Eheschließungen unter katholischen Ehepartnern 40,7%. Dagegen lag der Anteil der geschiedenen Ehen, bei denen beide Partner evangelisch waren, bei 30,3%, der Anteil der Ehen von katholischen Ehepartnern bei 32,4% der 1974 insgesamt geschiedenen Ehen. Auch diese Relationen demonstrieren die bereits mit den konfessionsspezifischen Scheidungsziffern belegte stärkere Bindung in Ehen von rein katholischen Ehepartnern gegenüber den Ehen von rein evangelischen Ehepartnern. Die Scheidungshäufigkeit der konfessionell gemischten Ehen scheint noch über der Scheidungshäufigkeit der rein evangelischen zu liegen. Bei einem Anteil an der Gesamtzahl der über die letzten zehn Jahre ermittelten durchschnittlichen Eheschließungen von 28,7% stellt sich ihr Anteil an den Ehescheidungen auf 32,5%.

Hohe Scheidungshäufigkeit in Städten

Konfessionell gemischte Ehen werden vornehmlich in Städten geschlossen; ihre hohe Scheidungshäufigkeit dürfte hauptsächlich mit den in Städten gegenüber dem Lande ungleich größeren Scheidungswilligkeit zusammenhängen. Tatsächlich wächst die Scheidungshäufigkeit mit zunehmender Bevölkerungsdichte. In den Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern - zwei Drittel der rheinland-pfälzischen Gemeinden dieser Größenklasse befinden sich in den mit ihren Scheidungsziffern an letzter und drittletzter Stelle rangierenden Landgerichtsbezirken Trier und Koblenz - kommen nur 7,5 Ehescheidungen auf 10 000 Einwohner, während in den Mittelstädten von 20 000 bis 50 000 Einwohnern bereits annähernd dreimal so viele Ehescheidungen (20,4) festzustellen sind. Für die Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern errechnet sich sogar eine Scheidungsziffer von 22,7. Auch hier zeigt sich

der Einfluß, welcher die unterschiedliche Sozialstruktur des Landes auf die Scheidungshäufigkeit nimmt. Die Auswirkungen einer Ehescheidung auf dem Lande sind nämlich in aller Regel sehr viel tiefgreifender, als dies in städtischen Bereichen der Fall ist. Erwähnt seien nur die aus einer Scheidung resultierenden Vermögensauseinandersetzungen, welche für die wirtschaftliche Existenz auf dem Lande ungleich schwerwiegendere Folgen haben können. Hinderungsgründe für eine Scheidung bilden aber auch die noch vielfach stärkeren religiösen Bindungen der Landbevölkerung und deren noch weitgehend traditionell geprägten gesellschaftlichen Anschauungen.

Über die Gründe der Ehescheidungen liegen nur wenige und soweit es den direkten Ehebruch (§ 42 EheG) und die schuldhaft schwere Ehezerüttung (§ 43 EheG) betrifft, in ihrem Aussagewert sehr fragliche Angaben vor. Nicht selten werden von den klagenden Ehepaaren nur solche Verfehlungen vorgebracht, welche am wenigsten ihre Intimsphäre berühren, sofern diese Klage Aussicht auf Erfolg verspricht. Oft spielen auch Beweisschwierigkeiten, vor allem bei Klagen wegen Ehebruchs, eine nicht unerhebliche Rolle, so daß in den meisten Fällen nur der Nachweis einer sonstigen Eheverfehlung nach § 43 EheG erbracht werden kann. So dürften die 46 im Jahre 1974 wegen erwiesenen Ehebruchs geschiedenen Ehen - sie stellen nur 0,8% der Gesamtzahl dar - ganz sicher nicht das Ausmaß solcher ehelichen Untreue aufzeigen, welches Anlaß zum Scheidungsbegehren war. Andererseits wird der tatsächlich begangene, aber nicht ausreichend bewiesene Ehebruch bei einem nicht geringen Teil der 5 119 (94,3%) wegen sonstiger Eheverfehlungen und der 235 (4,3%) wegen Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft geschiedenen Ehen der wirkliche Beweggrund zur Scheidung gewesen sein. In 18 Fällen bildete eine geistige Störung oder Geisteskrankheit eines Partners das Scheidungsmotiv.

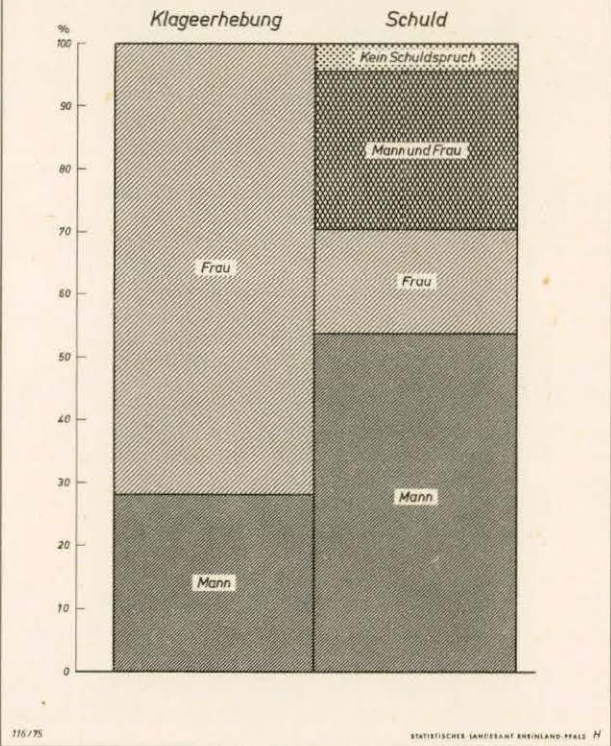
Zunehmende Klagebegehren von Seiten der Frau

Die Klage auf Ehescheidung wurde in 1 532 Fällen durch den Mann, in 3 895 Fällen durch die Frau erhoben. Das häufigere Scheidungsbegehren der Frauen ist im Zusammenhang zu sehen mit der offensichtlich größeren Neigung des Mannes zu ei-

nem schuldhaften Verhalten. Dies wird aus den Nachweisungen über die Alleinschuld, auf welche beim Mann (2 922) in weit höherem Maße als bei der Frau (909) erkannt wurde, offensichtlich. In der Unterscheidung nach den Gründen der Klageerhebung überwiegen die Frauen als klagender Teil zahlenmäßig stark bei erwiesenem Ehebruch und sonstigen Eheverfehlungen (73%), wogegen die Männer bei der Klage auf Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft dominieren (57%). Interessant ist die Feststellung, daß das Klagebegehren der Frauen im Laufe der vergangenen zehn Jahre eine sehr viel stärkere Zunahme erfahren hat, als das Klagebegehren des Mannes. So weisen zwischen 1965 und 1974 die Fälle der Klage von Seiten der Frau eine Steigerung von 106% auf, die Fälle der Klage von Seiten des Mannes aber nur eine solche von 59%.

Hat der beklagte Ehegatte Gründe vorzubringen, die eine Scheidung der Ehe wegen Verschuldens des klagenden Ehegatten rechtfertigen, so kann er Widerklage erheben. Die Frau hat von dieser Möglichkeit bei den im Berichtsjahr beendeten Scheidungsprozessen in 547, der Mann in 933 Fällen Gebrauch gemacht. So kam eine Widerklage von jeder dritten beklagten Frau aber nur von jedem vierten beklagten Mann. Rund 92% aller Widerklagen waren insofern von Erfolg, als sie zu einer Mitschuld des klagenden Ehepartners führten. Welches der beiden Geschlechter mit der Erhebung der Widerklage erfolgreicher war, läßt sich den statistischen Nachweisungen nicht entnehmen. Nach dem Urteilspruch der Gerichte trug in annähernd 54% der geschiedenen Ehen der Mann und nicht ganz 17% die Frau eine Alleinschuld. Bei 25% der Ehescheidungen

Ehescheidungen
nach klagenden und schuldigen Ehepartnern 1974



Ehescheidungen nach Kläger, Schuldspruch,
Scheidungsgrund, Kinderzahl und Ehedauer 1955 - 1974

Berichtsmerkmal	1955		1965		1974	
	An-zahl	%	An-zahl	%	An-zahl	%
Klagender Teil						
Mann	882	40,1	962	33,8	1 532	28,2
Frau	1 315	59,9	1 888	66,2	3 895	71,8
Schuldiger Teil						
Mann	989	45,0	1 408	49,4	2 922	53,8
Frau	299	13,6	546	19,2	909	16,7
beide	634	28,9	674	23,6	1 361	25,1
keiner von beiden	275	12,5	222	7,8	235	4,3
Scheidungsgrund						
§ 42	193	8,8	120	4,2	46	0,8
§ 42 i. Verb. mit § 43	70	3,2	42	1,5	9	0,2
§ 43	1 617	73,6	2 439	85,6	5 119	94,3
§ 44 und § 46	24	1,1	18	0,6	18	0,3
§ 48	293	13,3	231	8,1	235	4,3
Ehedauer in Jahren						
bis 2	180	8,2	322	11,3	686	12,6
3	190	8,6	275	9,6	454	8,4
4	206	9,4	244	8,6	494	9,1
5	219	10,0	226	7,9	396	7,3
6	165	7,5	218	7,6	305	5,6
7	167	7,6	191	6,7	319	5,9
8 - 10	300	13,7	392	13,8	774	14,3
11 - 15	285	13,0	456	16,0	908	16,7
16 und mehr	485	22,1	526	18,5	1 091	20,1
Kinderzahl ¹⁾						
0	848	38,6	976	34,2	1 908	35,2
1	784	35,7	996	34,9	1 785	32,9
2	382	17,4	559	19,6	1 088	20,0
3	110	5,0	189	6,6	386	7,1
4	44	2,0	81	2,8	145	2,7
5 und mehr	29	1,3	49	1,7	115	2,1

1) Ehen mit noch lebenden minderjährigen Kindern.

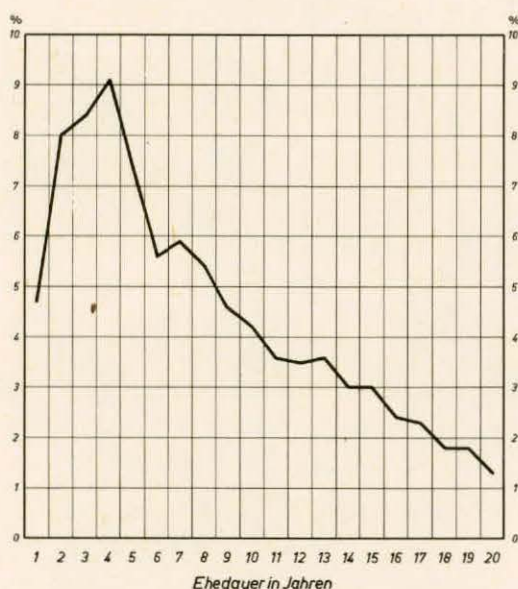
wurden beide Ehepartner für schuldig befunden. Ohne einen Schuldspruch ergingen gut 4% der Scheidungsurteile. Diese betrafen ausschließlich solche Ehen, die nach § 48 EheG wegen Auflösung der häuslichen Gemeinschaft geschieden wurden.

Ebenso wie die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe oder wie die Religionszugehörigkeit lassen die Aussagen über das Alter der Geschiedenen, über die Ehedauer und Kinderzahl Rückschlüsse auf bestimmte Faktoren zu, welche beim Zustandekommen einer Ehescheidung in besonderem Maße eine Rolle spielen können. Auch bei den im Jahre 1974 geschiedenen Ehen zeigt sich eine in den einzelnen Lebensabschnitten der Ehepartner sehr unterschiedliche Scheidungshäufigkeit. In einem Alter bis zu 35 Jahren befanden sich schon knapp drei Fünftel der Männer und zwei Drittel der Frauen. Wenn auch jenseits dieser Altersgrenze die Zahl der Scheidungen abnimmt, so kommen doch auch im höheren Alter nicht selten Ehescheidungen vor. Im Berichtsjahr waren es immerhin 82 Männer und 34 Frauen, welche in einem Alter von über 65 Jahren geschieden wurden.

Ehen mit sehr jungen Partnern besonders gefährdet

Die unterschiedliche Scheidungshäufigkeit in den einzelnen Altersbereichen wird besonders deutlich, wenn man die geschiedenen Männer und Frauen auf die Gesamtzahl der Verheirateten des gleichen Alters bezieht. Dabei ergibt sich die höchste Scheidungshäufigkeit bei den Männern in der Altersgruppe zwischen 20 und 25 Jahren, bei den Frauen

Geschiedene Ehen nach der Ehedauer 1974



in der Gruppe der 18- bis 20jährigen. Ab diesen Altersbereichen nimmt die Scheidungshäufigkeit bei beiden Geschlechtern mit zunehmenden Lebensjahren kontinuierlich ab. Ein über den Zeitverlauf der letzten 25 Jahre gehender Vergleich der Häufigkeitsgipfel innerhalb der Altersskala zeigt eindeutig eine Verlagerung der höchsten Scheidungsziffer auf die jüngeren Altersgruppen. Lag die höchste Scheidungshäufigkeit im Jahre 1950 bei beiden Geschlechtern noch in der Altersgruppe zwischen 30 und 35 Jahren, so erreichte sie 1960 die Gruppe der 25- bis 30jährigen, um schließlich in die oben genannten, jüngeren Altersbereiche zu wechseln. Die besondere Gefährdung von Ehen mit sehr jungen Ehepartnern läßt sich daraus erkennen, daß die Zahl der unter 20jährigen Eheschließenden ab 1972 stark rückläufig ist, wogegen die Zahl der Geschiedenen dieses Altersbereichs seit Jahren deutlich ansteigt. Waren unter den im Jahre 1964 Geschiedenen ein Mann und 23 Frauen, welche das 20. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, so umfaßten die 1974 Geschiedenen dieser Altersgruppe 8 Män-

ner und 195 Frauen. Besonders früh von einer Scheidung betroffen wurden 11 nicht einmal 18-jährige Frauen.

Wenn auch wegen fehlender Anhalte keine Aussage über erhebliche Altersunterschiede zwischen den geschiedenen Partnern als mögliche Scheidungsursache erlaubt ist, so sollen doch einige divergente Gruppen aufgezeigt werden. In 401 (7,4%) der geschiedenen Ehen war der Mann um mehr als zehn Jahre älter als die Frau. Unter diesen gab es 28 mit einem Abstand zum Alter der Frau von mehr als 20 Jahren und 6 bei denen die Spanne sogar 30 und mehr Jahre betrug.

Die gegenüber ihren ehemaligen Ehepartnern um zehn oder mehr Jahre älteren Frauen (57) machten 1974 nur 1,1% der weiblichen Geschiedenen aus. Davon hatten 5 Frauen einen über 20 Jahre jüngeren Partner.

Kritisches Ehejahr statistisch nicht nachweisbar

Aus der Darstellung der Ehescheidungen nach Eheschließungsjahren läßt sich ein oft zitiertes kritisches Jahr nicht ersehen. Bei den innerhalb des Berichtszeitraumes erfolgten Scheidungen waren die in den Jahren 1970 (9,1%), 1971 (8,4%) und 1972 (8,0%) geschlossenen Ehen am häufigsten, jedoch stehen die Fallzahlen nicht in sehr auffälligem Abstand zu den Zahlen gegen Ende der 60er Jahre. In 29 Scheidungsfällen fiel die Scheidung in das Eheschließungsjahr. Die stetige Rückläufigkeit des Anteils jenseits des fünften Ehejahres macht deutlich, daß mit zunehmender Ehedauer die Ehen an Beständigkeit gewinnen. Allerdings wurden 1974 noch 250 Ehen geschieden, welche mehr als 25 Jahre bestanden hatten.

Positiv wirken sich auch vorhandene Kinder auf die Beständigkeit einer Ehe aus, was durch die Nachweisung der geschiedenen Ehen nach der Zahl ihrer Kinder augenfällig bewiesen wird. Danach ist die Scheidungshäufigkeit bei kinderlosen Ehen am höchsten; sie nimmt mit steigender Kinderzahl ab. Im Berichtsjahr waren es 1 908 kinderlose Ehen, denen 3 519 Ehen mit insgesamt 6 359 minderjährigen Kindern gegenüber standen. Stark ein Viertel der noch nicht Großjährigen waren Einzelkinder, 115 hatten vier oder mehr Geschwister.

R. Zirwes

Volkshochschulen 1974

Mit den Einrichtungen der Erwachsenenbildung soll außerhalb von Schule und Hochschule, Berufsausbildung und außerschulischer Jugendbildung jedem Bürger die Möglichkeit zur Weiterbildung gegeben werden. Die Erwachsenenbildung ist damit ein Teil des Gesamtbildungssystems.

In Rheinland-Pfalz wird ein großer Teil der Weiterbildungsveranstaltungen von den Volkshochschulen angeboten. Diese Volksbildungseinrichtungen sind im

Verband der Volkshochschulen Rheinland-Pfalz zusammengeschlossen. Die dem Verband angeschlossenen Einrichtungen geben jährlich auf den VHS-Berichtsbogen Auskunft über ihre Tätigkeit, ihre Veranstaltungen und die Zahl der Besucher.

Mehr als eine halbe Million Besucher

1974 gab es in Rheinland-Pfalz 477 Volksbildungseinrichtungen, und zwar 57 Volkshochschulen mit

Stoffgebiet	Belegungen von Kursen, Lehrgängen, Arbeitskreisen, Arbeitsgemeinschaften			Besucher von Vortragsreihen und Einzelveranstaltungen		
	Volks-hochschulen	Kreisvolks-hochschulen	Heimvolks-hochschulen	Volks-hochschulen	Kreisvolks-hochschulen	Heimvolks-hochschulen
Anzahl						
Gesellschaft und Politik	8 493	1 554	3 292	19 306	12 160	-
Erziehung, Philosophie, Religion, Psychologie	4 681	1 747	206	24 473	12 856	-
Kunst	7 967	1 542	387	95 359	19 279	-
Länder-, Heimat-, Naturkunde	4 128	2 093	506	41 617	31 264	-
Mathematik, Naturwissenschaften, Technologie	10 166	6 401	318	3 890	2 839	149
Verwaltung und kaufmännische Praxis	18 977	5 092	61	494	327	-
Sprachen	40 279	11 039	-	-	-	-
Manuelles und musisches Arbeiten	13 200	6 081	70	-	-	-
Hauswirtschaft	8 407	5 486	-	856	2 570	-
Gesundheits- und Körperpflege	16 382	11 042	-	7 497	5 672	-
Vorbereitung auf Schulabschlüsse	3 607	568	-	-	-	-
Sonderprogramme	5 448	8 480	1 652	37 767	14 725	-
Insgesamt	141 735	61 125	6 492	231 259	101 692	149
Anteil in %						
Gesellschaft und Politik	6,0	2,5	50,7	8,3	12,0	-
Erziehung, Philosophie, Religion, Psychologie	3,3	2,9	3,2	10,6	12,6	-
Kunst	5,6	2,5	6,0	41,2	19,0	-
Länder-, Heimat-, Naturkunde	2,9	3,4	7,8	18,0	30,7	-
Mathematik, Naturwissenschaften, Technologie	7,2	10,5	4,9	1,7	2,8	100,0
Verwaltung und kaufmännische Praxis	13,4	8,3	0,9	0,2	0,3	-
Sprachen	28,4	18,1	-	-	-	-
Manuelles und musisches Arbeiten	9,3	9,9	1,1	-	-	-
Hauswirtschaft	5,9	9,0	-	0,4	2,5	-
Gesundheits- und Körperpflege	11,6	18,1	-	3,2	5,6	-
Vorbereitung auf Schulabschlüsse	2,5	0,9	-	-	-	-
Sonderprogramme	3,8	13,9	25,4	16,3	14,5	-
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

36 Außenstellen, 2 Heimvolkshochschulen und 23 Kreisvolkshochschulen mit 359 Außenstellen. Während die Volkshochschulen in der Regel in größeren Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern eingerichtet werden, sind die Kreisvolkshochschulen mehr in ländlichen Gebieten zu finden. Die Aufgabe der beiden Heimvolkshochschulen besteht überwiegend darin, mehrtägige Seminare durchzuführen.

Neben Kursen, Lehrgängen, Seminaren, Arbeitskreisen und Arbeitsgemeinschaften werden von den Volkshochschulen Vortragsreihen und Einzelveranstaltungen angeboten. Der Trend geht dahin, daß weniger Vortragsabende, dafür aber mehr längerfristige Weiterbildungsveranstaltungen im Programm der Volkshochschulen vorgesehen sind. 1974 waren bereits zwei Drittel aller angebotenen Veranstaltungen Kurse und Lehrgänge, 1970 machten sie erst drei Fünftel des Gesamtprogramms aus.

Insgesamt wurden in Rheinland-Pfalz 10 366 Kurse mit über 150 000 Doppelstunden durchgeführt. Belegt wurden sie von 209 352 Interessenten. Fünf Jahre zuvor war die Zahl der Belegungen noch um ein Zehntel niedriger.

Vorträge und Einzelveranstaltungen der Volkshochschulen wurden an 4 623 Abenden durchgeführt, 333 100 Besucher zeigten dafür Interesse. Hier sank gegenüber 1970 nicht nur die Zahl der angebotenen Veranstaltungen. Auch die Besucherzahl nahm um fast 50 000 ab. Insgesamt beläuft sich allerdings die Hörerzahl bei allen Veranstaltungen der Volkshochschulen noch immer auf mehr als eine halbe Million.

Kurse bilden Schwerpunkt der Volkshochschularbeit

Auffallend ist, daß die Kurse und Lehrgänge, die über einen längeren Zeitraum hinweg durchgeführt werden und die eine aktive Mitarbeit der Hörer erfordern, überwiegend an den Volkshochschulen stattfinden. Sie machten hier 1974 fast drei Viertel des gesamten Veranstaltungsprogramms aus. Bei den Kreisvolkshochschulen dominierte zwar ebenfalls die Veranstaltungsform der Kurse und Lehrgänge, aber ihr Anteil am Gesamtprogramm belief sich nur noch auf 58%. Für die mehr ländlichen Gebiete, in denen die Kreisvolkshochschulen tätig sind, dürften die Einzelveranstaltungen oder kürzerfristigen Vortragsreihen noch eine etwas günstigere Form der Veranstaltung im Rahmen der Erwachsenenbildung sein als in den Städten. Ungünstigere Verkehrsbedingungen sind wohl der Hauptgrund dafür, daß in den weniger dicht besiedelten Gebieten für Kurse, die sich über ein ganzes Semester erstrecken, weniger Interesse geweckt werden kann.

Neben Kursen und Vorträgen gehören zum festen Programm der Volkshochschulen auch Studienfahrten und Studienreisen. Der Unterschied zwischen diesen beiden Unternehmungen besteht darin, daß bei Studienreisen mindestens eine Übernachtung erfolgt. Studienfahrten wurden insgesamt 248 durchgeführt. An diesen Exkursionen beteiligten sich über 9 000 Personen. Für die 230 Studienreisen - rund 100 mehr als vor fünf Jahren - fanden sich 8 446 Teilnehmer. Die Beteiligung an den Reisen der Volkshochschulen hat sich damit in den letzten fünf Jahren um fast 5 000 erhöht.

Sinkendes Interesse beim Themenkreis Gesellschaft und Politik

Das Veranstaltungsprogramm der Volkshochschulen reicht von Sprachkursen über Kurse zu den Themenkreisen Kunst, Mathematik, manuelles und musikalisches Arbeiten und Hauswirtschaft bis zu Vorbereitungskursen für Schulabschlüsse. Den größten Teil des Angebots nehmen die Sprachkurse mit 28,7% ein. Dabei steht Englisch an erster Stelle (13,7%). Breiten Raum nehmen auch die Intensiv-Veranstaltungen über Gesundheits- und Körperpflege (12,8%), Verwaltung und kaufmännische Praxis (11,9%) sowie über manuelles und musikalisches Arbeiten (10,9%) ein. Bei den Einzelveranstaltungen stehen die Stoffgebiete Länder-, Heimat- und Naturkunde (23,8%) sowie Kunst (23,3%) an der Spitze. Aber auch Vorträge über Gesellschaft und Politik (15,8%) sowie Erziehung, Philosophie und Psychologie (12,7%) werden häufig angeboten.

Die Zahl der Belegungen der Kurse, Lehrgänge und Seminare bieten ein ähnliches Bild. Ein Viertel aller Besucher von Volkshochschulkursen belegte Sprachkurse. Auf großes Interesse stoßen dabei die Englisch- (12,2%), aber auch die Französischkurse (6,2%). 1,5% aller Besucher sind Ausländer, die Kurse in Deutsch als Fremdsprache belegt haben. Nach wie vor großen Zulauf haben die Kurse

über Gesundheits- und Körperpflege (13,1%) sowie über Verwaltung und kaufmännische Praxis (11,5%). Stark gesunken allerdings ist der Anteil der Besucher von längerfristigen Veranstaltungen zu Themen über Gesellschaft und Politik. 1970 waren noch 16,5% aller Hörer für diese Kurse eingeschrieben. 1974 zeigten nur noch 6,4% Interesse dafür.

Männer besuchen zunehmend Hauswirtschaftskurse

Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich auch bei den Vorträgen zum Themenkreis Gesellschaft und Politik ab. Waren 1970 noch 14,5% aller Besucher an diesem Stoffgebiet interessiert, so waren es 1974 nur noch 9,4%. Gestiegen ist dagegen der Anteil der Hörer, die Vorträge über Länder-, Heimat- und Naturkunde (von 19,3% auf 21,9%) sowie über Erziehung, Philosophie und Psychologie (von 9,7% auf 11,2%) besuchten. An der Spitze stehen allerdings Vorträge über Kunst, die ein Drittel aller Besucher anzogen.

Die Belegungszahlen der Kurse sind sehr unterschiedlich. Sie reichen von einer durchschnittlichen Besucherfrequenz je Kurs von 10,1 in Russisch bis 31,4 bei Themen zu Länder-, Heimat- und Naturkunde. Wesentlich höhere Besucherzahlen weisen die Einzelveranstaltungen auf. Zu den Vorträgen über Themen zur Kunst kamen durchschnitt-

Veranstaltungen der Volkshochschulen 1974

Veranstaltungen	Insgesamt				Volkshochschulen ¹⁾				Kreisvolkshochschulen			
	Rheinland-Pfalz	Regierungsbezirk			Rheinland-Pfalz	Regierungsbezirk			Rheinland-Pfalz	Regierungsbezirk		
		Koblenz	Trier	Rheinhesen-Pfalz		Koblenz	Trier	Rheinhesen-Pfalz		Koblenz	Trier	Rheinhesen-Pfalz
<u>Kurse, Lehrgänge, Arbeitskreise, Arbeitsgemeinschaften, Wochenend- und Tagesseminare</u>												
Veranstaltungen	10 366	3 726	1 381	5 259	7 496	2 611	693	4 192	2 870	1 115	688	1 067
Durchgeführte Doppelstunden	151 409	51 281	18 256	81 872	112 559	36 227	10 851	65 481	38 850	15 054	7 405	16 391
Belegungen im Stoffgebiet	209 352	74 807	26 817	107 728	148 227	53 629	12 379	82 219	61 125	21 178	14 438	25 509
Gesellschaft und Politik	13 339	4 587	526	8 226	11 785	3 740	355	7 690	1 554	847	171	536
Erziehung, Philosophie, Religion, Psychologie	6 634	2 529	817	3 288	4 887	1 923	231	2 733	1 747	606	586	555
Kunst	9 896	4 044	532	5 320	8 354	3 364	359	4 631	1 542	680	173	689
Länder-, Heimat-, Naturkunde	6 727	2 067	231	4 429	4 634	1 572	65	2 997	2 093	495	166	1 432
Mathematik, Naturwissenschaften, Technologie	16 885	7 025	1 653	8 207	10 484	4 405	441	5 638	6 401	2 620	1 212	2 569
Verwaltung und kaufm., Praxis	24 130	7 764	2 846	13 520	19 038	5 903	1 435	11 700	5 092	1 861	1 411	1 820
Sprachen	51 318	18 008	4 670	28 640	40 279	13 750	2 703	23 826	11 039	4 258	1 967	4 814
Manuelles u. musikalisches Arbeiten	19 351	8 119	3 425	7 807	13 270	6 194	1 697	5 379	6 081	1 925	1 728	2 428
Hauswirtschaft	13 893	5 209	2 382	6 302	8 407	2 701	1 128	4 578	5 486	2 508	1 254	1 724
Gesundheits- und Körperpflege	27 424	11 614	6 713	9 097	16 382	6 736	2 946	6 700	11 042	4 878	3 767	2 397
Vorbereitung auf Schulabschlüsse	4 175	820	813	2 542	3 607	686	667	2 254	568	134	146	288
Sonderprogramme und Sonstiges	15 580	3 021	2 209	10 350	7 100	2 655	352	4 093	8 480	366	1 857	6 257
<u>Vortragsreihen und Einzelveranstaltungen</u>												
Durchgeführte Abende	4 623	1 600	905	2 118	2 585	869	463	1 253	2 038	731	442	865
Besucher	333 100	129 802	52 940	150 358	231 408	86 688	32 136	112 584	101 692	43 114	20 804	37 774
<u>Studienreisen</u>												
Anzahl	230	79	24	127	132	50	9	73	98	29	15	54
Teilnehmer	8 446	2 880	900	4 666	4 658	1 888	351	2 419	3 788	992	549	2 247
<u>Studienfahrten</u>												
Anzahl	248	102	30	116	144	63	20	61	104	39	10	55
Teilnehmer	9 379	3 888	1 008	4 483	5 090	2 074	691	2 325	4 289	1 814	317	2 158

1) Einschl. Heimvolkshochschulen.

Durchschnittliche Belegungen und Besucher¹⁾ der Volkshochschulen nach Stoffgebieten und Regierungsbezirken 1974

Stoffgebiet	Rhein- land- Pfalz	Regierungsbezirk		
		Koblenz	Trier	Rhein- hessen- Pfalz
Kurse, Lehrgänge, Arbeitskreise, Arbeitsgemeinschaften, Wochenend- und Tagesseminare				
Gesellschaft und Politik	27,0	24,8	17,5	29,5
Erziehung, Philosophie, Religion, Psychologie	24,3	22,2	29,2	25,1
Kunst	22,6	26,4	20,5	20,5
Länder-, Heimat-, Naturkunde	31,4	31,3	23,1	32,1
Mathematik, Naturwissen- schaften, Technologie	22,0	21,3	23,0	22,4
Verwaltung und kaufm. Praxis	19,6	19,9	19,6	19,5
Sprachen				
a) Englisch	18,0	19,2	17,4	17,3
b) Französisch	17,3	16,6	17,0	17,7
c) Italienisch	14,8	16,3	15,3	14,0
d) Russisch	10,1	10,2	7,8	10,3
e) Spanisch	18,0	19,1	19,1	17,2
f) Deutsch als Fremdsprache	16,2	15,4	17,3	16,3
g) Andere Fremdsprachen	12,9	12,3	18,0	12,5
h) Deutsch für Deutsche	18,2	17,7	16,9	19,0
Manuelles u. musikalisches Arbeiten	17,2	18,5	16,0	16,5
Hauswirtschaft	14,5	15,0	14,4	14,0
Gesundheits- und Körperpflege	20,6	21,2	21,7	19,2
Vorbereitung auf Schul- abschlüsse	20,0	21,6	15,3	21,5
Sonderprogramme	45,0	29,6	41,7	54,2
Insgesamt	20,2	20,1	19,4	20,5
Vortragsreihen und Einzelveranstaltungen				
Gesellschaft und Politik	43,1	50,3	38,5	39,9
Erziehung, Philosophie, Religion, Psychologie	63,4	49,4	52,3	75,7
Kunst	106,2	136,8	74,6	115,6
Länder-, Heimat-, Naturkunde	66,2	68,1	53,2	67,1
Mathematik, Naturwissen- schaften, Technologie	41,2	37,2	59,6	40,9
Verwaltung u. kaufm. Praxis	34,2	61,0	30,1	32,7
Hauswirtschaft	30,3	37,2	18,4	40,3
Gesundheits- und Körperpflege	47,0	61,1	32,1	43,9
Sonderprogramme	97,2	115,5	70,2	86,1
Insgesamt	72,1	81,1	58,5	71,0

1) Für Kurse, Lehrgänge usw.: Belegungen; für Vortragsreihen und Einzelveranstaltungen: Besucher.

lich 106,2 Zuhörer, hauswirtschaftliche Themen fanden im Schnitt 30,3 Interessenten.

Bemerkenswerte Aufschlüsse ergeben die Auswertungen über den Kreis der Hörer von Volkshochschulkursen. In zunehmendem Maße beteiligen sich Frauen an den Veranstaltungen der Erwachsenenbildung. 1970 waren noch 54,6% aller Hörer Frauen, 1974 bereits mehr als 60%. Auch bei den einzelnen Themenkreisen ergaben sich Verschiebungen. Drei von vier Hörern in den Kursen über Mathematik, Naturwissenschaft und Technik waren 1970 Männer. 1974 machte ihr Anteil bei gestiegenen Hörerzahlen nur noch die Hälfte aus. Dagegen nahm das Interesse der Männer für die Kurse über Hauswirtschaft zu. 1970 war nur jeder 25. Teilnehmer der Hauswirtschaftskurse ein Mann, 1974 bereits jeder elfte. Dominierten bei den Vorbereitungskursen auf Schulabschlüsse vor fünf Jahren mit 62,4% der Hörer noch die Männer, so sank ihr

Anteil 1974 auf unter 50%. Unter den Ausländern, die Deutsch lernen wollen, sind ebenfalls mehr Frauen als vor fünf Jahren. Bei steigenden Hörerzahlen wuchs ihre Beteiligung von 37,9% auf 42,9%. Doch auch deutsche Frauen interessieren sich zunehmend für Sprachkurse. In Englisch-, Französisch-, Italienisch-, Russisch- und Spanischkursen sitzen stets mehr Frauen als Männer. Ebenso sind die Veranstaltungen über Erziehung, Philosophie und Psychologie (58%), Kunst (55%), Verwaltung und kaufmännische Praxis (66,1%), manuelles und musikalisches Arbeiten (62,2%) sowie Gesundheits- und Körperpflege (69,4%) eine Domäne der Frauen. Mehr Männer als Frauen sind dagegen in den Kursen über Gesellschaft und Politik (57,3%) und Länder-, Heimat- und Naturkunde zu finden.

Jeder 13. Hörer älter als 50 Jahre

Verändert hat sich auch die Altersstruktur bei den Belegungen der Volkshochschulkurse. Der Bildungseifer der unter 25jährigen war 1970 noch wesentlich höher, als 53,8% aller Hörer dieser Altersklasse angehörten. 1974 zählten nur noch 48,5% zu der jüngsten Altersgruppe. 1974 waren fast ebenso viele Hörer im Alter zwischen 25 und 50. Mit 44% der Besucher stieg ihre Zahl gegenüber 1970 (37,8%) relativ stark an. Älter als 50 Jahre war noch jeder 13. Besucher von Volkshochschulkursen.

Die Mittel, die den Volksbildungseinrichtungen im Rechnungsjahr 1974 für ihre Arbeit zur Verfügung standen, beliefen sich auf rund 12 Mill. DM.

Finanzierung der Volksbildungseinrichtungen 1964 - 1974

Jahr	Einnahmen und Zuschüsse insgesamt	Einnahmen aus Hörergebühren und Mitgliedsbeiträgen	Landes-zuschüsse	Kreis-zuschüsse	Gemeinde-zuschüsse
1964	4 024 908	1 301 697	1 370 000	238 852	1 114 359
1965	4 192 788	1 348 598	1 370 000	339 576	1 134 614
1966	4 547 887	1 692 459	1 096 000	389 035	1 370 393
1967	4 745 471	1 907 837	985 700	394 445	1 457 489
1968	4 743 604	1 868 652	984 000	439 355	1 451 597
1969	5 762 127	2 228 231	1 218 000	781 361	1 534 535
1970	7 593 209 ¹⁾	3 433 123 ²⁾	1 924 436	510 441	1 725 209
1971	9 089 126 ¹⁾	4 274 300 ²⁾	2 202 037	602 437	2 010 352
1972	10 204 707	4 873 952	2 381 876	742 466	2 206 413
1973	12 384 980	6 541 952	2 404 644 ³⁾	891 035	2 547 349
1974	12 024 134	5 089 663	2 866 609 ³⁾	1 096 307	2 971 555

1) Ohne Bundeszuschüsse, welche für die Rechnungsjahre 1971 und 1972 jeweils 3,9 % der jetzigen Gesamtsumme betrugen. - 2) Ohne Kreisvolkshochschulen Daun und Zweibrücken. - 3) Einschl. Sonderzuschüsse.

Sie lagen geringfügig niedriger als im Vorjahr. Mit 42,3% kam der größte Teil der Einnahmen aus Hörergebühren und Mitgliedsbeiträgen. Ein Viertel der Finanzierungssumme kam aus Gemeindeforschüssen, fast ebensoviel (23,8%) aus Landeszuschüssen einschließlich der Sonderzuschüsse. Mehr als 1 Mill. DM (9,8%) steuerten die Kreise bei.

Diplom-Volkswirtin G. Kernich-Möhringer

Sozialer Wohnungsbau 1974

Aufgabe der amtlichen Bewilligungsstatistik ist es, möglichst umfassend über alle vom Staat im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus geförderten Maßnahmen zu unterrichten. Infolge der zunehmenden Zahl der an die amtliche Statistik gerichteten Wünsche erschien es jedoch dringend geboten, den Merkmalskatalog der Bewilligungsstatistik und den Umfang des Tabellenprogramms auf ein notwendiges Mindestmaß zu beschränken. Auf dem geänderten, seit 1973 geltenden Erhebungsbogen wird deshalb nur ein Teil der Merkmale erfaßt, die im Ablauf des Bewilligungsverfahrens bei den zuständigen Bewilligungsstellen anfallen. Hierbei interessieren vor allem Art und Zahl der geförderten Gebäude, Lage und Fläche der Grundstücke, Anzahl, Größe und Zweckbindung der Wohnungen, ferner die Bauherren, die veranschlagten Finanzierungsmittel nach Finanzierungsquellen, die Gesamtkosten und ihre Aufgliederung sowie die unterschiedlichen Finanzierungsformen und die durchschnittlichen Mieten und Belastungen.

Hinzuweisen ist außerdem darauf, daß die Bewilligungsstatistik eine Statistik der Bewilligungsakte ist und in keinem direkten Zusammenhang zur Bauausführung steht. Der Zeitpunkt der Baugenehmigung kann vor oder nach der Bewilligung von öffentlichen Mitteln liegen. Auch kann bereits mit der Bauausführung begonnen worden sein, wenn schon ein Vorbescheid erteilt war. In manchen Fällen kommt es sogar vor, daß das Bauvorhaben schon fertiggestellt war und nachträglich hierfür öffentliche Mittel bewilligt wurden. Die Zahl der ausgewiesenen Bewilligungen läßt deshalb keinen exakten Rückschluß auf die in einem Jahr genehmigten, begonnenen oder fertiggestellten Sozialwohnungen zu.

Starke Zunahme der bewilligten Sozialwohnungen in Mehrfamilienhäusern

Im Jahre 1974 beliefen sich in Rheinland-Pfalz die Bewilligungen für Sozialwohnungen nach dem ersten und zweiten Förderungsweg auf insgesamt 7 117. Das sind 66% mehr als im Jahr zuvor. Die Zahl der geförderten Wohnungen im ersten Förderungsweg nahm um mehr als vier Fünftel auf 5 201 und im zweiten Förderungsweg um rund ein Drittel auf 1 916 zu; von letzteren wurden 1 899 Woh-

nungen im Rahmen des Regionalprogramms des Bundes bewilligt. Während sich 1974 im gesamten Wohnungsbau die Zahl der Genehmigungen für Wohnungen im Wohn- und Nichtwohnbau um 33% auf 26 394 ermäßigte, verzeichnete umgekehrt der soziale Wohnungsbau eine sehr hohe Zuwachsrate bei den Bewilligungen, womit ein noch ausgeprägteres Absinken des gesamten Auftragsvolumens im Hochbau verhindert werden konnte. Außerdem dürfte die Ausweitung im zweiten Förderungsweg zur Verminderung der Halde leerstehender Wohnungen beigetragen haben.

Die im Vergleich zum Förderungsergebnis 1973 recht hohe Zahl der Bewilligungen im Berichtsjahr ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß mit Wirkung vom 1. Januar 1974 die Sonderabschreibungen nach § 7 b des Einkommensteuergesetzes wieder in Kraft gesetzt und zusätzliche Zinsverbilligungen durch den Bund zur Realisierung des sozialen Wohnungsbauprogramms gewährt wurden. Hinzu kamen das Sonderprogramm des Bundes für Gebiete mit speziellen Strukturproblemen vom 6. Februar 1974 und das Sonderprogramm zur regionalen und lokalen Abstützung der Beschäftigung vom 25. September 1974. Die Mittel für dieses Programm in Höhe von insgesamt 300 Mill. DM wurden von Bund und Ländern jeweils zur Hälfte bereitgestellt.

Die Zunahme der Zahl der Bewilligungen im ersten und zweiten Förderungsweg betraf ganz überwiegend Wohnungen in Mehrfamilienhäusern, von denen nicht weniger als 4 086 zu verzeichnen waren gegenüber 1 458 im Vorjahr. Während 1973 von den bewilligten Wohnungen 34% auf Mehrfamilienhäuser, 63% auf Ein- und Zweifamilienhäuser und die restlichen 3% auf Kleinsiedlerstellen und sonstige Gebäude entfielen, verschoben sich im Berichtsjahr die Anteile in der gleichen Reihenfolge auf 57%, 39% und 4%. Die Förderungsstruktur im sozialen Wohnungsbau wird ganz erheblich durch den Umfang der staatlichen Förderung zur Eigen-

Bewilligte Sozialwohnungen nach Wohnform und Eigentumsverhältnis 1965 - 1974

Jahr ¹⁾	Ins-gesamt	In Mehrfamilienhäusern			In Ein- und Zweifamilienhäusern		In Kleinsiedlerstellen		In sonstigen Gebäuden
		zu-sammen	eigengenutzte und Kauf-eigentums-wohnungen	Eigen-tümer-wohnungen	zu-sammen	Eigen-tümer-wohnungen	zu-sammen	Eigen-tümer-wohnungen	
1965	6 171	2 644	8	32	3 466	2 892	26	25	35
1966	4 073	1 609	9	14	2 422	2 100	16	15	26
1967	4 929	2 595	7	8	2 201	1 995	116	109	17
1968	5 216	3 037	44	3	2 124	1 959	14	12	41
1969	4 328	2 367	-	11	1 934	1 546	24	24	3
1970	4 079	1 983	19	7	2 019	1 802	57	56	20
1971	5 353	3 372	15	5	1 947	1 745	21	21	13
1972	6 623	4 319	102	8	2 260	2 077	28	28	16
1973 ¹⁾	4 282	1 458	119	-	2 702	2 458	42	13	80
1974	7 117	4 086	248	-	2 739	2 445	14	1	278

¹⁾ Ab 1973 1. und 2. Förderungsweg.

tumsbildung bestimmt. Von den 2 753 geförderten Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern sowie in den Kleinsiedlerstellen waren 2 445 oder fast neun Zehntel Eigentümerwohnungen; auch im Jahr zuvor konnte ein gleich hoher Anteil ermittelt werden. Als Bauherren von Ein- und Zweifamilienhäusern dominierten erneut, jedoch in etwas geringerem Ausmaß, die privaten Haushalte. Bei den gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen stiegen die Bewilligungen für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern von 685 im Jahre 1973 auf 1 713 im Berichtsjahr an. Infolge der insgesamt sehr starken Zunahme der bewilligten Sozialwohnungen in Mehrfamilienhäusern verringerte sich der auf die gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen entfallende Anteil von 47 auf 42%.

Von den geförderten Wohnungen entfällt auf den Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz mit 4 318 ein Anteil von 61%, danach folgen Koblenz mit 1 971 oder 28% und Trier mit 828 oder 11%. Im Jahr zuvor beliefen sich die Anteile auf 45, 35 und 20%. Von den 3 838 geförderten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern (ohne Eigentumswohnungen und ohne Wohnungen in Wohnheimen) sollen - was der Gebäudestruktur in Stadt und Land entspricht - nicht weniger als 2 494 in den kreisfreien Städten errichtet werden, von den 2 753 Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern einschließlich solcher in Kleinsiedlerstellen dagegen mit 2 378 die meisten in den Landkreisen. Geförderte Wohnungen in Mehrfamilienhäusern sind vor allem in den kreisfreien Städten Kaiserslautern (770), Mainz (627), Ludwigshafen (341) und Worms (294) vorgesehen. In der Skala der bewilligten Sozialwohnungen insgesamt liegt im Berichtsjahr an der Spitze der kreisfreien Städte Kaiserslautern (811), gefolgt von der Landeshauptstadt Mainz (738); bei den Landkreisen sind es Mayen-Koblenz (305), Germersheim (270) und Landau-Bad Bergzabern (269). Aus diesen Angaben ist ersichtlich, daß dem sozialen Wohnungsbau auch in größeren Städten erhebliche Bedeutung zukommt.

Durchschnittliche Wohnfläche um 6,3 qm auf 86,6 qm erhöht

Die durchschnittliche Raumzahl (Zimmer und Küche) der im ersten Förderungsweg bewilligten Sozialwohnungen, welche 1973 mit 4,9 den Höchstwert erreicht hatte, verminderte sich deutlich auf 4,3, was vorwiegend auf die stark gestiegene Anzahl der geförderten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern zurückzuführen sein dürfte. Es wurden jedoch größere Räume geplant, denn die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung erhöhte sich um 6,3 auf 86,6 qm. Die unterschiedliche Entwicklung bei den einzelnen Bauherren führte dazu, daß sich im Berichtsjahr nahezu die gleiche Größe der schon 1972 ermittelten Wohnfläche ergab. Während bei den privaten Haushalten die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung um 9,9 auf 101,4 qm sank, stieg sie bei den gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen um 9,3 auf 72,7 qm an. Was die Anzahl der Räume je Wohnung

Bewilligte Sozialwohnungen¹⁾ nach Wohnungsgröße und Bauherren 1960 - 1974

Jahr	Insgesamt			Private Haushalte ²⁾		Gemeinnützige Wohnungs- und ländl. Siedlungsunternehmen ²⁾	
	Raumzahl	cbm	qm	cbm	qm	cbm	qm
	je Wohnung						
1960	4,5	416,8	77,4	465,2	82,1	347,2	70,9
1961	4,5	.	76,2	471,0	82,8	332,7	66,2
1962	4,6	434,9	82,1	489,2	86,0	347,5	71,9
1963	4,7	446,2	82,5	530,1	89,5	369,7	76,2
1964	4,7	455,0	83,5	528,0	91,2	388,3	78,9
1965	4,7	464,0	83,9	554,3	93,7	369,9	74,4
1966	4,9	499,6	90,1	599,0	99,7	416,8	82,8
1967	4,8	474,5	87,4	635,0	105,3	360,0	74,7
1968	4,7	453,1	85,5	624,3	104,3	361,2	74,3
1969	4,9	465,1	85,1	687,2	110,5	368,1	74,5
1970	4,9	478,1	87,4	688,2	108,6	361,1	75,5
1971	4,6	475,6	86,1	638,4	103,8	369,1	75,7
1972	4,5	464,6	84,8	605,0	100,1	356,5	73,4
1973 ³⁾	4,9	663,0	80,3	757,4	111,3	319,4	63,4
1974	4,3	558,5	86,6	653,2	101,4	376,8	72,7

1) Nur vollgeforderte reine Wohnbauten (Errichtung neuer Gebäude), - 2) Ab 1961 nur vollgeforderte reine Wohnbauten, bei denen Baugrundstücks- und Erwerbskosten ausgewiesen waren. - 3) Ohne Erbbaugrundstücke.

anbelangt, so erreichten 1974 erneut die Bewilligungen von Fünfraumwohnungen den höchsten Anteil mit 27%; weitere 24% umfaßten 4 Räume und 12% kamen auf 6 Räume. Mehr als zwei Drittel aller geförderten Wohnungen verfügten über mindestens 4 Räume; im Vorjahr waren es sogar fast acht Zehntel.

Die Analyse der geförderten Wohnungen mit Zweckbindung zeigt abermals, daß in erster Linie kinderreiche Familien begünstigt werden sollen. Für diesen Personenkreis wurden insgesamt 693 Wohnungen, davon 624 des ersten Förderungsweges, bewilligt. Das bedeutet jedoch einen Rückgang um insgesamt 101 Wohnungen gegenüber dem Vorjahr. Danach folgen Aussiedler aus osteuropäischen Ländern mit 622 Bewilligungen, ältere Personen (395) und junge Ehepaare (150). Die übrigen Wohnungen, deren Förderung nicht mit einer Zweckbindung für bestimmte Personengruppen verbunden ist, dürften teilweise ebenfalls für kinderreiche Familien und junge Ehepaare vorgesehen sein.

Finanzierungsmittel der öffentlichen Hand fast verdoppelt

Beim sozialen Wohnungsbau ist die Herkunft der Mittel von besonderem Interesse. Hinsichtlich der Finanzierungsart wird unterschieden zwischen öffentlichen Mitteln, Kapitalmarktmitteln und sonstigen Mitteln. Zu den öffentlichen Mitteln zählen die Etatmittel des Bundes, der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, die von ihnen zur Förderung des Baues von Wohnungen für breite Schichten der Bevölkerung bestimmt sind, sowie die nach dem Lastenausgleichsgesetz für die Wohnraumhilfe bestimmten Mittel des Ausgleichsfonds (§ 6 Abs. 1 II WoBauG). Dagegen gehören nicht zu den öffentlichen Mitteln Eingliederungsdarlehen nach dem Lastenausgleichsgesetz oder aus öffentlichen Haushalten, Wohnungsbausparrämien, Wohnungsfürsorgemittel des Bundes und der Länder, Mittel zur Obdachlosenunterbringung, Mittel für die Vor- und

Jahr ¹⁾	Ins- gesamt	Öffentliche Mittel	%	Kapitalmarkt- mittel	%	Sonstige Mittel	%
	1 000 DM			1 000 DM		1 000 DM	
1960	205 924	66 250	32,2	64 513	31,3	75 161	36,5
1961	273 627	74 963	27,4	98 062	35,8	100 601	36,8
1962	358 130	91 898	25,7	137 890	38,5	128 341	35,8
1963	336 791	76 631	22,8	137 422	40,8	122 738	36,4
1964	390 907	86 291	22,1	146 920	37,6	157 696	40,3
1965	431 835	123 579	28,6	142 060	32,9	166 195	38,5
1966	318 072	91 240	28,7	107 498	33,8	119 334	37,5
1967	389 227	101 226	26,0	138 893	35,7	149 108	38,3
1968	393 855	91 168	23,1	157 833	40,1	144 854	36,8
1969	348 873	86 413	24,8	134 567	38,6	127 893	36,6
1970	402 509	92 970	23,1	133 383	33,1	176 156	43,8
1971	534 703	114 181	21,4	217 244	40,6	203 278	38,0
1972	703 458	144 940	20,6	305 280	43,4	253 238	36,0
1973	602 944	86 228	14,3	245 359	40,7	271 357	45,0
1974	1 016 975	164 791	16,2	413 462	40,7	438 722	43,1

1) Ab 1973 1. und 2. Förderungsweg.

Zwischenfinanzierung, unverzinsliche Darlehen, für die Steuervergünstigungen nach § 7 c EStG gewährt werden, und Grundsteuervergünstigungen. Kapitalmarktmittel sind langfristige Darlehen von Realkreditinstituten und sonstigen Kapitalsammelstellen wie Sparkassen, Lebens- und Sozialversicherungen sowie Bausparkassen. Darlehen und Hypotheken von Pfandbriefinstituten zählen ebenso dazu. Schließlich rechnen zu den sonstigen Mitteln besonders die eigenen Ersparnisse, der Gegenwart der Eigenhilfe, eingebrachte Baugrundstücke, Arbeitgeber- und Mieterdarlehen, Mietvorauszahlungen sowie sonstige aus öffentlichen Haushalten (z. B. Bundesjugendplan, Kriegsfolgehilfe, Grüner Plan, Bundesanstalt für Arbeit) direkt bereitgestellte Mittel.

Die veranschlagten Finanzierungsmittel beliefen sich 1974 in Rheinland-Pfalz auf insgesamt 1,017 Mrd. DM; das sind 414 Mill. DM oder 69% mehr als im Jahr zuvor. Auf den ersten Förderungsweg entfielen 769 Mill. DM, auf den zweiten 249 Mill. DM. Von den insgesamt veranschlagten Finanzierungsmitteln erreichten die sonstigen Mittel mit 439 Mill. DM oder 43% erneut den höchsten Anteil. Danach folgten Kapitalmarktmittel mit 413 Mill. DM (41%) und öffentliche Mittel mit 165 Mill. DM (16%); letztere verzeichneten gegenüber 1973 die relativ stärkste Zunahme, welche sich auf 79 Mill. DM oder 91% bezifferte. Die erhöhte Bereitstellung öffentlicher Mittel für den sozialen Wohnungsbau resultierte nicht zuletzt aus dem Bemühen von Bund und Land, zur Stützung der Bautätigkeit beizutragen. Langfristig gesehen ergibt sich allerdings eine abnehmende Quote der öffentlichen Mittel an dem gesamten Finanzierungsvolumen des ersten Förderungsweges. Betrug der Anteil im Jahre 1960 noch 32%, so sank er 1970 auf 23% und fiel 1972 mit 21% noch niedriger aus. Zu berücksichtigen ist jedoch, daß der zweite Förderungsweg in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen hat. Über das Regionalprogramm des Bundes wurden allein im Berichtsjahr in Rheinland-Pfalz 132 Mill. DM als Kapitalmarktmittel und 112 Mill. DM in Form sonstiger Mittel bereitgestellt.

Die Aufteilung der Kapitalmarktmittel zeigt, daß von Sparkassen nur 36% kamen gegenüber mehr

als der Hälfte in den beiden davorliegenden Jahren. Dagegen nahm die Bedeutung der Pfandbriefinstitute als Geldgeber zu, denn von diesen stammten 29%; danach folgten die Bausparkassen (19%) und Privatversicherungen (11%), während die restlichen 5% von Sozialversicherungen und sonstigen Geldinstituten beigesteuert wurden. Die Struktur der sonstigen Mittel hat sich gegenüber den beiden vorhergegangenen Jahren kaum verändert. Die Eigenleistungen erreichten im Berichtsjahr einen Anteil von 74% und sonstige aus öffentlichen Haushalten direkt bereitgestellte Mittel 20%.

Eine Analyse der Kapitalmarktmittel ergab, daß im ersten Förderungsweg als bedeutendster Geldgeber die Sparkassen mit einer Quote von 40% fungierten, gefolgt von den Pfandbriefinstituten (25%); im zweiten Förderungsweg dominierten dagegen die Pfandbriefinstitute (37%) vor den Sparkassen (29%). Pfandbriefinstitute stellten vorwiegend Mittel für Mehrfamilienhäuser, Sparkassen überwiegend für Ein- und Zweifamilienhäuser zur Verfügung.

In der Aufgliederung der geförderten Wohnungen nach den drei Förderungsarten ergab sich ein ähnliches Bild wie 1973. So dominierte im ersten Förderungsweg die Förderung mit Kapitalhilfen und objektbezogenen Beihilfen (Mischförderung) mit 4 727 oder 91% der Bewilligungen. Im zweiten Förderungsweg wurden von den insgesamt 1 916 Wohnungen nicht weniger als 1 906 mit objektbezogenen Beihilfen gefördert.

Veranschlagte reine Baukosten je qm Wohnfläche um 5,2% gestiegen

Ein Vergleich der Kostenentwicklung im sozialen Wohnungsbau kann nur in eingeschränktem Maße vorgenommen werden, da neben der Preisentwicklung die unterschiedliche Zusammensetzung der Gebäudearten sowie die Ausstattung und Größe der Wohnungen die Höhe der Kosten bestimmt. Die veranschlagten Gesamtherstellungskosten beliefen sich im vollgeforderten reinen Wohnungsbau 1974 auf insgesamt 807 Mill. DM; das waren 352 Mill. DM oder 77% mehr als im Vorjahr. Der Anteil der reinen Baukosten, welcher sich 1973 auf 81% erhöht hatte, reduzierte sich auf 76% und erreichte damit erneut in etwa die seit vielen Jahren ermittelte Quote. Von den übrigen Kosten erhöhten sich in nennenswertem Umfang nur die Baunebenkosten, deren Anteil von 7,2% auf 11% stieg. Die reinen Baukosten je Wohnung verringerten sich infolge der größeren Anzahl von Mehrfamilienhäusern mit entsprechend kleineren Wohnungen um 2,2% auf 87 321 DM. Für Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern beliefen sich die reinen Baukosten auf durchschnittlich 130 723 DM (+ 10%), für solche in Mehrfamilienhäusern dagegen nur auf 68 312 DM (+ 19%). Im Fertigteilbau wurden nur Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern bewilligt. Von den veranschlagten Gesamtherstellungskosten entfielen 6,1% auf den Fertigteilbau gegenüber 5,9% im Jahr zuvor. Die veranschlagten reinen Baukosten je cbm umbauten Raumes zogen um 18% auf 193 DM und je qm Wohnfläche um 5,2% auf 1 129 DM an. Im Jahre 1973 hatten die

Veranschlagte Gesamtherstellungskosten
der bewilligten Sozialwohnungen¹⁾ 1960 - 1974

Jahr	Ins- gesamt	Reine Baukosten				
		1 000 DM	% der Gesamt- kosten	DM je Wohnung	DM je cbm	DM je qm
1960	154 444	126 665	82,0	26 154	63	338
1961	223 106
1962	282 621	229 644	81,3	31 930	73	389
1963	282 638	223 285	79,0	37 060	83	449
1964	312 097	249 450	79,9	41 506	91	497
1965	311 777	247 639	79,4	44 507	96	531
1966	238 460	182 922	76,7	49 545	99	550
1967	262 036	196 854	75,1	46 373	98	530
1968	297 422	219 110	73,7	45 772	101	535
1969	254 982	187 722	73,6	48 962	105	564
1970	267 226	200 650	75,1	57 891	114	639
1971	399 151	300 902	75,4	62 845	132	730
1972	523 440	394 812	75,4	67 756	146	799
1973	456 984	369 051	80,8	89 250	163	1 073
1974	808 620	612 903	75,8	87 321	193	1 129

1) Nur vollgeförderte reine Wohnbauten.

entsprechenden Steigerungsraten 12% und 34% be-
tragen.

Höheres Mietpreisniveau

Den Bewilligungsmieten kommt ebenfalls insofern
ein eingeschränkter Aussagewert zu, als sie nicht

selten schon beim Bezug der Wohnung oder beim
Vorliegen der Schlußabrechnung durch die inzwi-
schen eingetretene Entwicklung der Baukosten als
überholt gelten müssen. Höhere Bau- und Finan-
zierungskosten führten im Berichtsjahr zu einer
Erhöhung des Mietpreisniveaus im sozialen Woh-
nungsbau. Der durchschnittliche Quadratmeterpreis
für die über den ersten Förderungsweg bewilligten
Wohnungen im Mehrfamilienhäusern stieg von
3,93 DM auf 4,04 DM; im zweiten Förderungsweg
wurde ein Anstieg von 5,65 DM auf 8,33 DM ermit-
telt. Für mehr als neun Zehntel der Wohnungen
in Mehrfamilienhäusern des ersten Förderungsweges
ergaben sich Mieten je qm Wohnfläche zwischen
3,75 DM und 4,25 DM. Die durchschnittliche Bela-
stung der Bauherren und Erwerber von Eigentums-
wohnungen und eigengenutzten Wohnungen in Fa-
milienheimen erhöhte sich im ersten Förderungs-
weg je qm Wohnfläche von 3,77 DM auf 4,52 DM
und im zweiten Förderungsweg von 4,88 DM auf
4,96 DM.

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

Investitionen von Großunternehmen des produzierenden Gewerbes 1974

Im Rahmen dieses Beitrages werden die vorläufi-
gen Ergebnisse der Unternehmens- und Investi-
tionserhebung 1974 für Unternehmen mit 100 und
mehr Beschäftigten des produzierenden Gewerbes
vorgelegt. Nach bundeseinheitlicher Konzeption be-
ziehen sich Unternehmensangaben auf die gesamte
Wirtschaftseinheit, also auch auf ihre Zweignieder-
lassungen innerhalb und außerhalb des Landes.
Resultate für die in Rheinland-Pfalz ansässigen
Betriebe können erst zu einem späteren Zeitpunkt
bekanntgegeben werden, da deren Zusammenstel-
lung infolge der ausgeprägten Wirtschaftsverflech-
tungen einen umfangreichen Datenaustausch unter
den Ländern voraussetzt. Während sich die Anzahl
an Unternehmen der bezeichneten Größenklasse im
Vergleich zur Gesamtheit der Einheiten mit 20 und
mehr tätigen Personen relativ gering ausnimmt,
sind dort - gemessen an der Arbeitskräftezahl und
den monetären Merkmalen - jeweils die weitaus
höchsten Anteile repräsentiert. 1973 entfielen auf
die Wirtschaftseinheiten der verarbeitenden Indu-
strie mit 100 und mehr tätigen Personen nur 32,1%
der Unternehmen, hingegen 83,7% der Beschäftig-
ten und 85,0% der Investitionen.

Die Höhe der Anlageinvestitionen entspricht dem
Wert der im Berichtsjahr erworbenen und selbst
erstellten betrieblichen Sachanlagen bzw. den Brut-
tozugängen an Anlagegütern, wobei sowohl Wert-
minderungen im Sinne von Abschreibungen als auch
Verkaufserlöse, welche bei der Veräußerung von
Anlagegütern anfallen, unberücksichtigt bleiben.

Stagnierende Investitionstätigkeit

Im Gegensatz zu den Vorjahren war 1974 eine
spürbar rückläufige Nachfrage nach Gütern und
Leistungen des produzierenden Gewerbes zu ver-

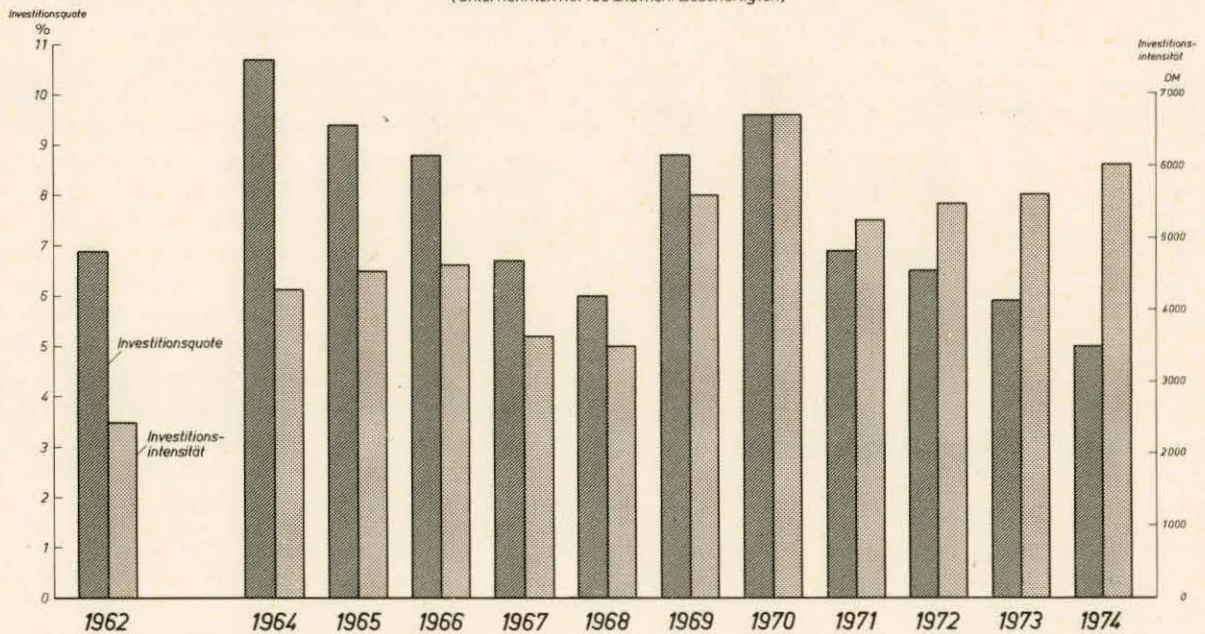
Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz und Anlageinvestitionen
der Industrie 1962 - 1974
(Unternehmen mit 100 und mehr Beschäftigten)

Jahr	Unter- nehmen	Be- schäf- tigte	Umsatz ¹⁾	Investitionen ²⁾		
				ins- gesamt	Anteil am Umsatz	je Be- schäf- tigten
	Anzahl		1 000 DM		%	DM
Insgesamt						
1962	582	291 805	10 298 167	709 144	6,9	2 430
1964	574	262 981	10 561 819	1 125 023	10,7	4 278
1965	564	268 912	12 998 218	1 219 104	9,4	4 533
1966	551	266 700	13 952 043	1 233 071	8,8	4 623
1967	528	255 567	13 885 392	927 963	6,7	3 631
1968	540	259 884	15 080 018	907 902	6,0	3 493
1969	565	276 662	17 497 651	1 547 135	8,8	5 592
1970	579	286 043	19 931 404	1 915 468	9,6	6 696
1971	573	282 065	21 308 137	1 477 726	6,9	5 239
1972	575	279 656	23 602 626	1 529 206	6,5	5 468
1973	573	281 377	26 965 323	1 578 153	5,9	5 609
1974	526	269 169	32 535 442	1 619 544	5,0	6 017
Veränderung zum Vorjahr in %						
1964 ³⁾	- 1,4	- 9,9	2,6	58,6	.	76,0
1965	- 1,7	2,3	23,1	8,4	.	6,0
1966	- 2,3	- 0,8	7,3	1,1	.	2,0
1967	- 4,2	- 4,2	- 0,5	- 24,7	.	- 21,5
1968	2,3	1,7	8,6	- 2,2	.	- 3,8
1969	4,6	6,5	16,0	70,4	.	60,1
1970	2,5	3,4	13,9	23,8	.	19,7
1971	- 1,0	- 1,4	6,9	- 22,9	.	- 21,8
1972	0,3	- 0,9	10,8	3,5	.	4,4
1973	- 0,3	0,6	14,2	3,2	.	2,6
1974	- 8,2	- 4,3	20,7	2,6	.	7,3

1) Ohne Mehrwertsteuer. - 2) Einschl. Investitionssteuer. - 3) Ver-
änderung zu 1962.

Investitionsquote und -intensität der Industrie 1962-1974

(Unternehmen mit 100 und mehr Beschäftigten)



118/75

STATISTISCHES LANDESBÜRO RHEINLAND-PFALZ 11

zeichnen, verbunden mit sinkender Produktion und geringerer Kapazitätsauslastung, eine Tendenz, die sich 1975 noch ausgeprägter fortsetzte. Die rheinland-pfälzischen Industrieunternehmen mit 100 und mehr Beschäftigten investieren bereits seit einigen Jahren Beträge in etwa gleicher Größenordnung, welche zwischen 1971 und 1974 leicht um 9,6% auf mehr als 1,6 Mrd. DM anstiegen, indessen den 1970 ermittelten bisherigen Höchstwert von reichlich 1,9 Mrd. DM beträchtlich unterschritten. Da andererseits der Erzeugerpreisindex industrieller Produkte von 1971 auf 1974 um 23,9% wesentlich stärker zunahm (Erzeugnisse der Investitionsgüterindustrien + 17,0%), ergibt sich hieraus ein eindeutig rückläufiges reales Investitionsvolumen. Während 1974 die Investitionen im Vergleich zum Vorjahr lediglich um 2,6% stiegen, war der Preisindex um 13,3% expansiv (Investitionsgüter + 9,3%). Der Gesamtbaupreisindex für Wohngebäude war 1974 gegenüber 1971 und 1973 um 23,5 bzw. 7,6% gestiegen.

In längerfristiger Sicht lassen die Investitionen - Ergebnisse liegen von 1962 an vor - bis zur Mitte der 60er Jahre einen stetigen Aufwärtstrend, für die anschließende Phase der konjunkturellen Rezession eine beträchtliche Drosselung und in der gesamten ab 1969 folgenden Periode ein zwar wieder merklich gewachsenes, aber mehrjährig weitgehend konstant bleibendes Volumen erkennen, worunter lediglich für 1970 ein sichtlich höher liegender Maximalwert zu verzeichnen war. Im Gegensatz zu der vergleichsweise uneinheitlichen Zeitreihe der Investitionen, spiegeln die Umsätze eine stetige Aufwärtsentwicklung wider, wobei sich 1974 in bezug zu 1962 eine Steigerung um 216% abzeichnete (Investitionen + 129%). Angesichts einer nur 9,6%igen Erhöhung der Investitionen zwi-

schen 1971 und 1974, verdeutlicht das gleichzeitig um 52,7% gewachsene Umsatzvolumen neben einer wesentlich ausgeprägteren Steigerungstendenz auch eine beträchtliche reale Expansion (Erzeugerpreisindex + 23,9%). Hieraus läßt sich ein spürbares Nachlassen der unternehmerischen Investitionsneigung in den letzten Jahren ableiten, was volkswirtschaftlich umso schwerer wiegt, als die Wirtschaftseinheiten der untersuchten Größenordnung den maßgeblichen Teil der Industrie unseres Landes verkörpern. Demzufolge ist bereits seit Jahren auch ein ständig abnehmender Anteil der Investitionen am Umsatz (Investitionsquote) zu registrieren, welcher sich zwischen 1970 und 1974 von 9,6 auf 5,0% nahezu halbierte. Für die Investitionsintensität, das heißt die Investitionen je tätiger Person, wurde indessen in den letzten Jahren eine stetige Erhöhung ermittelt (1971: 5 240 DM; 1974: 6 015 DM). Hierbei ist indessen der expansive Verlauf des Erzeugerpreisindex nicht außer acht zu lassen.

Nach den Erfahrungen der vorangegangenen Jahre ist etwa ein Viertel der Investitionssumme für den Zugang an Grundstücken und Gebäuden zu veranschlagen, während die übrigen Mittel zur Beschaffung von Maschinen und maschinellen Anlagen sowie zur Erneuerung der Betriebs- und Geschäftsausstattung bestimmt sind. Angesichts der gerade in letzter Zeit stark rückläufigen Investitionsfreudigkeit infolge konjunktureller Einbußen und gestiegener Unternehmerrisiken kann hinsichtlich des Einsatzes der Investitionen weiterhin davon ausgegangen werden, daß in den beiden letzten Jahren der Anteil der Erweiterungsvorhaben spürbar gesunken sein dürfte, wogegen andererseits entsprechend wachsende Quoten für Rationalisie-

Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz und Anlageinvestitionen der Industrie nach ausgewählten hauptbeteiligten Zweigen 1974
(Unternehmen mit 100 und mehr Beschäftigten)

Industriezweig	Unternehmen am 30. 9.		Beschäftigte		Umsatz ¹⁾			Anlageinvestitionen ²⁾			
	ins- gesamt	Verän- derung zu 1973	ins- gesamt	Verän- derung zu 1973	ins- gesamt	Verän- derung zu 1973	je Be- schäf- tigten	ins- gesamt	Verän- derung zu 1973	je Be- schäf- tigten	Anteil am Umsatz
	Anzahl	%	Anzahl	%	1 000 DM	%	DM	1 000 DM	%	DM	%
<u>Grundstoff- und Produktions- güterindustrien</u>	99	- 5,7	105 908	0,7	18 178 279	35,3	171 642	1 073 406	13,9	10 135	5,9
Industrie der Steine und Erden	32	- 5,9	10 126	- 7,1	918 258	6,7	90 683	46 680	- 42,8	4 610	5,1
Natursteinindustrie	3	-	1 550	- 23,9	199 738	- 1,9	128 863	9 165	- 52,5	5 913	4,6
Gewinnung und Aufbereitung von Rohton, Farberden, Schiefer u. ä. Steinen und Erden	3	-	510	5,8	38 394	16,5	75 282	3 385	- 3,7	6 637	8,8
Zement- und Kalkindustrie	3	-	866	5,9	77 656	- 7,2	89 672	4 811	- 54,6	5 555	6,2
Herstellung von feuerfesten Erzeugnissen	4	-	2 830	6,4	249 723	47,2	88 241	5 436	- 59,7	1 921	2,2
Betonsteinindustrie	6	-	818	- 15,1	81 202	1,7	99 269	2 792	- 42,9	3 413	3,4
Bims- und Bimssteinindustrie	6	- 25,0	874	- 34,8	86 932	- 34,4	99 465	7 807	- 19,9	8 932	9,0
Sonstige Industrien der Steine und Erden	5	-	2 351	6,3	158 317	17,8	67 340	12 179	- 15,8	5 180	7,7
Eisenschaffende Industrie; NE-Metallindustrie	3	-	4 729	3,4	1 304 045	29,0	275 755	50 299	167,7	10 636	3,9
Gießereiindustrie	12	9,1	5 093	14,0	301 610	24,3	59 220	11 822	44,6	2 321	3,9
Ziehereien und Kaltwalzwerke	3	- 40,0	948	- 29,4	107 283	- 30,3	113 168	4 386	- 11,1	4 627	4,1
Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoffindustrie und Mineralölverarbeitung)	29	- 9,4	75 780	2,7	14 438 971	41,6	190 538	933 727	20,9	12 322	6,5
Sägewerke und Holz bearbeitende Industrie	5	-	1 852	- 23,1	231 371	3,7	124 930	4 526	- 30,1	2 444	2,0
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe erzeugende Industrie	8	-	2 856	- 1,9	333 135	35,5	116 644	10 885	- 58,2	3 811	3,3
Gummi und Asbest verarbeitende Industrie	7	-	4 524	- 5,9	543 606	10,1	120 160	11 081	- 55,1	2 449	2,0
<u>Investitionsgüterindustrien</u>	154	- 9,4	70 371	- 6,8	5 134 393	6,1	72 962	163 432	- 15,8	2 322	3,2
Stahl- und Leichtmetallbau	13	- 23,5	4 018	- 16,1	304 607	- 7,7	75 811	7 465	- 39,7	1 858	2,5
Maschinenbau; Büromaschinen und Datenverarbeitung	57	- 3,4	37 787	- 2,8	2 702 684	14,2	71 524	75 357	- 0,2	1 994	2,8
Straßenfahrzeugbau	9	-	4 364	- 7,5	327 295	4,9	74 999	14 096	1,3	3 230	4,3
Schiff- und Luftfahrzeugbau	3	- 40,0	517	- 34,8	20 304	- 41,2	39 273	1 544	- 22,1	2 986	7,6
Elektrotechnische Industrie	24	- 17,2	7 386	- 15,8	442 642	- 4,4	59 930	13 606	- 38,5	1 842	3,1
Feinmechanische und optische Industrie	4	-	2 060	- 29,0	108 228	- 27,5	52 538	6 093	19,5	2 958	5,6
Stahlverformung	8	- 11,1	3 307	1,9	274 978	15,7	83 150	8 958	- 30,0	2 709	3,3
Eisen-, Blech- und Metallwaren- industrie	36	- 5,3	10 932	- 4,5	953 655	0,7	87 235	36 313	- 27,8	3 322	3,8
Stahlblechwareindustrie	14	- 12,5	3 842	- 9,5	373 788	- 9,4	97 290	8 353	- 63,3	2 174	2,2
Metallwarenindustrie	10	- 9,1	2 847	- 10,8	264 849	3,0	93 027	9 338	- 15,8	3 280	3,5
<u>Verbrauchsgüterindustrien</u>	215	- 9,7	77 802	- 8,4	6 000 316	2,9	77 123	234 330	- 17,4	3 012	3,9
Feinkeramische Industrie	15	- 16,7	2 985	- 21,1	185 960	- 12,2	62 298	7 647	- 54,9	2 562	4,1
Glasindustrie	8	14,3	8 247	5,2	626 562	15,9	75 975	53 948	72,0	6 542	8,6
Holz verarbeitende Industrie	28	- 9,7	12 229	- 10,3	975 146	- 9,5	79 740	42 681	- 2,0	3 490	4,4
Schmuckwaren- und Edelstein- industrie	4	-	523	- 0,9	35 499	18,4	67 876	1 263	- 31,0	2 415	3,6
Papier und Pappe verarbeitende Industrie	14	16,7	6 412	1,7	588 594	29,2	91 796	18 592	- 28,0	2 900	3,2
Druckerei- und Vervielfältigungs- industrie	19	- 5,0	5 991	- 4,3	362 791	8,8	60 556	7 732	- 58,2	1 291	2,1
Kunststoff verarbeitende Industrie	28	3,7	11 077	- 2,9	1 386 831	9,9	125 199	48 226	- 37,1	4 354	3,5
Leder erzeugende und verarbei- tende Industrie	12	- 7,7	3 240	- 15,8	155 613	- 4,6	48 029	1 584	- 23,4	489	1,0
Schuhindustrie	49	- 12,5	15 490	- 11,8	816 555	- 6,6	52 715	15 303	- 0,8	988	1,9
Textilindustrie	19	- 5,0	7 766	- 8,1	638 471	4,1	82 214	34 739	- 16,5	4 473	5,4
Bekleidungsindustrie	18	- 37,9	3 842	- 28,4	228 294	- 14,7	59 421	2 615	- 73,2	681	1,1
<u>Nahrungs- u. Genußmittelindustrien</u>	58	- 3,3	15 088	- 3,9	3 222 454	12,5	213 577	148 376	- 6,0	9 834	4,6
Ernährungsindustrie	55	- 3,5	14 645	- 3,8	3 144 995	13,2	214 749	147 842	- 5,9	10 095	4,7
Obst und Gemüse verarbeitende Industrie	4	-	522	- 3,9	91 812	10,6	175 885	1 099	- 49,7	2 105	1,2
Molkereien und Milch verar- beitende Industrie	8	14,3	1 701	- 1,2	516 369	14,1	303 568	13 710	- 22,0	8 060	2,7
Brauereien und Mälzereien	13	- 7,1	4 017	- 2,0	565 247	2,6	140 714	65 206	6,8	16 233	11,5
Spirituosenindustrie	4	- 20,0	2 235	- 3,8	726 315	- 3,2	324 973	18 206	85,8	8 146	2,5
Wein verarbeitende Industrie	4	- 33,3	1 076	- 21,3	365 148	- 14,5	339 357	6 312	- 54,8	5 866	1,7
Mineralwasser- und Limo- nadenindustrie	12	-	3 042	- 7,2	313 190	1,9	102 955	33 427	- 25,0	10 988	10,7
Tabak verarbeitende Industrie	3	-	443	- 5,9	77 459	- 9,5	174 851	534	- 27,7	1 205	0,7
Industrie insgesamt	526	- 8,2	269 169	- 4,3	32 535 442	20,7	120 874	1 619 544	2,6	6 017	5,0

1) Ohne Mehrwertsteuer. - 2) Einschl. Investitionssteuer.

rungsmaßnahmen und Ersatzinvestitionen zu erwarten sind.

Chemie vereinigt fast drei Fünftel des Investitionsvolumens auf sich

In Rheinland-Pfalz wurden 1974 insgesamt 526 Industrieunternehmen mit 100 und mehr Beschäftigten gezählt (8,2% weniger als 1973), welche mit 269 170 tätigen Personen (— 4,3%) einen Umsatz von 32,5 Mrd. DM (+ 20,7%) erwirtschafteten und 1,6 Mrd. DM (+ 2,6%) investierten. Da die hier ansässigen Industriebetriebe in stärkerem Umfange von Hauptverwaltungen mit Sitz in anderen Bundesländern geleitet werden, dürften auch 1974 die in rheinland-pfälzischen Betrieben investierten Mittel spürbar über den Unternehmensdaten liegen. 1973 waren die Investitionen der Industriebetriebe mit Sitz im Lande um 23% höher als diejenigen der dort beheimateten Unternehmenseinheiten.

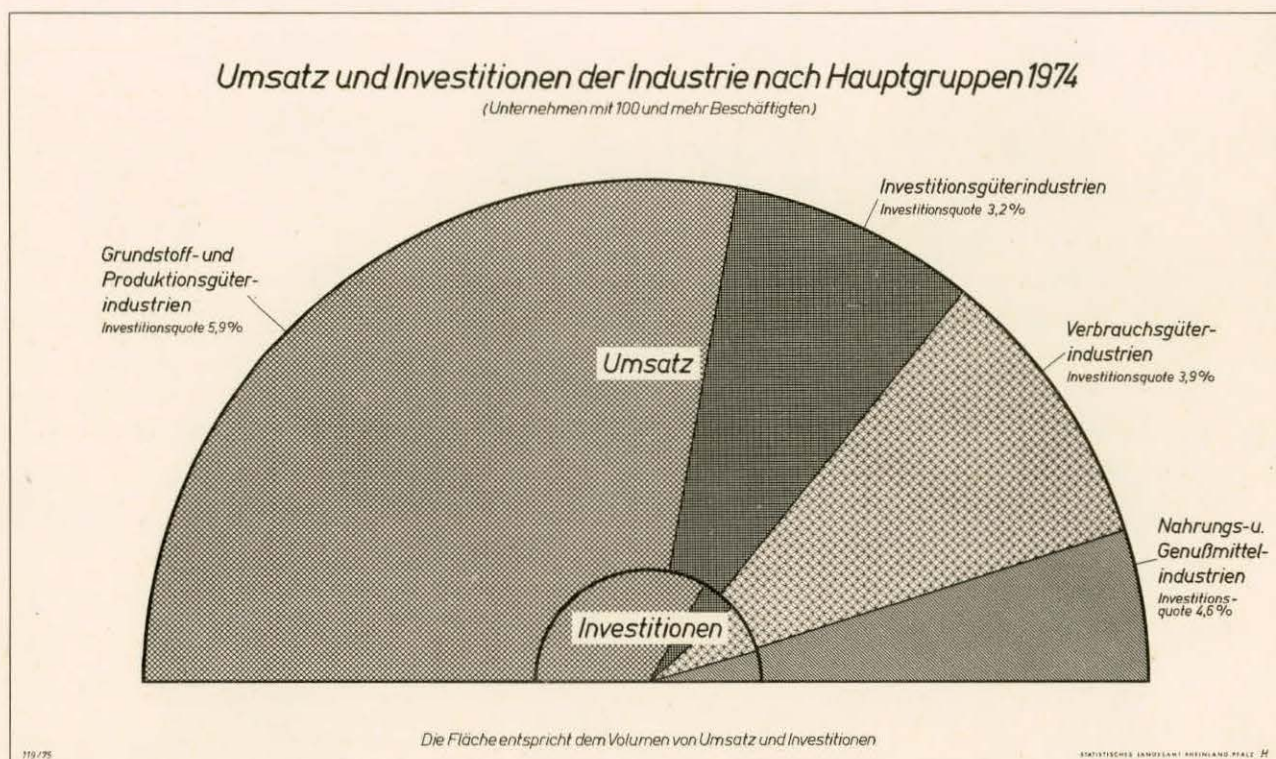
Nach Hauptgruppen betrachtet, war 1974 im Vergleich zum Vorjahr die Investitionshöhe lediglich bei den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien expansiv (+ 13,9%), während der Verbrauchsgüter-, der Investitionsgüter- sowie der Nahrungs- und Genußmittelsektor beträchtliche Minderungen zu verzeichnen hatten (— 17,4 sowie — 15,8 und — 6,0%). Unter den bedeutenden Industriezweigen erwiesen sich insbesondere die Bereiche Feinkeramik (— 54,9%), Steine und Erden (— 42,8%) sowie Elektrotechnik (— 38,5%) als stark rezessiv, wogegen für die chemische Industrie einschließlich Mineralölverarbeitung, welche 57,7% des gesamten Investitionsvolumens auf sich vereinigte, eine Zunahme um 20,9% zu registrieren war (Maschinenbau — 0,2%; Schuhindustrie — 0,8%). 1974 entfielen allein zwei Drittel der Gesamtinvestitionen auf die Grundstoff- und Produk-

tionsgüterherstellung, welche auch als einzige unter den vier Hauptgruppen eine über ihrem Umsatzanteil liegende Investitionsbeteiligung erkennen ließ. 1974 ergab sich für die Industrieunternehmen mit 100 und mehr tätigen Personen eine Einbuße von 47 Unternehmen und von über 12 200 Arbeitsplätzen. Lediglich für den chemischen Bereich konnte trotz einer Minderung der Unternehmenszahl um 3 Einheiten ein größerer personeller Zuzug von 2 020 verbucht werden.

Entsprechend der branchenweise stark streuenden Investitionsneigung bzw. -entwicklung, sind auch bezüglich der Investitionsquote und -intensität beträchtliche Differenzierungen festzustellen, wobei sich 1974 für die Industrie insgesamt Relationen von 5,0% am Umsatz und von 6 015 DM je Beschäftigten errechneten (1973: 5,9% bzw. 5 610 DM). Hinsichtlich der Investitionsquote variierten die Ergebnisse sektoral zwischen 11,5% für Brauereien und Mälzereien sowie 0,7% für die Tabakverarbeitung (Chemie 6,5%; Maschinenbau 2,8%). Demgegenüber wurden seitens der Investitionsintensität Extreme von 16 235 DM bei den Brauereien und Mälzereien sowie von 490 DM bei der Ledererzeugung und -verarbeitung ermittelt (Chemie 12 320 DM; Maschinenbau 1 995 DM).

Überragende Bedeutung der Industrie innerhalb des produzierenden Gewerbes

Für die Gesamtheit des produzierenden Gewerbes, das heißt Industrie einschließlich verarbeitendes Handwerk und Baugewerbe, wurden 1974 in 645 Unternehmen mit 100 und mehr Beschäftigten zusammen 300 520 tätige Personen gezählt, wobei sich Umsatz und Anlageinvestitionen auf rund 34,5 bzw. 1,7 Mrd. DM beliefen. Aus der Tatsache, daß darunter auf die Industrie 81,6% der Unter-



Wirtschaftsbereich	Unternehmen am 30. 9.		Beschäftigte am 30. 9.		Umsatz ¹⁾			Anlageinvestitionen ²⁾			
	ins- gesamt	Verän- derung zu 1973	ins- gesamt	Verän- derung zu 1973	ins- gesamt	Verän- derung zu 1973	je Be- schäf- tigten	ins- gesamt	Verän- derung zu 1973	je Be- schäf- tigten	Anteil am Umsatz
	Anzahl	%	Anzahl	%	1 000 DM	%	DM	1 000 DM	%	DM	%
Verarbeitende Industrie	526	- 8,2	269 169	- 4,3	32 535 442	20,7	120 874	1 619 544	2,6	6 017	5,0
Verarbeitendes Handwerk	13	- 18,8	2 216	- 17,0	149 003	- 15,8	67 240	3 179	- 33,8	1 435	2,1
Baugewerbe	106	- 15,2	29 136	- 12,3	1 789 236	- 18,8	61 410	98 793	- 41,4	3 391	5,5
Bauhauptgewerbe	101	- 15,1	28 108	- 12,4	1 741 308	- 18,8	61 951	98 357	- 41,5	3 499	5,6
Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	5	- 16,7	1 028	- 11,2	47 928	- 16,1	46 623	436	- 17,6	424	0,9
I n s g e s a m t	645	- 9,7	300 521	- 5,3	34 473 681	17,5	114 713	1 721 516	- 1,7	5 728	5,0

1) Ohne Mehrwertsteuer. - 2) Einschl. Investitionssteuer.

nehmen, 89,6% der Beschäftigten, 94,4% des Umsatzes und 94,1% der Investitionen entfielen, läßt sich die vergleichsweise geringe Bedeutung der übrigen Bereiche ableiten, wobei letztere auch wesentlich ungünstigere Entwicklungstendenzen gegenüber 1973 verzeichneten. Während für das gesamte produzierende Gewerbe eine mittlere Investitions-

intensität von 5 730 DM je tätiger Person festgestellt wurde, errechnen sich für das Bauhauptgewerbe, das verarbeitende Handwerk sowie das Ausbau- und Bauhilfsgewerbe jeweils nur Sätze von 3 500 sowie 1 435 und 425 DM (Investitionsquote 5,0 und 5,6 sowie 2,1 und 0,9%).

Diplom-Wirtschaftsingenieur H. Peifer

Einkünfte der freien Berufe

Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik 1971

Das Einkommensteuerrecht kennt insgesamt sieben Einkunftsarten (§ 2 Abs. 3 EStG), darunter die Einkünfte aus selbständiger Arbeit. Diese Einkunftsquelle umfaßt gemäß § 18 EStG insbesondere die Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit, daneben diejenigen der nichtgewerblichen Einnahmer einer staatlichen Lotterie sowie die Einkünfte aus sonstiger selbständiger Arbeit wie Testamentsvollstreckung, Vermögensverwaltung und Aufsichtsrats Tätigkeit. Eine grundlegende und umfassende Definition dessen, was unter dem Begriff Freier Beruf in steuerrechtlicher Hinsicht zu verstehen ist, fehlt im EStG; § 18 Abs. 1 enthält stattdessen die Aufzählung eines Kataloges von zwei Dutzend Berufen, deren selbständige Ausübung ebenso als freiberufliche Tätigkeit gilt wie die wissenschaftliche, künstlerische, schriftstellerische, unterrichtende oder erzieherische Betätigung, soweit sie selbständig erfolgt. Schließlich rechnen alle den namentlich im Katalog genannten ähnlichen Berufe zu den freien Berufen (§ 18 Abs. 1 Satz 1 EStG). In einer Vielzahl von Fällen hat die Rechtsprechung - vornehmlich in Form von BFH-Urteilen - der Entwicklung des Entstehens neuer Berufsarten Rechnung getragen, wodurch die Zahl der Tätigkeiten, die den freien Berufen zuzurechnen sind, ständig gestiegen ist. Ein Selbständiger gilt auch dann als freiberuflich Tätiger, wenn er sich der Mithilfe fachlich vorgebildeter Arbeitskräfte bedient. Voraussetzung ist gemäß EStG, daß er auf Grund eigener Fachkenntnisse leitend und eigenverantwortlich tätig ist.

Aus der großen Zahl der verschiedenartigen freien Berufe sind, wie schon bei den vorangegangenen Einkommensteuerstatistiken, auch im Rahmen der Erhe-

bung 1971 wieder einige der wichtigsten einer gesonderten Erfassung und Aufbereitung unterzogen worden. Es handelt sich um folgende Berufe: Rechtsanwälte, Notare, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Steuerbevollmächtigte, sonstige Wirtschaftsberater, Ärzte, Zahnärzte, Heilpraktiker, Tierärzte, Architekten, Vermessungs-, Bau- und sonstige Ingenieure, Techniker, Chemiker und Chemotechniker. Einbezogen wurden nur solche Einkommensteuerepflichtigen, bei denen die Einkünfte aus selbständiger Arbeit die überwiegende Einkunftsart bildeten, das heißt, deren Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit höher waren als die jeweiligen Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und nichtselbständiger Arbeit; die Höhe der Einkünfte aus Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung und sonstigen Einkünften war dagegen für die hier vorgenommene Abgrenzung ohne Bedeutung. Unberücksichtigt blieben zusammen veranlagte Ehegatten, sofern beide freiberuflich tätig waren.

Notare erzielten die höchsten Einkünfte

Rund 22 000 Einkommensteuerpflichtige verzeichneten 1971 Haupt- oder Nebeneinkünfte aus selbständiger Arbeit, und zwar in Höhe von zusammen 856 Mill. DM. Bei etwa 10 000 von ihnen handelte es sich um solche, bei denen diese Einkunftsart die überwiegende war, wobei sie Einkünfte von insgesamt 802 Mill. DM erreichten, was 93,6% aller Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit entspricht. Die Zahl der Steuerpflichtigen, die einem der hier dargestellten, ausgewählten freien Berufe zuzuordnen waren, belief sich auf 7 725. Die restlichen rund

Berufsgruppe	Steuerpflichtige			Gesamtbetrag der Einkünfte					
	1968	1971		1968		1971			
	Anzahl	%		Mill. DM	DM je Steuerpflichtigen	Mill. DM	%		je Steuerpflichtigen
								DM	Veränderung zu 1968 in %
Rechtsanwälte und Patentanwälte	} 638	728	9,4	} 40,7	63 829	50,5	7,2	69 412	} 23,4
Notare		93	1,2			14,2	2,0	152 183	
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater	219	220	2,9	13,3	60 635	16,0	2,3	72 836	20,1
Steuerbevollmächtigte	829	795	10,3	27,3	32 894	35,6	5,1	44 732	36,0
Sonstige Wirtschaftsberater	33	24	0,3	1,1	33 788	1,0	0,1	40 708	20,5
Ärzte	2 638	2 760	35,7	265,8	100 766	354,6	50,7	128 488	27,5
Zahnärzte	1 258	1 223	15,8	91,8	72 949	121,4	17,4	99 294	36,1
Tierärzte	219	136	1,8	6,2	28 137	4,9	0,7	36 309	29,0
Heilpraktiker	55	60	0,8	1,3	24 509	1,7	0,2	28 167	14,9
Architekten, Vermessungs- und Bauingenieure	1 342	1 461	18,9	55,4	41 291	86,7	12,4	59 356	43,8
Sonstige Ingenieure und Techniker	185	204	2,6	10,9	58 638	12,2	1,8	59 814	2,0
Chemiker und Chemotechniker	42	21	0,3	1,9	45 738	0,9	0,1	41 905	- 8,4
Insgesamt	7 458	7 725	100,0	515,7	69 143	699,8	100,0	90 581	31,0

2 300 Veranlagten mit überwiegenden Einkünften aus selbständiger Arbeit, die nicht in die gesonderte Aufgliederung einbezogen wurden, betreffen fast ausschließlich die verschiedensten sonstigen freiberuflichen Tätigkeiten, insbesondere solche künstlerischer, wissenschaftlicher, schriftstellerischer oder erzieherischer Art, aber auch andere selbständig ausgeübte freie Berufe wie Dolmetscher, Erfinder, Fahrlehrer, Journalisten, Hebammen, Krankengymnasten und Masseure. Das Gewicht der auf die ausgewählten freien Berufe entfallenden 7 725 Steuerpflichtigen wird daran deutlich, daß sie - bei einem zahlenmäßigen Anteil von 34,9% - immerhin 82,3% aller Haupt- und Nebeneinkünfte aus selbständiger Arbeit auf sich vereinigen.

Im Vergleich zu 1968 hat sich die Zahl der insgesamt nachgewiesenen freiberuflich Tätigen um 267 oder 3,6% erhöht, wobei die Entwicklung bei den einzelnen Berufen unterschiedlich verlief. Die zahlenmäßig nach wie vor stärkste Gruppe bilden die Ärzte, deren Anzahl innerhalb von drei Jahren um 122 auf nunmehr 2 760 anstieg, was einem Anteil von über einem Drittel aller ausgegliederten Freiberufler entspricht. Danach folgen Architekten, Vermessungs- und Bauingenieure (1 461) und Zahnärzte (1 223).

Bei einem zahlenmäßigen Anteil von 35,7% vereinigten die Ärzte über die Hälfte (50,7%) des Gesamtbetrags der Einkünfte - in welchem außer den Einkünften aus freiberuflicher Betätigung auch diejenigen aus den übrigen Einkunftsarten nach Ausgleich eventueller Verluste enthalten sind - auf sich. Außer ihnen wiesen auch die Notare und die Zahnärzte überproportionale Quoten an den gesamten Einkünften auf, während sich bei allen übrigen freien Berufen ein umgekehrtes Bild ergab. Je Steuerpflichtigen errechnete sich für die ausgewählten freien Berufe ein durchschnittlicher Gesamtbetrag der Einkünfte von rund 90 600 DM jährlich. Die höchsten Durchschnittseinkünfte wurden mit 152 200 DM erstmals für die Notare, die bisher zusammen mit den Rechtsanwälten erfaßt worden waren, nachgewiesen. Die zweithöchsten Einkünfte je

Steuerpflichtigen erzielten die Ärzte (128 500 DM), die bei früheren Erhebungen jeweils den ersten Rang eingenommen hatten, gefolgt von den Zahnärzten (99 300 DM). Alle übrigen Freiberufler blieben unter dem für die Gesamtheit von ihnen ermittelten Durchschnittswert (90 600 DM). Daß nicht in allen Heilberufen vergleichsweise hohe Einkünfte erreicht werden, zeigen die für die Heilpraktiker und Tierärzte ausgewiesenen Einkünfte je Steuerpflichtigen, die mit 28 200 und 36 300 DM die bei weitem niedrigsten Werte bedeuten.

Der durchschnittliche Gesamtbetrag der Einkünfte erhöhte sich zwischen 1968 und 1971 am relativ stärksten bei den Architekten (+ 43,8%); auch die Zahnärzte (+ 36,1%) und die Steuerbevollmächtigten (+ 36,0%) konnten Zuwachsraten verzeichnen, die über derjenigen aller ausgewählten freien Berufe (+ 31,0%) liegen. Bei den Chemikern und Chemotechnikern ergab sich dagegen sogar ein Rückgang der Durchschnittseinkünfte um 8,4%. Für die mit ihren Pro-Kopf-Einkünften deutlich an erster Stelle rangierenden Notare konnte keine Veränderungsrate errechnet werden, da diese Berufsgruppe erstmals separat ausgewiesen wurde.

Nebenberufliche Einkünfte von unterschiedlicher Bedeutung

Eine Aufgliederung der Summe der Einkünfte - das ist der Gesamtbetrag der Einkünfte vor Ausgleich mit den Verlusten der einzelnen Einkunftsarten und vor Abzug des Freibetrags für Land- und Forstwirte - nach den einzelnen Einkunftsarten verdeutlicht die Relation zwischen Haupt- und Nebeneinkünften. Die Einkünfte aus selbständiger Arbeit als der Haupteinkunftsquelle beliefen sich im Durchschnitt aller ausgewählten Freiberufler auf 91,3%, während auf die Nebeneinkünfte zusammen 8,7% entfielen. Unter den nebenberuflich erzielten Einnahmen dominierten diejenigen aus nichtselbständiger Arbeit ganz eindeutig (4,4%), es folgten die Kapitaleinkünfte (2,6%), die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (1,0%) und die übrigen Einkünfte (0,7%). Diese Verteilung streute bei den

Berufsgruppe	Steuerpflichtige insgesamt	Mit Einkünften aus selbständiger Arbeit von ... DM											
		unter 25 000		25 000 — 50 000		50 000 — 75 000		75 000 — 100 000		100 000 — 250 000		250 000 und mehr	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Rechtsanwälte und Patentanwälte	728	180	24,7	195	26,8	132	18,1	82	11,3	130	17,9	9	1,2
Notare	93	9	9,7	14	15,0	53	57,0	13	14,0
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater	220	47	21,3	55	25,0	40	18,2	27	12,3	46	20,9	5	2,3
Steuerbevollmächtigte	795	228	28,7	309	38,9	160	20,1	55	6,9	43	5,4	-	-
Sonstige Wirtschaftsberater	24	.	.	10	41,7	-	-
Ärzte	2 760	176	6,4	204	7,4	329	11,9	399	14,5	1 431	51,8	221	8,0
Zahnärzte	1 223	122	10,0	152	12,4	184	15,1	196	16,0	532	43,5	37	3,0
Tierärzte	136	74	54,4	52	38,2	-	-	-	-
Heilpraktiker	60	37	61,7	15	25,0	.	.	4	6,7	.	.	-	-
Architekten, Vermessungs- und Bauingenieure	1 461	441	30,2	488	33,4	234	16,0	113	7,7	153	10,5	32	2,2
Sonstige Ingenieure und Techniker	204	66	32,4	48	23,5	42	20,6	18	8,8	26	12,7	4	2,0
Chemiker und Chemotechniker	21	12	57,1	.	.	3	14,3	-	-
Insgesamt	7 725	1 397	18,1	1 533	19,8	1 144	14,8	912	11,8	2 418	31,3	321	4,2

einzelnen nachgewiesenen Berufen zum Teil nicht unerheblich. Gemessen an der Summe der Einkünfte hatten die Nebeneinkünfte bei den Zahnärzten und den Notaren mit einem Anteil von 5,2 bzw. 5,8% die geringste Bedeutung; dagegen machten sie bei den Tierärzten immerhin 32% aus, bei den sonstigen Wirtschaftsberatern und den Chemikern jeweils etwa ein Fünftel.

Von der Gesamtheit der in den ausgewählten freien Berufen Tätigen erreichte annähernd die Hälfte (47,3%) Einkünfte aus freiberuflicher Arbeit von mindestens 75 000 DM jährlich, 4,2% von ihnen kamen auf 250 000 DM und mehr. Wenn 18,1% der nachgewiesenen Freiberufler unter einem hauptberuflich erzielten Jahresverdienst von 25 000 DM blieben, so liegt das nicht nur an den vergleichsweise niedrigen Einkünften einiger Berufsgruppen wie der Heilpraktiker und Tierärzte; denn in die unterste Einkunftsgruppe fallen andererseits auch al-

le diejenigen Steuerpflichtigen, die ihre Tätigkeit erst im Laufe des Jahres 1971 aufgenommen oder aber vorzeitig aufgegeben haben. Die einzelnen Berufe bieten hinsichtlich ihrer Verdienste ein sehr differenziertes Bild. So wurden Jahreseinkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit von 75 000 DM und mehr für 86% der Notare, 74,3% der Ärzte und 62,5% der Zahnärzte ermittelt. Unter 25 000 DM blieben andererseits 61,7% der Heilpraktiker, 57,1% der Chemiker, 54,4% der Tierärzte und unter anderem auch jeder vierte Rechtsanwalt. Spitzeneinkünfte von mindestens 250 000 DM jährlich wurden von keinem der in der Statistik erfaßten Steuerbevollmächtigten, Wirtschaftsberater, Tierärzte, Heilpraktiker oder Chemiker erreicht. Dagegen überschritten nicht weniger als 14% aller nachgewiesenen Notare diese Einkunftsgrenze, weiterhin 8% der Ärzte, 3% der Zahnärzte sowie einige wenige der übrigen freien Berufe.

Diplom-Kaufmann K.-J. Hesse

Anwendung eines kleinräumlichen Gliederungssystems in der amtlichen Statistik

Problemstellung

Die Bestrebungen zum Ausbau der Regionalstatistik zielen u. a. darauf ab, den bisher kleinsten Baustein der Regionalstatistik, die Gemeinde, durch den Gemeindeteil zu ersetzen. Folgende Hauptgründe sind dafür verantwortlich:

- (1) Änderungen des Gebietsstandes durch die Verwaltungsreform, verbunden mit einer Vergrößerung der Gemeinden, verursachen einen Informationsverlust über die ehemals selbständigen Gemeinden. Die zwangsläufig damit einhergehende Neuaufgrenzung der Gemeindegebiete erschwert darüber hinaus einen zeitlichen Vergleich von Angaben aus aufeinanderfolgenden Erhebungen.
- (2) Die Größenverhältnisse der Gemeinden sind so unterschiedlich, daß diese nicht länger als kleinste Einheiten der Regionalstatistik betrachtet werden dürfen.

- (3) Die Struktur von größeren Gemeinden ist für bestimmte Fragestellungen von entscheidender Bedeutung, zum Beispiel bei Kindergartenplanung und Schulbauprogramm.

Für städtestatistische Auswertungen ist es wünschenswert, vom Grundstück ausgehend, Ergebnisse für jedes beliebige Teilgebiet der Gemeinde durch Addition zu erhalten. Von dieser Möglichkeit kann bisher bei Großzählungen, die adressenbezogene Angaben (Straße, Hausnummer) enthalten, Gebrauch gemacht werden. Voraussetzung dafür ist jedoch die Erarbeitung eines entsprechenden Aufbereitungsprogramms. Diese Möglichkeit haben in Rheinland-Pfalz nur wenige Städte wegen der damit verbundenen Kosten wahrgenommen. Den Städten und den mit regionalen Planungsaufgaben betrauten Stellen, also insbesondere der Landesplanung und den regionalen Planungsgemeinschaften, ist jedoch sehr daran gelegen, daß ihnen nicht

nur aus den Großzählungen, sondern auch aus den laufenden statistischen Erhebungen, bei denen Ergebnisse anfallen, die für die Stadt- und Regionalplanung von Interesse sind, regelmäßig Angaben für fest abgegrenzte Stadt- und Gemeindebezirke zur Verfügung gestellt werden, ohne daß ihnen für diese statistische Aufbereitung zusätzliche Kosten entstehen. Der Statistische Landesausschuß Rheinland-Pfalz ist in seiner Sitzung am 24. Oktober 1974 mit überwiegender Mehrheit zu der Ansicht gelangt, daß insbesondere die Belange der Gemeinden bei der Auswertung der Erhebungen stärker zu berücksichtigen seien, da sie bei Großzählungen einen wesentlichen Teil der Belastungen zu tragen haben.

Gliederungssystem

Unter einer kleinräumlichen Gliederung versteht man im allgemeinen die Aufteilung des Gemeindegebietes in Teilgebiete, im Extremfall bis hin zum einzelnen Grundstück. Von einem kleinräumlichen Gliederungssystem kann dann gesprochen werden, wenn für alle Gemeinden eine einheitliche Ordnungsstruktur gefunden werden kann, die es erlaubt, jede Flächeneinheit einer übergeordneten Gliederungseinheit eindeutig zuzuordnen. Auf welche Abgrenzungseinheiten hier seitens der Gemeinden zurückgegriffen werden sollte, spielt eine untergeordnete Rolle. Es ist lediglich darauf hinzuweisen, daß von den denkbaren Alternativen (Planquadrate, durch Koordinaten bestimmte Flächeneinheiten, Blockeinteilung) allein Planquadratraster ungeeignet sind, weil sie gewachsene Siedlungseinheiten durchschneiden, so daß eine Vergleichbarkeit mit den Angaben ehemals selbständiger Gemeinden nicht gesichert wäre. Daher ist ein Gliederungssystem anzustreben, das auf dem Block als kleinster Abgrenzungseinheit der Gemeinden aufbaut und es ermöglicht, die kleinste Gliederungseinheit (Aufbereitungseinheit) der Regionalstatistik, den Gemeindeteil, in hierarchischer Reihenfolge über Zwischenstufen zu erreichen. Dieser Gesichtspunkt ist im Zusammenhang mit dem Aufbau von automatisierten Liegenschaftskatastern und Grundstücksdatenbanken besonders zu beachten, um die Kompatibilität der räumlichen Bezugssysteme zu gewährleisten. Der Übergang vom Gemeindeteil zur Gesamtgemeinde folgt in Anlehnung an das im Rahmen des automatisierten Einwohnermeldesystems bereits festgelegte kleinräumliche Gliederungssystem ebenfalls einer hierarchischen Ordnungsstruktur über maximal drei Gliederungsstufen, womit auch die weitreichenden Gebiete der Großstädte sinnvoll untergliedert werden können.

Erweiterung der Gemeindekennziffer mit dem Ziel einer einheitlichen Ordnungsstruktur

Ziel ist es, innerhalb des Gemeindeteilschlüssels eine hierarchische Ordnungsstruktur bilden zu können, die die logische Folge des bundeseinheitlichen Gemeindeschlüssels fortsetzt (siehe Schema 1).

Da die Null zur Verschlüsselung benutzt werden kann, bedeutet dies, daß jede Gliederungsstufe 10 Gebietseinheiten umfassen kann, bei drei Gliede-

rungsstufen also maximal 1 000 Gebietseinheiten. Angesichts der sehr unterschiedlichen Begriffskategorien (Stadtteil, Stadtbezirk, Ortsteil, Siedlungsabschnitt u. a.) empfiehlt es sich, seitens der amtlichen Statistik neutrale Bezeichnungen, wie 1., 2. und 3. Gliederungsstufe, zu verwenden. Entscheidend ist, daß sich jede Gliederungsstufe nahtlos aus untergeordneten Flächeneinheiten zusammensetzen läßt. Eine Verbindung zu kleineren Bezugseinheiten der Gemeinde, wie sie mittels eines vierstelligen Blockschlüssels bei der ursprünglich geplanten Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung avisiert wurde, kann dann über folgende denkbare Verkettung erreicht werden, wobei hier die Bezeichnung der Gliederungseinheiten exemplarischen Charakter hat: siehe Schema 2.

Dieser Schlüssel bietet den Vorteil, daß bei der maschinellen Aufbereitung der Ergebnisse für jede Gliederungsstufe ohne weiteres Zwischensummen angeschrieben werden können.

Das Statistische Landesamt und Vertreter der rheinland-pfälzischen Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern vereinbarten am 27. August 1974 in Bad Ems und am 10. September 1974 in Neustadt a. d. Weinstraße, das oben beschriebene System einer kleinräumlichen Gliederung zu übernehmen. Dies dürfte zu realisieren sein, da bereits im Rahmen des automatisierten Einwohnermeldesystems die gleiche Systematik zur Verschlüsselung der Gebietseinheiten unterhalb der Gemeindeebene besteht. Gemeinden, die an das System des Städteverbands Rheinland-Pfalz angeschlossen sind (kreisfreie und große kreisangehörige Städte) und einen siebenstelligen Schlüssel besitzen, nutzen die drei ersten Stellen als Gemeindeteilschlüssel der amtlichen Statistik (siehe Schema 3).

Gemeinden, die dem System des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz angehören, setzen die 2. Ziffer ihres fünfstelligen Straßenschlüssels, die den Ortsteil kennzeichnet, an die 3. Stelle des Gemeindeschlüssels, wobei die ersten beiden Stellen auszunutzen sind (siehe Schema 4).

Schließen sich mehrere Gemeinden zu einer Einheitsgemeinde zusammen, so sind in die beiden ersten Stellen des Gemeindeteilschlüssels die beiden letzten Ziffern des Gemeindeschlüssels (RZOM) der ehemals selbständigen Gemeinden einzusetzen, während die 3. Stelle die Ortsteile der früher selbständigen Gemeinden angibt.

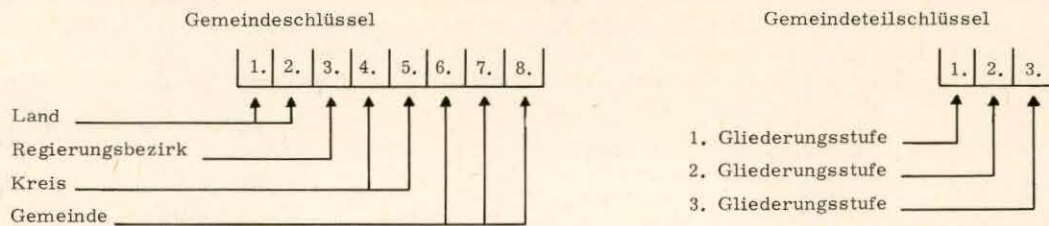
Beispiel

Verbandsfreie Gemeinde Grafschaft
(neue Einheitsgemeinde)

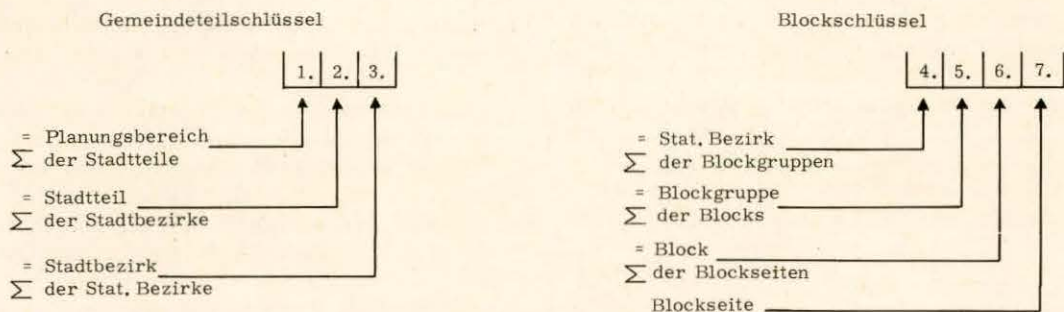
Gemeinde- schlüssel (RZOM)	Gemeinde- teil- schlüssel	
131 090	10	ehemalige Gemeinde Bengen (ehemals 131 010)
	101	Ortsteil 1 der ehemaligen Gemeinde Bengen

Davon abweichend sollen die drei Stellen des statistischen Gemeindeteilschlüssels von den Ge-

Schema 1



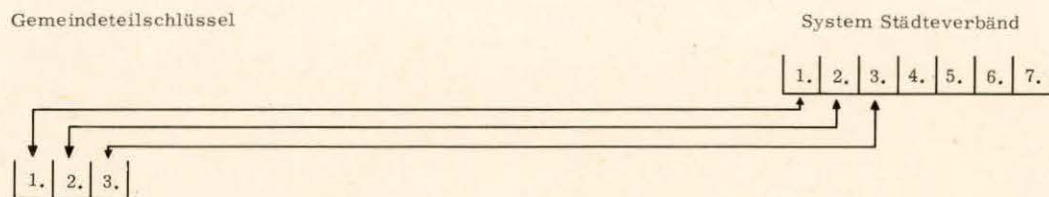
Schema 2



Schema 3



Schema 4



meinden, die dem System des Gemeinde- und Städtebundes angeschlossen sind, nur dann vollständig genutzt werden, wenn dazu ein dringender Bedarf besteht, zum Beispiel bei stark differenzierter Abgrenzung von Ortsteilen im Rahmen der Maßnahmen nach dem Städtebauförderungsgesetz. Die Gemeindeteile sollen so abgegrenzt sein, daß sie für einen möglichst langen Zeitraum beibehalten werden können. Ändert sich jedoch ihr Gebietsstand, so lassen sich für die neu abgegrenzten Gemeindeteile aus dem statistischen Datenmaterial normalerweise keine Vergleichsangaben für zurückliegende Zeiträume aufbereiten.

Ausblick

Auch die bisherigen Überlegungen auf Bundesebene gehen dahin, für die weitere Untergliederung der Städte und Gemeinden einen dreistelligen Schlüssel vorzusehen. Da die meisten statistischen Erhebungen mit sogenannten Verbundprogrammen aufbereitet werden, die von allen Ländern angewandt werden, ist für die Zahl der Stellen des Gemeindegliederungsschlüssels insoweit ein fester Rahmen gesetzt, über den kein Land hinausgehen kann. Während bei Großzählungen auf den bundeseinheitlich festgelegten Bandsätzen entsprechende Stellen für die Aufnahme des Gemeindegliederungsschlüssels mit großer Wahrscheinlichkeit reserviert werden, müssen

bei den laufenden statistischen Erhebungen, deren Ergebnisse für die Regionalplanung von Bedeutung sind, die erforderlichen Vorkehrungen erst noch getroffen werden. Am leichtesten wird dies bei den Erhebungen zu realisieren sein, die aufgrund von Änderungen des Erhebungskatalogs oder aus anderen Gründen ohnehin neu zu programmieren sind.

Der von der Ministerkonferenz für Raumordnung verabschiedete Katalog an Statistiken, die für eine kleinräumliche Gliederung in Frage kommen, kann deshalb unter Berücksichtigung obiger Ausführungen nur sukzessive verwirklicht werden. Soweit keine erheblichen praktischen Schwierigkeiten, wie in der Bevölkerungsfortschreibung oder der Wanderungsstatistik im Wege stehen, wird das Statistische Landesamt seine Bemühungen im Rahmen der Verbundprogrammierung fortsetzen, daß die Bedingungen für eine kleinräumliche Auswertung regionalstatistischer Erhebungen sobald wie möglich geschaffen werden. Angesichts der angespannten öffentlichen Haushaltslage und der Überbelastung der Statistischen Landesämter werden hier allerdings nur auf längere Sicht Fortschritte zu erzielen sein.

Sobald jedoch die Voraussetzungen erfüllt sind, wird das Statistische Landesamt - unabhängig von den Aufbereitungsmöglichkeiten, die die Erfassung der Angaben nach dem Straße-Hausnummer-System bietet - Ergebnisse für Gemeindeteile im Rahmen der maschinellen Aufbereitung anschreiben, sofern von den Gemeinden die Schlüsselnummern der Gemeindeteile zusätzlich auf den Erhebungs-

unterlagen signiert sind. Da sinnvollerweise nur eine Auswahl von Angaben, die in dieser tiefen Gliederung von Interesse sind, tabelliert werden kann, wird das Statistische Landesamt bei der Vorbereitung jeder Großzählung zusammen mit den Städten und anderen interessierten Stellen ein entsprechendes Tabellenprogramm ausarbeiten.

Der mit Einführung eines kleinräumlichen Gliederungssystems verbundene Ausbau der Regionalstatistik steht in engem Zusammenhang mit der Bereitstellung von Daten durch das Landesinformationssystem, dessen Kernstück eine Gemeindedatenbank für regionale Strukturanalysen ist. Die dafür entwickelten Programme schließen jedoch eine Erfassung und Ausgabe von Daten für Gemeindeteile aus. Für diesen Zweck bietet sich daher die Einrichtung einer Sonderdatei für kleinräumlich aufbereitete Daten an, die Zug um Zug entsprechend dem künftigen Angebot und Bedarf an Informationen unterhalb der Gemeindeebene auszubauen wäre, bis schließlich - was vermutlich noch 10 bis 20 Jahre in Anspruch nehmen wird - eine vollständige Umstellung der Gemeindedatei in eine solche für Gemeindeteile erreicht ist. Das schließt nicht aus, daß diese Datei gleichzeitig Daten enthält, die teilweise nur auf Gemeindeebene nachgewiesen werden können, wie derzeit etwa die Einspeicherung bestimmter Merkmale nur auf Kreisebene möglich ist. Dagegen scheint es verfrüht, eine einmalige Umstellung der Gemeindedatenbank in eine Datei für Gemeindeteile, etwa aus Anlaß der künftigen Großzählung, in Erwägung zu ziehen.

Diplom-Volkswirt H. Mayer

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974				1975			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 698	3 696	3 696	3 696	3 696
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 137	2 037	2 116	2 205	2 924	3 070 ^p	2 223 ^p	2 317 ^p	2 857 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,9	6,6	7,0	7,0	9,3	9,8 ^p	7,3 ^p	7,4 ^p	9,1 ^p
* Lebendgeborene	Anzahl	3 083	2 990	2 972	3 164	3 100	2 743 ^p	2 908 ^p	3 029 ^p	3 000 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,0	9,7	9,8	10,1	9,9	8,8 ^p	9,6 ^p	9,7 ^p	9,6 ^p
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 682	3 624	3 379	3 503	3 407	3 481 ^p	3 578 ^p	3 505 ^p	3 433 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,0	11,8	11,1	11,2	10,9	11,1 ^p	11,8 ^p	11,2 ^p	11,0 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	76	67	69	56	67	65 ^p	54 ^p	73 ^p	...
* je 1 000 Lebendgeborene 2)	Anzahl	24,3	22,3	23,5	17,7	21,3	22,5 ^p	18,8 ^p	23,9 ^p	...
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	- 599	- 634	- 407	- 339	- 307	- 738 ^p	- 331 ^p	- 225 ^p	- 433 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 1,9	- 2,1	- 1,3	- 1,1	- 1,0	- 2,4 ^p	- 1,1 ^p	- 0,7 ^p	- 1,4 ^p
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	10 464	8 520	7 076	10 060	9 864
* Fortgezogene	Anzahl	8 997	8 947	7 969	9 516	9 306
* Wanderungssaldo	Anzahl	1 467	- 427	- 893	544	558
* Innerhalb d. Landes Umgezogene 3)	Anzahl	10 955	10 936	10 321	12 471	12 797
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	14,7	36,3	27,0	29,8	31,5	61,4	62,9	65,2	64,0
* Männer	1 000	8,5	22,4	15,4	17,2	18,2	39,4	40,0	40,8	39,1
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	715	570	181	202	254	615	616	615	646
Bauberufe	Anzahl	1 006	4 045	2 763	2 702	2 649	6 830	6 428	5 753	5 184
Industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	6 256	15 979	12 155	12 339	13 402	28 607	28 706	28 599	27 445
Offene Stellen	Anzahl	28 810	14 621	17 236	15 727	15 565	12 961	12 660	11 815	11 169
Männer	Anzahl	18 662	8 433	9 694	8 907	8 899	6 454	6 450	6 358	5 992
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	444	244	254	204	198	285	241	204	201
Bauberufe	Anzahl	2 704	767	988	945	1 062	706	888	1 120	832
Industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	13 068	5 339	6 411	5 860	5 622	4 088	4 237	4 156	4 115
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	693	684	697	.	.
* Milchkühe	1 000	250	242	240	.	.
* Schweine	1 000	737	711	.	.	739	.	.	.	687
* Zuchtsauen.	1 000	71	69	.	.	74	.	.	.	69
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	45	45	.	.	48	.	.	.	46
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	1 000	16	18	14	17	17	14	13	14	16
* Kälber	1 000	1	1	1	1	1	1	1	1	1
* Schweine	1 000	93	92	78	89	83	92	90	83	82
* Hausschlachtungen	1 000	18	18	9	10	8	13	9	8	6
* Schlachtmengen 4)	1 000 t	10,5	11,0	9,9	11,4	10,8	10,5	10,5	10,1	10,4
* Rinder	1 000 t	4,3	4,7	4,1	4,7	4,6	4,0	3,8	4,0	4,3
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	6,1	6,1	5,7	6,6	6,1	6,3	6,5	6,0	6,0
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier 5)										
* für Legehennenküken	1 000	167	122	107	65	138	104	79	41	73
* für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* Geflügelfleisch 6)	1 000 kg	68	96	87	114	106	81	102	151	65
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	78	78	87	85	81	92	86	85	79
* an Molkereien geliefert	%	84,5	84,4	86,6	86,3	86,2	87,6	88,0	88,0	874
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,3	10,2	11,6	10,9	10,4	12,3	11,8	11,3	10,5

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 3) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 4) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und ohne Geflügel. - 5) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 6) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974				1975			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe	Anzahl	2 997	2 909	2 911	2 895	2 888	2 794	2 788	2 779	2 772
* Beschäftigte	1 000	407	398	399	399	401	375	373	372	373
* Arbeiter 2)	1 000	299	289	290	291	291	268	267	266	266
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	45 676	42 799	38 519	40 340	43 975	37 139	36 300	36 501	38 404
* Löhne und Gehälter	Mill. DM	669	733	737	760	719	752	739	751	701
* Löhne	Mill. DM	434	465	467	489	464	469	451	470	435
* Gehälter	Mill. DM	235	268	270	271	254	283	288	281	266
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	74	88	78	77	79	68	61	49	48
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	92	95	95	99	100	98	98	89	72
* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	1	2	2	2	2	1	1	1	1
* Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	91	93	93	97	98	97	97	88	71
* Heizölverbrauch	1 000 t	216	190	176	163	176	159	150	144	160
* leichtes Heizöl	1 000 t	39	32	25	24	23	28	24	20	21
* schweres Heizöl	1 000 t	177	158	151	139	153	131	126	124	139
* Stromverbrauch	Mill. kWh	871	917	924	924	939	769	762	787	821
* Stromerzeugung (industrielle Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	283	293	296	292	281	225	218	212	213
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 125	3 622	3 389	3 612	3 675	3 329	3 391	3 381	3 374
* Auslandsumsatz	Mill. DM	757	1 065	1 025	1 034	1 078	1 034	976	882	903
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Gesamtindustrie	1970 = 100	122	120	127	109	119	114	110	95 ^P	108 ^P
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	124	122	127	111	119	114	111	97 ^P	109 ^P
ohne Bauhauptgewerbe und Ener- giewirtschaft	1970 = 100	123	121	127	110	119	114	111	97 ^P	109 ^P
* Energiewirtschaft	1970 = 100	138	147	135	129	131	132	121	118 ^P	122 ^P
* Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien	1970 = 100	127	125	133	124	128	107	108	99 ^r	108
Industrie der Steine und Erden	1970 = 100	112	100	117	104	112	106	105	99	104
Chemische Industrie	1970 = 100	131	129	140	130	131	100	104	95	102
* Investitionsgüterindustrien	1970 = 100	120	121	133	101	108	132	129	97	110
Maschinenbau und Daten- verarbeitung	1970 = 100	115	124	131	108	108	135	138	92	110
* Verbrauchsgüterindustrien	1970 = 100	120	111	107	92	107	107	96	86	101
Schuhindustrie	1970 = 100	80	72	42	57	80	62	40	58	75
* Nahrungs- und Genussmittel- industrien	1970 = 100	120	125	119	107	124	116	113	105 ^T	127
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	113	109	127	99	115	111	100	83	98
Handwerk 5)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1970 = 100	97	94	95	.	.	.	93	.	.
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1970 = 100	134	142	140	.	.	.	142	.	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung	Mill. kWh	234	226	135	146	159	171	184
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 454	1 650	1 518	1 633	1 669	1 400	1 382
Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	517	630	535	579	627	500	535
* Stromaufkommen (= Stromverbrauch)	Mill. kWh	1 155	1 231	1 105	1 188	1 188	1 059	1 019
* Gaserzeugung 4)	Mill. cbm	0,1	0,1	0,1	0	0	0,1	0,1	0,1	0
* Gasbezug 4)	Mill. cbm	133	141	110	111	112	129	106	101	...
* Gasaufkommen 4)	Mill. cbm	133	141	110	111	112	129	106	101	...
Bauwirtschaft u. Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 7)										
* Beschäftigte	Anzahl	87 137	79 639	81 412	81 129	80 549	69 200	69 047	69 681	70 365
Facharbeiter	Anzahl	48 502	44 458	46 810	45 295	44 680	38 874	39 304	39 213	39 548
Fachwerker und Werker	Anzahl	23 651	20 312	19 915	21 080	20 936	16 241	15 985	16 631	16 973
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	12 311	11 151	11 256	11 211	12 415	9 662	9 663	9 442	10 144
Privater Bau	1 000	7 271	6 407	6 496	6 384	6 921	5 240	5 300	5 146	5 610
* Wohnungsbau	1 000	4 935	4 361	4 408	4 359	4 801	3 553	3 587	3 372	3 826
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	94	82	91	61	84	82	102	121	133
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	2 242	1 964	1 997	1 964	2 036	1 605	1 611	1 653	1 651
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	5 040	4 744	4 760	4 827	5 494	4 422	4 363	4 296	4 534
Hochbau	1 000	1 142	1 105	1 112	1 101	1 250	977	1 006	942	1 001
Tiefbau	1 000	3 898	3 639	3 648	3 726	4 244	3 445	3 357	3 354	3 533
Straßenbau	1 000	1 836	1 727	1 777	1 793	2 051	1 580	1 677	1 631	1 717
Löhne und Gehälter	Mill. DM	139	138	144	148	151	128	129	132	133
* Löhne	Mill. DM	124	122	128	132	135	113	114	116	118
* Gehälter	Mill. DM	15	16	16	16	16	15	15	16	15
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	347	381	328	375	439	268	297	307	305

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Ungerechnet auf den Heizwert von 8 400 Kcal/Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere (n) Bundesländer (n) bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). - 7) Ab März 1975 vorläufige Ergebnisse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974				1975			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 418	1 090	1 428	1 320	1 309	871	1 095	1 172	1 027
* mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	1 282	1 026	1 357	1 250	1 250	831	1 046	1 110	968
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 627	1 173	1 480	1 336	1 312	867	1 081	1 151	1 037
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	267	210	263	239	240	162	201	223	197
* Wohnfläche	1 000 qm	281	194	242	215	207	135	168	184	165
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	268	212	202	232	248	231	240	257	245
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 128	827	781	923	1 205	757	882	1 009	859
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	141	127	133	128	167	122	147	134	117
* Nutzfläche	1 000 qm	201	148	135	169	201	136	169	178	149
* Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	3 282	2 200	2 563	2 410	2 350	1 473	1 791	2 059	1 854
Bauleistungspreise (einschl. Mehrwertsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittel- schwerer Boden)	1962 = 100	132	139	.	.	139	134	.	.	134
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)	1962 = 100	201	211	.	.	215	212	.	.	214
Hohlblockmauerwerk	1962 = 100	208	219	.	.	224	221	.	.	220
Leichttrennwand	1962 = 100	213	225	.	.	228	237	.	.	236
Stahlbetondecke (auch aus Stahl- betonfertigteilen)	1962 = 100	190	201	.	.	205	192	.	.	194
Beton für Wände	1962 = 100	197	203	.	.	206	199	.	.	197
Bauholz (Normalklasse)	1962 = 100	147	167	.	.	171	169	.	.	169
Innenwandputz	1962 = 100	222	242	.	.	248	239	.	.	240
Deckenputz	1962 = 100	214	234	.	.	239	236	.	.	237
Außenwandputz	1962 = 100	230	248	.	.	253	254	.	.	254
Wandbelag (Fliesen)	1962 = 100	189	207	.	.	212	218	.	.	219
Zimmertür, einflüglig	1962 = 100	202	221	.	.	221	226	.	.	229
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	866,8	1 179,7	1 037,9	1 204,3	1 192,5	985,6	1 215,0	1 112,8	929,9
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	41,4	49,0	40,4	58,0	55,3	37,6	48,5	47,3	39,8
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	825,5	1 130,7	997,5	1 146,3	1 137,2	948,1	1 166,5	1 065,6	890,1
* Rohstoffe	Mill. DM	11,5	12,3	12,2	12,7	11,9	10,7	10,3	10,9	9,2
* Halbwaren	Mill. DM	44,8	72,7	64,9	72,8	68,0	67,9	64,3	50,0	50,1
* Fertigwaren	Mill. DM	769,1	1 045,7	920,5	1 060,8	1 057,3	869,5	1 092,1	1 004,6	830,8
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	280,2	406,9	408,3	451,6	423,7	263,2	327,2	284,5	268,0
* Enderzeugnisse	Mill. DM	488,9	638,9	512,1	609,2	633,6	606,3	764,9	720,1	562,7
Nach ausgewählten Verbrauchs- ländern										
EG-Ländern	Mill. DM	402,3	453,8	497,4	549,0	496,9	419,4	426,1	388,9	363,0
Frankreich	Mill. DM	133,1	164,7	155,4	184,8	136,4	127,1	140,8	122,5	107,2
Belgien-Luxemburg	Mill. DM	60,8	76,6	78,0	77,3	79,7	78,4	71,5	59,5	63,0
Niederlande	Mill. DM	69,3	94,5	77,4	77,0	98,8	72,4	77,5	69,8	74,1
Italien	Mill. DM	73,6	96,7	106,4	104,6	72,2	73,1	70,0	73,7	44,9
Großbritannien	Mill. DM	46,6	67,9	56,4	82,4	83,7	49,7	44,5	47,7	49,4
Republik Irland	Mill. DM	2,6	3,2	2,9	3,5	2,7	2,0	2,8	2,9	2,6
Dänemark	Mill. DM	18,8	20,7	21,0	19,5	23,3	16,3	19,0	12,9	21,8
Österreich	Mill. DM	35,8	40,9	37,2	41,1	45,1	33,6	37,2	34,7	33,8
Schweiz	Mill. DM	46,1	56,7	56,1	57,7	56,4	38,0	38,2	36,7	36,5
USA und Kanada	Mill. DM	54,9	60,9	51,4	62,7	70,9	39,1	39,5	44,4	59,4
Entwicklungsländer	Mill. DM	133,0	219,6	156,5	202,5	221,5	235,0	393,9	393,6	229,0
Ostblockländer	Mill. DM	48,1	74,6	75,9	75,7	86,0	75,2	86,9	70,2	61,7
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	522,7	725,0	660,7	819,0	775,3	615,6	657,0	675,8	676,7
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	103,1	113,9	90,7	106,5	115,8	102,8	97,6	92,8	103,6
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	419,7	611,1	570,0	712,5	659,5	512,8	559,4	582,9	573,1
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	108	106	104	104	105	104	101	104	...
* Umsatz	1970 = 100	135	144	133	143	140	155	148	158	...
Waren verschiedener Art	1970 = 100	130	155	135	156	144	166	161	177	...
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	139	144	137	143	151	161	152	163	...
Bekleidung, Wasche, Sport- artikel und Schuhe	1970 = 100	133	139	118	131	114	152	131	139	...
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	1970 = 100	150	159	137	152	154	162	140	166	...
Elektrotechnische, feinmechani- sche und optische Erzeugnisse	1970 = 100	137	151	128	133	129	127	126	140	...
Fahrzeuge, Maschinen und Büro- einrichtungen	1970 = 100	117	107	113	122	95	124	139	127	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974				1975			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1970 = 100	100	100	103	104	105	103	101	102	104
Teilbeschäftigte	1970 = 100	115	119	122	123	127	124	120	123	130
* Umsatz	1970 = 100	116	121	131	124	150	152	128	144	160
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	120	124	147	142	143	168	151	172	180
Gaststättengewerbe	1970 = 100	116	118	119	111	140	141	112	124	145
Fremdenverkehr										
in 291 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	256	257	328	349	373	353	330	389	...
* Auslandsgäste	1 000	49	45	69	107	87	67	68	128	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	998	1 004	1 325	1 580	1 703	1 271	1 374	1 882	...
* Auslandsgäste	1 000	122	112	173	326	236	155	171	466	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag	1 000 t	3 143	2 870	2 882	2 983	2 795	2 569	2 831	2 669	2 776
* Güterempfang	1 000 t	1 677	1 548	1 602	1 688	1 523	1 360	1 442	1 470	1 455
* Gütersend	1 000 t	1 466	1 322	1 280	1 294	1 272	1 209	1 389	1 199	1 321
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	3 649	3 243	3 249	3 287	3 182	3 388	3 092	2 724	2 823
Ladung	1 000 t	2 679	2 667	2 783	2 932	2 639	3 011	2 701	2 426	2 473
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	72	79	82	86	80	85	84	86	84
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 140	3 726	3 687	3 656	3 618	3 746	3 452	3 079	3 215
Ladung	1 000 t	1 323	1 470	1 575	1 360	1 576	1 694	1 627	1 364	1 584
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	70	78	84	85	81	86	87	87	87
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 174	9 242	9 209	9 699	7 518	12 264	12 345	11 220	...
Krafträder und Motorroller	Anzahl	212	188	261	223	183	431	386	373	...
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	9 899	8 045	8 153	8 566	6 639	10 940	10 973	9 822	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	580	425	422	517	366	411	432	453	...
Zugmaschinen	Anzahl	406	363	301	296	284	411	475	497	...
Kraftfahrzeuganhänger	Anzahl	481	264	712	524	362	666	848	525	...
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen										
Beförderte Personen	1 000	29 796	30 811	27 166	22 217	29 124	31 918	29 631	23 475	29 078
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	24 734	25 307	22 193	20 304	22 446	25 479	24 501	21 796	22 638
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	4 549	4 982	4 127	1 317	6 062	5 684	4 296	1 039	5 801
Berufsverkehr	1 000	1 017	1 038	947	1 138	1 364	889	819	649	1 103
Gelegenheitsverkehr	1 000	514	522	846	596	616	755	834	640	639
Ausflugsfahrten	1 000	103	103	171	141	124	184	193	172	135
Ferienziel - Reisen	1 000	3	4	8	9	6	5	10	9	5
Mietwagenverkehr	1 000	408	415	667	446	486	566	631	459	499
Wagenkilometer	1 000	12 996	13 369	13 911	12 380	15 371	16 004	14 868	12 904	15 394
Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	7 256	6 772	6 556	6 298	7 298	7 079	6 785	6 871	7 773
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 802	1 672	1 751	1 614	1 994	1 847	1 804	1 903	2 133
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	5 454	5 100	4 805	4 684	5 304	5 232	4 981	4 968	5 640
bis 1 000 DM bei jedem Beteiligten										
Anzahl	4 832	3 872	3 614	3 553	4 063	3 866	3 625	3 600	4 198	
über 1 000 DM bei einem Beteiligten										
Anzahl	1 215	1 228	1 191	1 131	1 241	1 366	1 356	1 368	1 442	
* Getötete Personen	Anzahl	90	80	74	90	77	95	56	88	75
Pkw - Insassen	Anzahl	46	39	40	46	34	55	28	44	...
Fußgänger	Anzahl	23	23	14	19	20	18	12	14	...
* Verletzte Personen	Anzahl	2 559	2 317	2 481	2 267	2 764	2 635	2 541	2 730	3 010
Pkw - Insassen	Anzahl	1 652	1 429	1 532	1 324	1 526	1 465	1 512	1 544	...
Fußgänger	Anzahl	318	292	248	227	336	339	267	243	...
Schwerverletzte	Anzahl	854	770	827	755	930	825	854	871	923
Pkw - Insassen	Anzahl	490	422	460	403	474	391	453	427	...
Fußgänger	Anzahl	155	142	130	106	155	161	120	102	...
Bundespost										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	41 755	40 733	38 675	29 500	37 555	34 235	35 249	36 220	33 730
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	1 079	992	683	774	885	706	684	739	784
Telegramme	1 000	36	32	31	37	35	30	29	34	29
Postscheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	1252 762	1362 283	1232 254	1487 154	1365 656	1140 565	1384 803	1479 121	1318 968
Lastschriften	1 000 DM	1253 489	1360 432	1186 963	1505 860	1386 921	1428 020	1361 653	1492 960	1297 338
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	1 000 DM	23 330	25 396	23 052	30 882	28 164	27 999	31 891	32 592	29 811
Auszahlungen	1 000 DM	30 567	33 130	29 341	36 655	35 813	33 577	36 941	38 873	36 324
Hörfunk- und Fernsehsehtnehmer ¹⁾										
Tonrundfunk	1 000	1 115	1 124	1 118	1 119	1 120	1 129	1 130	1 131	1 131
Fernsehrundfunk	1 000	1 001	1 014	1 008	1 008	1 010	1 021	1 022	1 022	1 023

1) Ab 1.1.1971 nur gebührenpflichtige Hörfunk- und Fernsehnehmer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974			1975				
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾	Mill. DM	29 977	32 378	30 799	30 993	31 353	33 111	33 494	33 471	33 580
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	Mill. DM	29 811	32 122	30 599	30 736	31 097	32 807	33 172	33 174	33 245
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	7 607	8 116	8 061	7 940	7 935	8 027	8 196	7 977	7 924
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	7 430	7 838	7 775	7 729	7 721	7 658	7 759	7 633	7 616
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	176	278	286	212	213	369	436	344	308
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	3 395	3 536	3 161	3 280	3 411	3 367	3 392	3 404	3 392
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	2 999	2 853	2 753	2 783	2 817	2 731	2 755	2 763	2 739
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	395	683	408	496	594	636	637	641	652
* Langfrist. Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	18 810	20 470	19 377	19 516	19 751	21 414	21 583	21 793	21 929
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	14 121	15 258	14 436	14 522	14 672	15 931	16 051	16 251	16 303
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	4 689	5 212	4 941	4 994	5 079	5 483	5 532	5 542	5 626
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	25 273	27 652	25 777	25 833	25 976	28 714	28 489	28 626	29 175
* Sichteinlagen	Mill. DM	3 804	4 082	3 874	3 866	3 885	4 370	4 365	4 361	4 631
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	3 416	3 707	3 571	3 574	3 586	3 967	4 042	4 049	4 212
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	389	375	303	292	300	403	323	313	419
* Termingelder	Mill. DM	6 757	7 166	7 009	7 005	7 015	6 394	6 039	6 008	6 015
* Spareinlagen	Mill. DM	14 711	16 406	14 894	14 962	15 077	17 950	18 084	18 257	18 529
* bei Sparkassen	Mill. DM	8 861	9 847	8 951	8 988	9 063	10 565	10 624	10 715	10 854
* Gutschriften auf Sparkonten ³⁾	Mill. DM	778	884	645	902	785	1 025	969	1 202	994
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	725	745	625	834	671	677	836	1 032	726
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ⁴⁾	Anzahl	22	31	19	36	29	37	32	39	45
* Angemeldete Forderungen	1 000 DM	18 079	24 823	4 313	30 262	28 967	69 671	11 247	39 305	45 042
* Vergleichsverfahren	Anzahl	1	2	4	3	1	2	1	1	3
* Wechselproteste ⁵⁾	Anzahl	1 604	1 738	1 615	1 816	1 565	1 356	1 407	1 424	1 205
* Wechselsumme	1 000 DM	5 008	6 977	6 499	7 230	4 948	5 307	12 520	6 628	5 772
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	614 781	674 043	777 261	497 232	655 892	551 566	821 356	539 186	646 888
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	431 750	477 786	570 879	310 870	491 434	359 536	632 584	353 901	430 359
* Lohnsteuer ⁶⁾	1 000 DM	264 818	309 591	221 918	232 106	394 816	325 612	235 610	237 474	389 167
* Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	39 883	48 692	-	-	137 292	141 752	-	-	137 204
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	102 542	105 011	241 918	18 426	9 964	- 1 337	266 493	32 837	7 684
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	7 869	8 522	6 064	4 198	64 569	1 884	4 079	72 888	- 1 533
* Körperschaftsteuer ⁷⁾	1 000 DM	56 522	54 662	100 979	56 140	22 085	33 377	126 402	10 702	35 041
* Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	7 244	6 416	-	-	13 897	28 711	-	-	29 432
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	183 031	196 257	206 382	186 362	164 458	192 030	188 772	185 285	216 529
* Umsatzsteuer	1 000 DM	137 107	134 388	130 047	134 211	108 296	140 593	119 445	141 362	146 325
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	45 924	61 869	76 335	52 151	56 162	51 437	69 327	43 923	70 204
* Bundessteuern	1 000 DM	100 046	95 256	96 014	86 489	87 812	81 189	87 226	79 970	75 779
* Zölle	1 000 DM	6 949	7 057	7 341	6 014	6 289	6 098	8 780	13 070	8 624
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	83 209	78 046	74 849	73 317	72 768	73 548	72 596	64 657	64 249
* Landessteuern	1 000 DM	49 828	47 872	39 659	46 487	61 412	65 271	50 001	45 526	58 205
* Vermögensteuer	1 000 DM	12 766	9 917	3 045	3 786	26 560	26 478	9 288	1 937	22 254
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	25 607	26 077	22 481	30 740	23 760	25 405	26 736	29 332	24 074
* Biersteuer	1 000 DM	6 294	6 168	6 811	6 141	6 826	6 277	6 611	6 510	7 486
* Gemeindesteuern ⁸⁾	1 000 DM	328 243	352 175	327 775
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 608	8 370	8 975
* Grundsteuer B ⁹⁾	1 000 DM	37 647	39 194	40 164
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	237 996	255 166	232 043
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	19 219	21 916	20 271
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	424 982	446 346	479 735	382 340	411 724	357 579	492 776	415 996	489 166
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	190 160	209 871	252 972	137 898	217 383	157 068	281 145	158 029	187 401
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	119 869	124 979	130 577	117 857	106 523	119 061	117 042	139 100	220 508
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	14 907	16 240	172	40 096	6	261	7 363	38 897	5 478
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	343 212	367 272	382 107	325 024	358 529	321 023	420 890	330 542	228 562
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	189 374	208 573	252 972	133 742	215 955	155 914	280 718	157 724	187 401
* Anteil an den Steuern v. Umsatz ¹⁰⁾	1 000 DM	89 104	94 587	89 304	104 699	81 156	99 577	82 809	88 395	- 22 522
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	14 907	16 240	172	40 096	6	261	7 363	38 897	5 478
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	390 518	433 467	381 176
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ¹¹⁾	1 000 DM	148 511	158 493	143 775
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	151 759	177 966	141 669

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, Finanzierungs-AG, Mainz, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Einschl. Zinsgutschriften. - 4) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 5) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 6) Einschl. der Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung. - 7) Einschl. der Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung. - 8) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 9) Einschl. Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. - Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. - 10) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagszahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970. - 11) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974				1975			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	344	377	.	389
* Männliche Arbeiter	DM	375	407	.	419
* Facharbeiter	DM	397	432	.	443
* Angelernte Arbeiter	DM	364	393	.	407
* Hilfsarbeiter	DM	317	338	.	349
* Weibliche Arbeiter	DM	228	258	.	267
* Hilfsarbeiter	DM	215	246	.	255
Bruttostundenverdienste	DM	7,96	8,91	.	9,08
* Männliche Arbeiter	DM	8,50	9,48	.	9,64
* Facharbeiter	DM	8,98	10,01	.	10,18
* Angelernte Arbeiter	DM	8,25	9,18	.	9,33
* Hilfsarbeiter	DM	7,23	7,93	.	8,14
* Weibliche Arbeiter	DM	5,75	6,54	.	6,67
* Hilfsarbeiter	DM	5,41	6,22	.	6,34
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	43,0	42,1	.	42,8
Männliche Arbeiter	Std.	44,1	42,9	.	43,5
Weibliche Arbeiter	Std.	39,4	39,5	.	40,1
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 971	2 194	.	2 229
* männlich	DM	1 744	1 939	.	1 962
* weiblich	DM	2 105	2 313	.	2 339
Technische Angestellte	DM	1 345	1 521	.	1 543
* männlich	DM	2 223	2 474	.	2 522
* weiblich	DM	2 271	2 526	.	2 574
im Handel, Kredit und Versicherungen	DM	1 510	1 704	.	1 741
Kaufmännische Angestellte	DM	1 341	1 498	.	1 498
* männlich	DM	1 319	1 481	.	1 479
* weiblich	DM	1 711	1 889	.	1 891
in Industrie und Handel zusammen	DM	1 021	1 181	.	1 186
Kaufmännische Angestellte	DM	1 674	1 886	.	1 905
* männlich	DM	1 481	1 668	.	1 676
* weiblich	DM	1 880	2 086	.	2 099
Technische Angestellte	DM	1 131	1 304	.	1 313
* männlich	DM	2 191	2 431	.	2 482
* weiblich	DM	2 239	2 486	.	2 535
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung ¹⁾										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 111	1 111	1 112	1 108	1 108	1 105	1 105	1 102	...
Pflichtmitglieder	1 000	677	669	670	665	664	657	656	653	...
Rentner	1 000	370	377	377	378	379	384	385	385	...
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	5,6	5,4	5,2	4,7	4,9	4,8	4,4	4,3	...
Männer	%	5,7	5,1	5,4	4,9	5,0	4,9	4,4	4,4	...
Frauen	%	5,3	5,3	5,1	4,5	4,7	4,9	4,4	4,1	...
Arbeiterrentenversicherung ²⁾										
Rentenempfänger	Anzahl	409 369	420 313	416 220	416 515	421 052	430 727	440 811	442 924	443 251
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	150 244	173 007	160 986	178 967	182 120	185 162	185 717	207 072	206 716
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	9 176	26 206	18 629	19 121	19 618	48 792	47 749	49 142	48 658
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	8 155	23 618	16 477	16 812	17 129	41 709	40 395	41 197	40 221
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	149	146	146	.	.	.	143	.	.
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	40 965	45 747	45 247	45 053	45 687	47 805	51 257	51 044	52 155

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Landwirtschaftliche Krankenkasse, Seekasse und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974				1975			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 976	62 054 ^p	62 051	62 041	62 033
Eheschließungen 1)	Anzahl	32 884	31 427 ^p	47 599 ^p	31 698 ^p	35 626 ^p	28 313 ^p	46 119 ^p	32 093 ^p	36 322 ^p
Lebendgeborene 2)	Anzahl	52 969	52 198 ^p	56 598 ^p	51 048 ^p	55 976 ^p	53 351 ^p	51 559 ^p	50 900 ^p	53 794 ^p
Gestorbene 3)	Anzahl	60 919	60 625 ^p	61 121 ^p	56 003 ^p	57 913 ^p	61 605 ^p	60 063 ^p	58 637 ^p	59 556 ^p
Geburtenüberschuß	Anzahl	7 950	8 428 ^p	4 523 ^p	4 955 ^p	1 937 ^p	8 254 ^p	8 504 ^p	7 737 ^p	5 762 ^p
Arbeitslose	1 000	273	582	457	451	491	1 087	1 018	1 002	1 035
Männer	1 000	150	325	239	233	255	648	593	574	584
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	20 452	20 213	.	.	.	21 107 ^p	.	.	.
Gesamtschlachtgewicht aus gewerb-lichen Schlachtungen 4)	1 000 t	290	313	319	287	329	341	311	307	296
Milcherzeugung	1 000 t	1 772	1 792	2 198	2 043	1 946	1 994	2 177	2 036	1 944
Industrie und Energie-wirtschaft										
Industrie 5)										
Beschäftigte	1 000	8 368	8 144	8 190	8 162	8 161	7 681	7 641	7 603	7 581
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	929	870	923	812	850	834	753	763	740
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	55 578	62 500	65 791	60 387	63 203	63 079	57 731	60 655	58 715
Auslandsumsatz	Mill. DM	11 936	15 097	15 947	14 764	15 235	14 864	13 630	14 763	13 720
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Gesamtindustrie	1970 = 100	113	112	117	124	102	104	109	107	90 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	113	112	117	123	102	105	110	107	90 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1970 = 100	112	110	116	123	100	102	108	105	88 ^p
Energiewirtschaft	1970 = 100	140	151	140	137	126	158	141	135	118 ^p
Bergbau	1970 = 100	92	91	92	88	85	92	83	82	76 ^p
Verarbeitende Industrie	1970 = 100	113	111	117	124	101	103	109	106	89 ^p
Grundstoffe und Produktions-güterindustrien	1970 = 100	116	116	124	128	114	102	104	105	93 ^p
Investitionsgüterindustrien	1970 = 100	110	107	114	124	93	102	110	107	84 ^p
Verbrauchsgüterindustrien	1970 = 100	112	108	114	119	93	102	107	101	84 ^p
Nahrungs- und Genußmittel-industrien	1970 = 100	112	114	115	123	105	109	121	114	102 ^p
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	110	105	118	128	103	92	106	105	92 ^p
Steinkohlenförderung	1 000 t	8 112	7 907	8 119	6 747	8 383	8 723	7 040	7 482	8 152
Braunkohlenförderung	1 000 t	9 888	10 504	10 161	9 486	10 191	10 171	9 328	9 224	8 373
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	3 069	3 356	3 403	3 154	3 545	2 661	2 380	2 413	2 410
Stahlrohblöcken	1 000 t	4 127	4 388	4 506	4 125	4 614	3 662	3 169	3 275	3 210
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	3 059	3 301	3 501	2 932	3 535	2 764	2 203 ^r	2 424 ^r	2 410
Stromerzeugung	Mill. kWh	24 916	25 988	25 208	22 552	23 401	25 754	22 487 ^r	21 826 ^r	20 847
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 933	3 978	4 040	3 714	3 732	3 567	3 303	3 084	2 948
Bauwirtschaft und Wohnungs-wesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 508	1 352	1 383	1 377	1 376	1 182	1 187	1 194	1 206
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	196	173	196	175	183	158	150	159	156
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 445	6 280	5 927	5 804	6 589	4 852	4 747	5 441	5 732
Baugenehmigungen										
Wohnungen	Anzahl	54 910	34 775	42 044	35 907	40 894	30 317	29 211	33 585	...
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz	1970 = 100	131	139	140	125	120	149 ^r	147	141 ^r	148 ^p
Großhandel										
Umsatz	1970 = 100	128	146	154	135	123	129 ^r	136	138	139
Gastgewerbe										
Umsatz	1970 = 100	166	173	188	180	184	126 ^p	146 ^p	137 ^p	...
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	12 120	14 975	16 077	14 335	11 583	16 883	14 247	15 458	15 340
Ausfuhr	Mill. DM	14 873	19 205	20 958	16 845	14 515	19 693	17 500	18 550	19 055
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	2 753	4 230	4 881	2 510	2 932	2 809	3 253	3 092	3 715

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf den Heizwert von 8 400 Kcal/Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974				1975			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Verkehr										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	98	103	103	97	106	87
Binnenschifffahrt	1970 = 100	102	105	113	108	111	104
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1970 = 100	108	117	127	123	117
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	102	102	96	103	100	98
Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1970 = 100	107	108	111	104	96	118	108
Geld und Kredit (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Bargeldumlauf 1)	Mill. DM	47 429	51 524	48 242	48 392	50 140	51 568	52 294	52 897	54 222 ^P
Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	756 976	814 886	768 835	778 622	782 507	819 256 ^T	826 983 ^T	833 743 ^T	837 187 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	631 587	672 294	640 682	650 492	651 338	667 889 ^T	671 513 ^T	677 258 ^T	675 397 ^P
Öffentliche Haushalte	Mill. DM	125 389	142 592	128 153	128 130	131 169	151 367	155 470	156 485	161 740 ^P
Einlagen von inländischen Nichtbanken 3)	Mill. DM	592 618	637 091	596 898	597 726	595 402	635 944 ^T	640 316	643 488	642 353 ^P
Spareinlagen	Mill. DM	280 486	310 733	283 675	284 612	284 891	329 872	335 525	338 590	341 424 ^P
Index der Aktienkurse	29.12.72 = 100	95,6	81,5	86,0	82,8	79,4	97,9	94,1	90,7	93,1
Kurs der 6%igen tarifbesteuerten Pfandbriefe	%	70,8	64,2	62,6	62,4	62,4	69,6	69,9	70,2	70,0
Steuern										
Steuern vom Einkommen										
Lohnsteuer	Mill. DM	8 385	9 311	5 635	12 988	6 823	5 098	5 313	12 360	7 427
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	5 105	5 997	5 284	5 604	5 876	4 121	4 952	5 340	6 110
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 152	4 326	4 179	4 487	4 075	4 087	4 392	4 247	4 357
Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	2 938	2 779	2 652	2 863	2 557	2 584	2 796	2 801	2 841
	Mill. DM	2 812	2 794	2 768	2 831	2 702	1 503	2 872	2 753	2 898
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/63 = 100	118,8	119,0 ^P	114,0	113,3	111,6	124,2	125,6	128,4 ^P	131,3 ^P
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 4) 5)	1962/63 = 100	139,8	148,6	143,3	143,2	143,1	151,5	152,7	153,7 ^T	153,1
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 4)	1970 = 100	114,1	129,4	129,1	129,3	130,8	135,3	135,4	135,4	135,5
Preisindex für Wohngebäude 6)	1962 = 100	187,1	200,8	202,2	.	.	.	207,0	.	.
Preisindex für den Straßenbau 7)	1962 = 100	130,9	143,5	144,6	.	.	.	147,9	.	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1970 = 100	118,8	127,1	126,7	127,2	127,5	133,6	134,4	135,4	135,4
Nahrungs- und Genussmittel	1970 = 100	118,0	123,6	124,3	124,8	124,1	129,3	130,9	132,7	132,2
Kleidung und Schuhe	1970 = 100	120,7	129,7	129,0	129,3	129,8	135,5	135,9	136,1	136,1
Wohnungsmiete	1970 = 100	119,2	125,1	124,7	125,0	125,5	132,0	133,0	133,8	134,1
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1970 = 100	128,2	149,8	144,8	144,8	147,0	159,1	158,8	162,5	164,9
Übriges für die Haushaltsführung	1970 = 100	114,3	123,1	122,0	122,8	122,7	130,9	130,9	131,0	130,6
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1970 = 100	122,6	134,9	134,5	135,4	138,2	142,8	143,0	143,4	143,8
Körper- und Gesundheitspflege	1970 = 100	121,6	131,8	130,6	131,3	132,6	140,1	140,6	141,4	141,8
Bildung und Unterhaltung	1970 = 100	113,7	123,4	122,6	123,1	123,6	129,8	130,2	130,5	130,9
Persönliche Ausstattung, sonstiges	1970 = 100	117,8	124,4	123,6	123,5	123,5	128,3	128,3	128,4	128,5
Preisindex für die Lebenshaltung der 4 - Personen - Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	1970 = 100	118,2	126,3	125,8	126,3	126,7	132,9	133,7	134,6	134,7
Löhne in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	129,1	139,0	.	.	144,0
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	134,1	146,8	.	.	153,0
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	133,2	146,5	.	.	150,9
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	135,7	151,2	.	.	156,2
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	97,0	95,0	.	.	95,6
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	98,8	97,1	.	.	98,0

1) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschl. der im Ausland umlaufenden DM-Noten und -Münzen. - 2) Kredite der Deutschen Bundesbank und Kreditinstitute. - 3) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baunebenleistungen. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahnig).

Industrieproduktion auch im August 1975 erheblich unter Vorjahresstand

Die Produktion der rheinland-pfälzischen Industrie erzielte im August 1975, verglichen mit dem Vormonat, einen spürbaren Anstieg, mußte aber gegenüber dem Vorjahresmonat eine nicht unerhebliche Einbuße hinnehmen. Gemessen an dem von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigten Produktionsindex konnte der Güterausstoß des Vormonats um 9,1% gesteigert werden, was insbesondere auf die Beendigung der Urlaubszeit zurückzuführen war. Im Vergleich zum Vorjahresmonat belief sich der Rückgang auf 11,3%.

Für die Monate Januar bis August 1975 ergab sich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum eine Abnahme um 10,1%, für die chemische Industrie von 21,5%. Im Jahre 1974 war für diesen Zeitraumvergleich noch ein leichter Aufwärtstrend ermittelt worden.

An dem Anstieg im Berichtsmonat gegenüber Juli 1975 waren die Industriebauptgruppen unterschiedlich beteiligt. Während die Verbrauchs-, Investitionsgüter- sowie Nahrungs- und Genußmittelindustrien mit + 14,6 bzw. + 12,8 und + 10,0% überdurchschnittliche Steigerungsraten erzielten, blieben die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien mit + 4,9% erheblich unter dem Landesdurchschnitt. Im Vergleich zu August 1974 konnte sich nur noch der Investitionsgüterbereich um 1,1% ausweiten. Für Verbrauchsgüter sowie Nahrungs- und Genußmittel wurden Veränderungsraten von - 7,6% bzw. - 7,8% errechnet. Die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien lagen mit einer Abnahme von 18,8% an letzter Stelle. Die Gliederung nach Industriezweigen zeigt für die Branchen Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe sowie Chemie und die Glasindustrie mit Veränderungswerten von - 26,5 bzw. - 26,6 und - 40,4% recht ungünstige Entwicklungsverläufe auf. sa

Bauhauptgewerbe im August 1975 gegenüber dem Vorjahresstand stark rückläufig

Im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe waren im August 69 700 Arbeitskräfte beschäftigt, womit zwar der Stand des Vormonats gehalten, das Ergebnis des entsprechenden Vorjahresmonats aber um 13,5% beträchtlich unterschritten wurde. Für die Arbeitsleistung ergaben sich im Vergleich zu Juli 1975 und August 1974 Veränderungsraten von + 9,2 bzw. - 17,0%. Die Lohn- und Gehaltssumme veränderte sich gegenüber den beiden Vergleichsmonaten um + 0,8 bzw. - 12,1%.

Von Januar bis August 1975 waren gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum sowohl der Beschäftigtenstand (- 13,7%) als auch die Arbeitsleistung (- 17,1%) und die Lohn- und Gehaltssumme (- 9,3%) jeweils stark rückläufig. Beim Vergleich 1974 zu 1973 konnten hier indessen noch günstigere Raten festgestellt werden, die sich auf - 7,1 sowie - 9,1 und + 0,8% beliefen. pe

Wesentlich mehr Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau

Im Jahre 1974 beliefen sich in Rheinland-Pfalz die Bewilligungen für Sozialwohnungen nach dem ersten und zweiten Förderungsweg auf insgesamt 7 117; das sind 66% mehr als im Vorjahr. Die Zahl der geförderten Wohnungen im ersten Förderungsweg stieg um mehr als vier Fünftel auf 5 201 und im zweiten Förderungsweg um rund ein Drittel auf

1 916. Die Zunahme der Bewilligungen betraf ganz überwiegend Wohnungen in Mehrfamilienhäusern, von denen nicht weniger als 4 086 zu verzeichnen waren gegenüber 1 458 im Vorjahr. Die veranschlagten Finanzierungsmittel beliefen sich auf insgesamt 1,017 Mrd. DM; das sind 414 Mill. DM oder 69% mehr als im Jahr zuvor. Auf Kapitalmarktmittel entfielen 41%, auf öffentliche Mittel 16% und auf sonstige Mittel 43%. Die öffentlichen Mittel verzeichneten gegenüber 1973 die relativ stärkste Zunahme, nämlich um 79 Mill. DM oder 91%. Der durchschnittliche Quadratmeterpreis für die über den ersten Förderungsweg bewilligten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern stieg von 3,93 DM auf 4,04 DM. wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 220

Rückgang der Versichertenzahl um knapp 36 000

Die Versichertenzahl (ohne Rentner) der in Rheinland-Pfalz ansässigen Kassen der gesetzlichen Krankenversicherung - es handelt sich dabei um die sogenannten RVO-Kassen, zu denen die Orts-, Betriebs- und Innungskassen gehören - hat sich von Oktober 1971 bis Oktober 1974 um insgesamt 35 991 oder 4,7% auf rund 734 000 verringert. Im wesentlichen wurde diese Entwicklung durch den Einfluß konjunktureller Faktoren und gesetzgeberischer Maßnahmen auf die einzelnen Versichertengruppen bestimmt. Von Oktober 1971 zu Oktober 1972, nachdem die Einrichtung der überregionalen landwirtschaftlichen Krankenkassen zum 1. Oktober 1972 einerseits einen Wegfall des Nachweises der bisher den regionalen Landkrankenkassen zugeordneten Versicherten bewirkt und zum anderen einen starken Übergang bisher freiwillig in der Allgemeinen Ortskrankenkasse Versicherter in die neue Kassenart ausgelöst hatte, war der Rückgang mit 2,5% am stärksten. Im darauffolgenden Jahr entsprach die Verringerung mit nur 0,2% einer normalen Fluktuation, wobei der Schwund wieder ausschließlich zu Lasten der freiwillig Versicherten ging, deren Zahl um 5 100 oder 7,4% auf 64 000 absank. Da der Rückgang bei den freiwillig Versicherten zum überwiegenden Teil durch eine Zunahme bei den Pflichtmitgliedern von rund 3 700 ausgeglichen wurde, verringerte sich die Versichertenzahl insgesamt nur um 1 400. Interessant ist dabei die Feststellung, daß auch 1973 allein die Zahl der freiwilligen Mitglieder Allgemeiner Ortskrankenkassen (AOK) gesunken ist.

Demgegenüber ging der Mitgliederschwund von Oktober 1973 zu Oktober 1974 ausschließlich zu Lasten der Pflichtmitglieder, deren Zahl sich um 16 362 oder 2,4% reduzierte. Durch die Zunahme der freiwilligen Mitglieder um 918 im gleichen Zeitraum betrug der Rückgang insgesamt etwa 15 400 (- 2,1%). Zu der rückläufigen Entwicklung der Versichertenzahl dürfte offensichtlich auch die rezessive Arbeitsmarktlage beigetragen haben, die vermutlich einen Teil der arbeitslos gewordenen Gastarbeiter zur Rückkehr in ihre Heimat veranlaßte. Darüber hinaus sind Wanderungsbewegungen zwischen den erwerbsfähigen Pflichtversicherten und den pflichtversicherten Rentnern ersichtlich, die auf das Rentenreformgesetz von 1972 mit der Einführung der flexiblen Altersgrenze zurückzuführen sein dürften. So hat sich im Untersuchungszeitraum beispielsweise die Zahl der in den Ortskrankenkassen des Landes Rheinland-Pfalz pflichtversicherten Rentner vermutlich zu Lasten der Kategorie der übrigen Pflichtversicherten um 6 784 oder 2,1% auf 334 690 erhöht. hä

Baulandpreise erneut gestiegen

In den ersten sechs Monaten des Jahres 1975 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 6.144 Fälle von Baulandveräußerungen mit einem Flächenumsatz von rund 676 ha erfaßt. Dies entspricht mit geringfügigen Abweichungen dem Verkaufsumfang, wie er sich bereits jeweils im ersten und im zweiten Halbjahr 1974 und teilweise auch schon im zweiten Halbjahr 1973 darstellte. Von den insgesamt veräußerten Flächen entfielen 47% auf baureifes Land und 21% auf Rohbauland (1. Halbjahr 1974: 48 bzw. 26%). Der auf Industrieland, Land für Verkehrszwecke und Freiflächen entfallende Rest verteilt sich etwa im Verhältnis 1 zu 3 zu 1 (1. Halbjahr 1974: 1 zu 1).

Der Verkaufserlös aus allen Baulandveräußerungen belief sich auf rund 184 Mill. DM gegenüber 168 Mill. DM im zweiten Halbjahr und 164 Mill. DM im ersten Halbjahr 1974. Der durchschnittliche Quadratmeterpreis der beiden bedeutendsten Baulandarten (baureifes Land und Rohbauland) errechnete sich im Landesdurchschnitt mit 36,79 bzw. 25,57 DM. Damit hat sich der Preis für baureifes Land im Vergleich zum vorausgegangenen Halbjahr (29,81 DM) um mehr als 23% erhöht. Rohbauland (29,24 DM) ging dagegen um etwa 13% im Preis zurück.

Rund 93% aller Verkaufsfälle bezogen sich auf Wohngebiete in offener Bauweise (54%) und Dorfgebiete (39%), der Flächenanteil betrug 80% (41 bzw. 39%). Der Preis für einen Quadratmeter baureifen Landes lag im Wohngebiet mit offener Bauweise bei 41,40 DM (2. Halbjahr 1974: 37,56 DM) und im Dorfgebiet bei 15,82 DM (15,27 DM). Etwa zwei Fünftel der Baulandverkäufe mit nahezu dem gleichen Flächenanteil vollzogen sich in Gemeinden bis zu 2.000 Einwohnern. Hier ergaben sich mit 17,18 DM für baureifes Land und 21,58 DM für Rohbauland auch die niedrigsten Quadratmeterpreise. Der den Preis für baureifes Land übersteigende Preis für unerschlossene Grundstücke erklärt sich aus der verstärkten Nachfrage dieser Baulandart in den an größere Städte angrenzenden Gemeinden. wf

Weitere Preissteigerungen im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe

Wie in allen Bereichen der Lebenshaltung kam es auch im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe zu weiteren Preissteigerungen. Nach den Ergebnissen der im August 1975 bei rund 210 Berichtsbetrieben in zehn Städten des Landes mit unterschiedlicher Fremdenverkehrsbedeutung durchgeführten jährlichen Preiserhebungen ergab sich gegenüber August 1974 eine Zuwachsrate von durchschnittlich 5%. Sie ist damit nicht ganz so hoch wie im Jahr zuvor, als eine Steigerung von 7 bis 8% ermittelt wurde. Innerhalb der letzten fünf Jahre erhöhte sich das Preisniveau in diesem Bereich um mehr als 40%. Bei den einzelnen Leistungen und insbesondere bei einer Unterscheidung nach Gemeindearten und Betriebskategorien zeigen sich jedoch teilweise beachtliche Abweichungen von diesen Mittelwerten.

Übernachtungspreise stiegen um rund 5%, wobei gute Hotels diesen Wert überschritten (+ 6 bis 7%), während einfache Hotels merklich darunter blieben (+ 2 bis 3%). In nahezu gleichem Maße erhöhten sich die Vollpensions-

preise. Unterschiedliche Preisentwicklungen bei Ein- und Zweibettzimmern waren kaum festzustellen.

Gängige Speisen wie Wiener Schnitzel, Schweinekotelett, Rumpsteak, Rindergulasch, Eier- und Fischgerichte erfuhren eine Preiserhöhung um 5 bis 6%. Auch hier ergaben sich zwischen den einzelnen Betriebsformen Unterschiede, wobei einfache Gaststätten in der Regel die Preise am stärksten erhöhten (bis + 11%).

Getränke verzeichneten eine unterschiedliche Preisentwicklung. Die höchsten Steigerungen wurden für Alkoholika ermittelt. So wurde Ausschankbier im Durchschnitt aller Berichtsbetriebe um 7%, Markenbranntwein, Markenweinbrand sowie weißer Ausschankwein um 6, Flaschenwein um 5% teurer. Unterdurchschnittlich stieg dagegen der Preis für Markensekt (+ 3%).

Eine Tasse Bohnenkaffee wurde im Mittel zu einem um etwa 4%, Apfelsaft zu einem um 6% höheren Preis als im Vorjahr verkauft. Je nach Betriebsart wichen die Preise bis zu 4 Prozentpunkte nach oben oder unten von diesen Mittelwerten ab. wf

Kartoffelernte nur knapp 800 000 Tonnen

Nach vorläufigen Ermittlungen wird sich die diesjährige Kartoffelernte in Rheinland-Pfalz insgesamt auf nur knapp 800 000 t belaufen. Sie liegt damit um rund ein Viertel unter der Menge des Vorjahres und um ein Drittel unter dem Sechsjahresdurchschnitt 1969/74. Von der Gesamtmenge entfallen fast 100 000 t auf Frühkartoffeln (— 18% gegenüber 1974) und 700 000 t (— 27%) auf mittelfrühe und späte Sorten.

Der beträchtliche Ernteausfall ist auf eine Einschränkung der Anbaufläche und auf geringere Hektarerträge zurückzuführen. Während der Anbau im Vergleich zum Vorjahr um 18% reduziert wurde, dürften die Flächenleistungen für Kartoffeln insgesamt mit knapp 250 dt je Hektar um fast 10% unter dem Ergebnis von 1974 bleiben. Bedingt durch zeitweilige Trockenheit und Hitze während des Sommers werden Spätkartoffeln nur etwa 258 dt je Hektar liefern gegenüber 288 dt im Vorjahr und 269 dt im mehrjährigen Durchschnitt. Trotzdem dürften für das Einkellerungsgeschäft ausreichend Speisekartoffeln zur Verfügung stehen. Die Qualität der Ware kann als gut bezeichnet werden. tg

Leicht eingeschränkte Gemüsefläche

Nach der in diesem Jahr total durchgeführten Gemüsehaupterhebung, die sich auf rund 5.800 Anbauer in 358 rheinland-pfälzischen Gemeinden bezog, umfaßte der Gemüseanbau auf dem Freiland zum Verkauf rund 5.200 ha. Im Vergleich zu 1974 wurde die Fläche damit um rund 100 ha reduziert. Die größten Flächen beanspruchten Spinat (784 ha), Kopfsalat (754 ha), Spargel (627 ha) und Blumenkohl (504 ha). Zugänge ergaben sich vor allem bei Möhren und Karotten, Kohlrabi, Saatzwiebeln und Blumenkohl, stärkere Einschränkungen dagegen bei Weißkohl, Spinat und Kopfsalat.

In Unterglasanlagen wurden 44,6 ha Gemüse angebaut gegenüber 51,3 ha im Vorjahr. wa

KINDERKRANKENPFLEGESCHULE
DES STAEDTISCHEN KRANKENHAUSES